Heft 9 September 1998 8,- DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Rußland: Die Weltmacht wird Beute
- DVU: Die neue NSDAP?
- Otto Schily: Der Bluthund des Kandidaten
- Kosovo: Der Riecher des Erich R.
- Hacks in Bargfeld: Dichtung und Wahrheit
- Godzilla goes Yankee

Wählt Kohl!

[oder sonst was]

in konkret September 1998

hier Konkret von Angela Marquardt
Mit dem Beitrag eines Mitarbeiters des Nazis-Blattes »Junge Freiheit« hat das »Neue Deutschland« eine Debatte zum Thema »Wie national muß die Linke sein?« eröffnet. Jürgen Elsässer sprach darüber mit der PDS-Bundestagskandidatin Angela Marquardt

von Konkret

an Konkret

A-Bomben-Stimmung von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Der Mantel Gottes von Georg Fülberth
Zu Besuch beim Personal der Republik. Eine Revue aus Anlaß der Bundestagswahl

Der Fischer un sin Crew von Konrad Brehm, Gerhard Fischer
Zwei neue Biographien bemühen sich um die rechte Statur von Joseph Martin Parzifal Fischer

Joschkas Klüngelbeutel von Christian Schmidt
Über die Komplexität dieser Welt nicht nur als Wille und Vorstellung

Der bleierne Kanzler von Joachim Rohloff
Ob er nun Regierungschef bleiben wird oder nicht - in den neuesten Kohl-Biographien begegnet uns ein Held, der längst sein eigenes Standbild ist

Eine neue NSDAP? von Jürgen Elsässer
In diesen Tagen erscheint als Band 17 der konkret-texte-Reihe Jürgen Elsässers »Braunbuch DVU«. Daraus veröffentlichen wir hier zwei Abschnitte, die den Zusammenhang von industrieller Modernisierung und Alt. und Neo-Nazismus untersuchen

»Es war für uns Befreiung« von Andreas Spannbauer
Die PDS hat die Selbstregulierungskräfte des Marktes als Vorbedingung sozialer Freiheit entdeckt

Ottos Motor von Pascal Beucker
Der designierte Innenminister des Bundeskanzlers in spe hat Manfred Kanther längst rechts überholt

Von A(mt) bis Z(ynismus) von Gaby Hommel
Effizient ineinander greifen die Rädchen der Abschiebemaschinerie. Dicht gewoben ist das Netz von Instanzen und Gesetzen, kaum zu überbieten sind Borniertheit und Brutalität gegen die Opfer

Stille Agnes von Justus Wertmüller
Ein Kopftuch vereint Islamisten und Deutsch-Nationalisten

Gestank, Chaos, Grauen von Horst Pankow
Wie der »Taz«-Reporter Erich Rathfelder im Kosovo ein Massengrab roch und die Weltpresse einige Tage lang Atem und Verstand anhielt

Pohrt antwortet von Wolfgang Pohrt

Das Massengrab

Das Ziel heißt Tod von Oliver Tolmein
Deutsche Gerichte machen vor, was der Gesetzgeber sich noch nicht traut: die Legalisierung der Euthanasie

Le FIS est le Fils du FLN von gruppe demontage
In den 60er und 70er Jahren galt der »islamische Sozialismus« der algerischen Befreiungsbewegung FLN der internationalistischen Linken als Musterbeispiel für die Entwicklung von Trikont-Ländern. Heute zeigt sich, daß das ein Fehler war

Hauptsache deutsch von Klaus Bittermann
Eine unendliche Geschichte: der Widerstand und das »andere Deutschland«

In diesem Sinne - Selige Ustaschen von Peter Fasel

In diesem Sinne - Dopium des Volkes von Michael Schilling

In diesem Sinne - Steilvorlage von Wolf-Dieter Vogel

Kunst & Gewerbe von Rayk Wieland

Wiehern für Schröder von Joachim Rohloff

Der vergessene Hügel von Karl Rössel, Abderrahmane Bouguermouh
»In der Berberregion Algeriens droht der offene Bürgerkrieg«: Interview mit dem Filmemacher Abderrahmane Bouguermouh aus Algerien. Mit einer Einleitung zu Geschichte und Vorgeschichte seines Films »La Colline Oubliée«

Museum ohne Ausgang von Layla Dawson
Am 16. Juli wurde in Osnabrück das Felix-Nussbaum-Haus eröffnet, das die Sammlung von 140 erhaltenen Werken des in Auschwitz ermordeten Malers aufnimmt. Entworfen hat das Gebäude der amerikanische Architekt Daniel Libeskind - und zwar nicht nur als schlichte Galerie

Unternehmen Kultur von Stefan Römer
Was passiert, wenn politisierte Ikonographie die Limits des Public Private Partnership testet? Das Siemens Kulturprogramm zensiert eine Malereiausstellung im Westfälischen Kunstverein in Münster

DokumentationDichtung und Wahrheit
Ein Briefwechsel aus Anlaß der »Pilgerreise nach Bargfeld« von Peter Hacks

Jetztzeit von Peter Hacks
PILGERREISE NACH BARGFELD

Film & Theater von Kay Sokolowsky

Melodie & Rhythmus von Holm Friebe

Lieber Herr und Meister von Gerhard Scheit
Dokument eines Lehrer-Schüler-Verhältnisses. der Briefwechsel zwischen Theodor W. Adorno und Alban Berg

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 09/98, S. 3

Angela Marquardt

hier Konkret

Mit dem Beitrag eines Mitarbeiters des Nazis-Blattes »Junge Freiheit« hat das »Neue Deutschland« eine Debatte zum Thema »Wie national muß die Linke sein?« eröffnet. Jürgen Elsässer sprach darüber mit der PDS-Bundestagskandidatin Angela Marquardt

konkret: Als erstes prominentes PDS-Mitglied hast du das Abonnement des »Neuen Deutschland« gekündigt. Warum?

Marquardt: Ende Juli hat das »ND« zum ersten Mal einem bekennenden Fascho eine Plattform geboten: Roland Wehl durfte einen halbseitigen Artikel im Rahmen der Freitags-Debatte des »ND« zum Thema »Wie national muß die Linke sein?« schreiben. Als Ob er ein Linker wäre - als Redakteur der nationalrevolutionären Postille »Wir selbst« und Autor der rechtsradikalen Wochenzeitung »Junge Freiheit«.

konkret: Die »ND«-Redaktion könnte sich damit rechtfertigen, daß sie dir rechtzeitig angeboten hat, in derselben Ausgabe eine Replik zu veröffentlichen.

Marquardt: Darum geht es nicht. Die »ND«-Redaktion wollte mich als Sparringspartner für Wehl gewinnen, um seinen Auftritt in der »sozialistischen Tageszeitung« besser legitimieren zu können. Darauf bin ich nicht hereingefallen. Mit Faschisten diskutiert man nicht - Punkt. Vielmehr müssen wir unter uns debattieren, wie wir mit deren neuer Masche - nationale Revolution, Rassismus plus Antikapitalismus - umgehen.

konkret: Schließlich hat ein Führungsmitglied der Kommunistischen Plattform (KPF) die dir zugedachte Rolle übernommen, Ellen Brombacher. Wundert dich das?

Marquardt: Im Unterschied zu KONKRET und dir habe ich noch nie große Stücke auf die KPF gehalten, weder auf Sahra Wagknecht noch sonstwen.

konkret: Spätestens seit den KPF-Kommentaren zum Thema Dolgenbrodt habe auch ich die Hoffnung aufgegeben.

Marquardt: Schon zu Dolgenbrodt hat Brombacher die These aufgestellt, daß die Ostdeutschen auf der Hühnerleiter von Unterdrückung und Ausbeutung an zweitunterster Position säßen. Es sei verständlich, wenn sie die Tritte von oben an diejenigen weitergäben, die ganz unten wären - Flüchtlinge, Immigranten, Juden. Das hat sie jetzt in der Diskussion mit Wehl ausgebaut - der positive Bezug auf das Nationalgefühl des Volkes durchzieht, trotz allen Geschimpfes gegen die »Junge Freiheit«, ihren ganzen Artikel. »Das Vaterland ..., d. h. das gegebene soziale Milieu, ist der stärkste Faktor im Klassenkampf« ist ihr Motto, und als Quelle dieses Zitates gibt sie Lenin an. Sie merkt gar nicht, daß dieser ML-Ladenhüter mittlerweile zum Verkaufsschlager der Neuen Rechten geworden ist.

konkret: Die KPF ist verkommen genug, in dem rot-braunen Stück mitzumachen. Aber die Schmierenkomödie würde unter Ausschluß der Öffentlichkeit gespielt werden, hätte die »ND«-Redaktion nicht beschlossen, sie auf ihren Spielplan zu setzen. Anders gesagt: Dort sitzen die Regisseure, in der KPF die Statisten, oder?

Marquardt: Ober die Rollenverteilung will ich nicht streiten. Auffällig ist jedenfalls, daß das »ND« eine rot-braune Debatte salonfähig machen will und dazu gezielt die (eigentlich begrüßenswerte) Unabhängigkeit der Zeitung von der Partei nutzt. So wurde Wehl ja auf dem PDS-Bundesparteitag 1997 in Schwerin noch des Saales verwiesen, Pressesprecher Harnisch hat ihn höchstpersönlich rausgetragen - das muß doch die »ND«-Redaktion gewußt haben, und trotzdem haben sie ihn jetzt als Autoren eingeladen! Oder wenn ich daran denke, daß nach der Wahl von Sachsen-Anhalt die Dresdner Lokalmatadorin Christine Ostrowski im »ND« einen Kommentar geschrieben hat, in dem sie mildernde Umstände für die rassistischen Sichtweisen des deutschen Bauarbeiters geltend machte und die PDS aufforderte, sich zur »Stimme seines Protestes« zu machen.

konkret: In der Zwischenzeit ist die Debatte weitergegangen.

Marquardt: Und wie! Auf der folgenden Debatten-Seite des »ND« wurden die Beiträge noch schlimmer. Da hat Frank Schumann, Chef des Buchverlages edition ost, geschildert, wie er vor Rührung weinen mußte, als er 1980 zum ersten Mal den Rhein sah (»Schöne deutsche Heimat, dachte ich damals, aber leider unter fremder Besatzung, doch irgendwann wird sie auch unser sein«), der »ND«-Mitarbeiter Hans-Dieter Schütt outet sich als Freund von Gottfried Benn und Botho Strauß, und ein Diskutant aus Berlin plädiert für den Aufbau eines »nationalen Jugendverbandes«. Sein Argument: »Trotz mancher Eiferer war die sowjetisierte DDR bis zu ihrem Ende deutscher geblieben als die amerikanisierte BRD. Im übrigen paßten Preußentum und Sozialismus ganz gut zusammen. Ordnung und Sauberkeit, Zuverlässigkeit und Disziplin standen hoch im Kurs. So war die derzeitige Verwahrlosung großer Teile der Jugend schier unmöglich, obwohl sie auch schon damals in die Diskoschuppen drängte.« Das heißt, die Taktik von Wehl und seinen nationalrevolutionären Freunden ist aufgegangen: Im »ND« wird ganz ernsthaft und engagiert darüber diskutiert, wie die Linke »die Nation zur Sache des Volkes machen« (Wehl) kann.

konkret: Als ich dich vor kaum acht Wochen für mein *Braunbuch DVU* interviewte, hast du noch bestritten, neben ein paar anderen wie Matthias Gärtner und Ulla Jelpke das antifaschistische Feigenblatt der PDS zu sein, vielmehr habe die Partei insgesamt einen antifaschistischen Konsens. Nun scheint mir aber die aktuelle Entwicklung recht zu geben: Wer, außer dir, erregt sich denn über die Öffnung des »ND« nach rechtsaußen?

Marquardt: So kann man das nicht sagen. Erstens äußert sich nicht jeder Widerspruch als Leserbrief, viele kamen auch zu mir und beglückwünschten mich persönlich zu meinem öffentlichen Protest. Zweitens weiß man ja nicht, was in der »ND«-Redaktion an kritischen Briefen noch liegt. Und drittens haben wir Urlaubs- und Wahlkampfzeit; die wenigen, die nicht weg sind, sind voll im Wahlstreß und haben Besseres zu tun als Leserbriefe schreiben.

konkret: Was macht Angela Marquardt, wenn sie im nächsten Bundestag in einer Fraktion mit Christine Ostrowski sitzt und die das Deutschland-Lied anstimmt?

Marquardt: Nicht sehr wahrscheinlich, daß das so kommt. Aber bei Christine 0. will ich lieber nichts prognostizieren. Vorstellbar ist allerdings, daß ich mit meiner eigenen Fraktion manchmal mehr Zoff haben werde als mit den anderen Fraktionen.

Konkret 09/98, S. 4

von Konkret

Et jit kei jrößer Leid / als wat der Mensch sich selfs andeit: Die kölsche Lebensweisheit scheint die Maxime jenes Maxim Biller zu sein, der in seiner Kolumne »Junges Deutschland« im Magazin der »Zeit« immer wieder vor sich hin leidet, was das Zeug hält:

Wissen Sie, was für eine fast übermenschliche Anstrengung es ist, ständig den Deutschen die Welt erklären zu müssen? Haben Sie eine Ahnung, wieviel Kraft es zum Beispiel kostet, sie immer wieder vor dem Truppenbetreuungshumor von Mr. Bildungskomplex Harald Schmidt zu warnen, vor Prada-Loafers ohne Socken oder vor den proserbischen Scherzartikeln des KONKRET-Chef's Hermann Gremliza, der glaubt, man müsse nur okay zu den Juden sein, dann dürft man sich jeden Schwachsinn erlauben?

Armer Kerl. Wir wollen ihn nicht in dem stehen lassen, was er für Regen hält, sondern ihm die Lösung seines Rätsels verraten: Wer über sein Niveau hinaufpinkelt, wird selber naß. Biller ist, wenn es gegen fragwürdige Kleidung geht, einer unserer Besten. Leider will er immer wieder höher hinaus, und dann streut er, bloß um zu sagen, daß er den Regisseur Schlingensief nicht mag, mit seiner Flinte in der Gegend herum, als wollte er der Gräfin Dönhoff den Rasen sprengen:

König der Affen, Bildungsschwule, gottverdammte kleinbürgerliche Hosenscheißer, hosenscheißerhaft, Enkel und Bruder und Sohn von Hitler und Kohl und Dutschke, Fassbinder-Sklaven, spätgermanische Blutorgie, arische Killermaschinen, besinnungslos, Höhlenbewohner, Psycho-Waldschrat, hosenscheißerhaft (da capo), *egomanisch regressiv*, *Politik der Affen, tierische Freß- und Selbstbehauptungsinstinkte ...*

Am Ende tut er nicht nur sich leid, sondern auch uns, die ihm raten, Gegenstände zu meiden, die über seine intellektuellen und moralischen Möglichkeiten gehen. Gremliza, beispielsweise, hat nie einen »proserbischen« (oder auch »antiserbischen«, »antibritischen«, »proschwedischen«) Artikel geschrieben. Dazu bedürfte es einer rassistischen, nationalistischen Weltanschauung, über die er, anders als die Leute, die seine Kritik an kroatischen Faschisten und fundamentalistischen Muslimen für »proserbisch« halten, nicht verfügt. Biller, als Beiträger der »Zeit«, wird das nicht verstehen. Braucht er auch nicht. Nackt oder Nichtnackt in Loafers von Prada - das ist die Welt, deren Mann er ist. Er bleibe bei seinen Socken.

Soeben erschienen ist als Band 17 der **konkret-texte-Reihe** Jürgen Elsässers *Braunbuch DVU. Eine deutsche Arbeiterpartei und ihre Freunde.* Der Band hat 142 Seiten, kostet einzeln 19,80 Mark (im **konkret-texte-Abo** 15,80 Mark) und ist über Buch- und Bahnhofsbuchhandel bzw. über den Verlag zu beziehen. Aus Anlaß der Bundestagswahl stellt Elsässer die Ergebnisse und Thesen seiner Untersuchung (siehe z. B. in diesem Heft Seite 21ff.) in folgenden Orten der Republik zur Diskussion: 7.9.: Potsdam, Veranstalter: Heinrich-Böll-Stiftung (Zeit und Ort unter 03312800786 erfragen); 8.9.: Brandenburg, Veranstalter Heinrich-Böll-Stiftung (Zeit und Ort unter 0331-2800786 erfragen); 11.9.: Dachau, Ludwig-Thoma-Haus, Erchana-Saal, 19.30 Uhr; 13.9.: Halle, Jüdisches Gemeindehaus, Große Märkerstr. 13, 17 Uhr; 14.9.: Erfurt, Veranstalter: Heinrich-Böll-Stiftung (Zeit und Ort über 0331-2800786 erfragen); 15.9.: Dresden, Begegnungsstätte Hatikva, Pulsnitzerstr. 10, 19.30 Uhr, 16.9.: Chemnitz, Begegnungszentrum, Rosenplatz 4, 19.30 Uhr; 17.9.: Leipzig, Conne Island, Koburger Str. 3, 20 Uhr; 20.9.: **Hamburg,** Haus für Alle, Amandastr. 58, 19.30 Uhr (als **6. KONKRET-Kaderfrühstück** wird diese Veranstaltung von KONKRET in Kooperation mit dem Haus für Alle ausgerichtet - genau eine Woche vor der Wahl); 21.9.: Rostock, Veranstalter: Heinrich-Böll-Stiftung (Zeit und Ort erfragen über 033 1-2800786); 22.9.: Stralsund, Veranstalter: Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit (Zeit und Ort erfragen über 060323676); 23.9.: Bad Nauheim/Hessen, Veranstalter: Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit (Zeit und Ort erfragen über 060323676); 24.9.: Dillenburg/Hessen, Veranstalter: Heinrich-Böll-Stiftung (Zeit und Ort erfragen über 0331-2800786); 25.9.: Göppingen/Baden-Württemberg, Veranstalter: VVN (Zeit und Ort erfragen über 07161-73946).

Am 15. September erscheint als Band 18 der konkret-texte-Reihe *Das Ende als Chance? Überlegungen zum tendenziellen Fall der sozialistischen Bewegung 19881998. Band 2* von Georg Fülberth. Das Buch hat 144 Seiten und kostet im **konkret-texte-Abo** 15,80 Mark, ist aber für 19,80 auch einzeln im Buchhandel oder beim Verlag zu bekommen.

Aus Anlaß des Erscheinens des Buches *»Roter Holocaust«? Kritik des Schwarzbuchs des Kommunismus* im Konkret Literatur Verlag stellen die beiden Herausgeber Wolfgang Wippermann und Jens Mecklenburg die zentralen Thesen des Bandes an folgenden Orten zur Diskussion: 8.9: Berlin, Helle Panke e.V., Breite Str. 48, 17 Uhr; 9.9.: Hamburg, HWP Hörsaal, Von Melle Park 8, 19 Uhr (Podiumsdiskussion mit Brigitta Huhnke, Hermann L. Gremliza, Wolfgang

Wippermann, Jens Mecklenburg und Oliver Tolmein); 21.9.: Freiburg (Zeit und Ort standen bei Redaktionsschluß noch nicht fest); 23.9.: Berlin, Antifa Treptow, Kiefholzstr. 275, 18 Uhr.

Konkret 09/98, S. 6

an Konkret

Vulgärer Ausfall

KONKRET 7/98: »Flotter Dreier« von Pascal Beucker

Nicht ein kleiner Fehler, sondern ein vulgärer Ausfall waren Artikeltenor und expressis verbis die Einleitung von P Beucker. Wenn Gerhard Schröder und seine Mannen lediglich ihre Karriere im Kopf hätten, könnten wir wieder beruhigt vom kleineren Übel sprechen. Es geht ihnen um nichts weniger als das Vaterland. Um Beispiele wäre ich, ginge ich nicht von ausreichender Sachkenntnis bei der geneigten Leser/innen/schaft aus, nicht verlegen. Ich bitte, das umgehend wieder in die Liste der Selbstverständlichkeiten und Grundvoraussetzungen konkreter Demokratiekritik aufzunehmen.

Hannes Hälken

Düsseldorf'

Ent- oder weder

KONKRET 8/98: »Flüchtlinge und Agenten« von Wolfgang Pohrt

Pohrts Auslassungen sind von zwei logischen Brüchen oder Widersprüchen gekennzeichnet. Erstens: Er belehrt uns, daß die Grenzen für Immigranten und Bürgerkriegsflüchtlinge weit offen stünden: »Ich brauche den armen Teufeln nur klarmachen, welche Schauergeschichten sie hier an der Grenze erzählen müssen, damit sie rein dürfen.« Und schon sind sie alle drin. Zugleich aber malt er detailreich aus, wie er sich die Selektion der Rücksichtslosesten vorstellt, aus der die Immigranten hervorgingen: »Er hat Strapazen ausgehalten, unter denen unsereiner zusammenbrechen würde. Er hat erfolgreich ein Uberlebenstraining absolviert, wie es bei manchen Firmen heute zum Selektionsverfahren für Führungskräfte zählt.« Ent- oder weder, bitteschön. Also entweder stehen die Grenzen so weit offen, wie Pohrt dies behauptet - dann dürfte es nicht so unendlich schwierig sein, sich irgendwo in Südosteuropa in einen Bus zu setzen und ins geradezu aufnahmebegierige Zielland zu fahren. Oder aber die Grenzen sind relativ dicht, und dann findet tatsächlich eine Art Selektionsprozeß statt. Je dichter die Grenzen sind, desto eher gelingt es den Mafias, UCKs und anderen ethnischen und/oder kriminellen Banden, ein Monopol über die Einreisebeschaffung zu behaupten - an wen sollten die »armen Teufel« sich denn sonst wenden?

Zweitens: Pohrt führt völlig korrekt aus: »Wer konnte, ging weg von dort, weg von den Landsleuten. Er ging als Gastarbeiter in die Bundesrepublik. Es gibt keinen klareren Beweis dafür, welchen Rang die Sehnsucht nach der Befriedigung des ethnischen Zusammengehörigkeitsgefühls im wirklichen Leben der Menschen faktisch einnimmt.« Richtig: Eine nationalistische Bewegung wie die PKK beklagt denn ja auch, daß die Emigration der Kurden von ihren verarmten Schollen in den Westen der Türkei ihrem »patriotischen« Projekt Abbruch tue, und sähe statt dessen lieber, wenn die jungen Männer »zu Hause« blieben, um mit der Waffe in der Hand für ein unabhängiges Kurdistan zu kämpfen. Der Akt der Auswanderung dahin, wo man sich ein besseres Leben erhofft, ist also eine denkbar unideologische, materialistische Handlung. Statt dies aber zu begrüßen, fährt Pohrt fort, indem er die Immigranten als verlängerten Arm einer patriotisch-völkischen Bewegung wie der UCK darstellt.

Die Suche nach den »besseren Menschen« sollte die Linke irgendwann einmal aufgegeben haben. Sie blamierte sich vorgestern bei den Proletariern, gestern bei den »national befreiten« Kolonialbevölkerungen, und heute würde sie es bei den Immigranten tun. Statt dessen sollte man schlicht die gesellschaftlichen Realitäten wahrnehmen, ohne vom Versuch ihrer Veränderung abzulassen. Dazu gehört zweifellos die nach wie vor richtige politische Forderung nach »offenen Grenzen«. Die taucht aber bei Pohrt nicht auf, der statt dessen eine künftige Elite herbeiphantasiert: »Von Albanern und Kosovo-Albanern liest man bisweilen im Zusammenhang mit Berichten über Schießereien in jenem Milieu, wo die freie Marktwirtschaft ihren Ursprung hat. Dort zieht das im Entstehen begriffene weltweite Herrschaftssystem sich seine Führungskräfte heran.« Und so warten wir denn darauf, demnächst einen Kosovo-Albaner an der Spitze von Siemens, Daimler-Benz, des IWF oder der Weltbank zu sehen.

Bernhard Schmid

Paris

Kleine Bitte

KONKRET 8/98: »Die Feuerwehr als Brandstifter« von Robert Kurz

Wenn die Welle der schwappenden Liquidität meine Haustür erreicht, sagt Bescheid: Ich bin gerne bereit, sie ohne entsprechende Warenproduktion bei mir unterzustellen (die Liquidität, nicht die Welle).

Hartmut Löschcke

Bonn

Kleiner Gruß

KONKRET 8/98: Tomayers ehrliches Tagebuch

Dank Dir, Tomayer, alter Parallel-Galaktiker, für den Ruf aus Aonen-Fernen; denn lebst Du als Rarität hier etwa nicht »im Abseits«? Oder Gremliza etwa nicht, dem die hanseatischen Schmierköpfe, wie ich fürchte, auch diesmal nicht den Lessing-Preis geben werden? Und ist denn den Blauwalen schon damit geholfen, daß sie einander begegnen? Wo wir doch allenfalls unsere Einsamkeit miteinander teilen könnten, hier, beim Geflüster sich auflösenden Bierschaums? So hart, wie das Leben ist an der Küste?

Nein, Tomayer, hier ist nun mal nicht der Süden jenseits von Main und Wachau, nicht einmal ein bißchen >Ostzone< mit Grünbeide, Klein-Machnow und dem Fussel Berlin dran. Hier heißt es (ha!) »Sandalen / am Krater lassen wie Empedokles / und dann (in Gottfrieds Namen) hinab«.

Hermann Peter Piwitt

Hamburg

Kleine Frage

KONKRET 7+8/98: »Die Macht der Lüge« von Kay Sokolowsky

Mit wachsendem schlechten Gewissen muß ich zur Kenntnis nehmen, daß in sozialpolitischen Debatten immer stärker Kritik an aufkeimendem Sozialneid geübt wird. Ich gebe hiermit zu, daß ich davon ebenfalls nicht frei bin. Ich würde auch lieber ererbte oder von den Vorfahren zusammengeraffte Vermögen verwalten, als mich dem nervigen Arbeitsalltag auszusetzen. Kay Sokolowsky spricht nun aber vom »dumpfen Sozialneid«! Was ist das denn jetzt? Täuscht mich der Eindruck, daß dieses Wort in Mode gekommen ist, seit die Altlinken zu etwas sozialem Wohlstand gekommen sind und nun anfangen, die alte Forderung nach sozialer Gerechtigkeit aus einer anderen Warte zu sehen, so daß nun die Forderung nach »Jedem nach seinen Leistungen« zum gemeinen und die Forderung »Jedem nach seinen Bedürfnissen« zum dumpfen Sozialneid geworden ist?

Ansonsten finde ich den Beitrag von Kay Sokolowsky höchst spannend. Die Herkunft der »Zionistischen Verschwörung« war mir unbekannt.

Norbert Gravius

Berlin

»Vor dem Berner Prozeß gegen die Protokolle: Der Anwalt Georges Brunschvig (r.)«, lautet auf Seite 51 (Heft 8/98) Ihre Bildunterschrift. Das ist nicht ganz korrekt. Das Bild zeigt Brunschvig ca. neun Jahre nach dem Prozeß, und Ihr Text beantwortet nicht die Frage: Wer ist der längst nicht so fesche Herr neben Brunschvig, und was hat er in seinem Rucksack? Woher kommt er? Wohin geht er so forsch?

Na denn: Es ist David Frankfurter, der Medizinstudent deutscher Abstammung, jüdischen Glaubens, aus Slawonien, dem niemand ein Denkmal setzt. Frankfurter hatte die ausgezeichnete Idee, im Februar 1936 den nationalsozialistischen Landesgruppenleiter der Schweiz (praktisch den Gauleiter) zu erschießen, einen gewissen Wilhelm Gustloff aus Schwerin, der daraufhin eine steile Karriere als Namensvetter von Schiffen, Flugzeugen etc. machte.

Brunschvig war einer der Verteidiger im Prozeß, der die Weltöffentlichkeit mindestens so erregte wie der gegen die Verbreiter der *Protokolle,* da hier erstmals umfangreiche Berichte über die antisemitischen Verbrechen der Nazis vorgelegt wurden - also die Folgen der *Protokolle.* Im Prozeß gegen Frankfurter standen sich zum Teil die gleichen Personen gegenüber wie in Bern - auf Seiten der Nazis, die gegen Frankfurter als Nebenkläger fungierten, wie auf Seiten der Schweizer Judenschaft. Die Schweizer Öffentlichkeit verunglimpfte Frankfurter in übler Weise, und das Gericht in Chur unterstellte ihm niedere Beweggründe. Natürlich revidierte man seine Meinung rasch, als die Nazis den Krieg verloren

hatten. So sehen wir auf Ihrem Foto den soeben aus dem Knast entlassenen Mörder aus edlen Motiven, mit Rucksack, denn er will bald nach Palästina auswandern, wo er noch lange leben wird.

Das Buch von Ben-Itto über den Prozeß gegen die Protokolle ist übrigens schlecht geschrieben, viel zu geschwätzig und weitschweifig, und Sokolowskys Synopse ist deshalb zu begrüßen. Über den Fall Frankfurter steht einiges bei Emil Ludwig/Peter 0. Chotjewitz: *Der Mord in Davos,* Herbstein 1986.

Peter O. Chotjewitz

Stuttgart

Konkret 09/98, S. 9

Hermann L. Gremliza

A-Bomben-Stimmung

Wie immer, wenn the boys come home in a box, war die Nation, die doch, seit die Deutschen verhindert waren, die meisten Kriege geführt hat, gerührt wie vom Schlag eines blind wütenden Schicksals. Vor den Särgen der zwölf Amerikaner, ums Leben gekommen bei den Bombenanschlägen auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania, schwor ihr Präsident unter Tränen: »Wir müssen die Verantwortlichen für diese teuflischen Taten finden und ihrer gerechten Strafe zuführen.«

Dabei standen die Verantwortlichen alle um ihn herum, mit ihrem Präsidenten als Mittelpunkt. Die neue Weltordnung gilt sehr zu Recht als glorreiches Resultat einer fünfzigjährigen Anstrengung, ihre Ordner, die darauf stolz sind, daß es mit dem Kommunismus zu Ende und mit Deutschland wieder von vorne los ging, dürfen auch für die weniger erfreulichen Begleiterscheinungen sich verantwortlich fühlen. Und doppelt verantwortlich für Attentate wie die von Nairobi und Daressalam mit ihren 257 Toten und Tausenden Verletzten, die nach Art und Opferzahl so genuine Kennzeichen der neuen Ordnung sind wie die chirurgischen Eingriffe der US Air Force in Bagdad.

Verantwortlich sind sie einmal für die politische und militärische Aufrüstung, die sie jedem hatten zukommen lassen, der im Kampf gegen die Kommunisten zu gebrauchen war. Der Gotteskrieger Ussama Ibn Ladin, den die US-Regierung der letzten Anschläge verdächtigt, war Anführer jener »arabischen Afghanen«, welche die CIA in Kooperation mit Pakistans Geheimdienst zur Unterstützung der Taliban, einer ebenfalls von der CIA bewaffneten und instruierten Killertruppe, in ihrem Krieg gegen die Regierung in Kabul angeheuert hatte. Verantwortlich sind die Urheber dieser Ordnung zum andern für Zustände, die den Hungernden der drei Kontinente keinen Ausweg weisen als den Selbstmord auf dem Weltmarkt, sie darum jeder Verzweiflungstat fähig machen oder bereit, jedwedem Terroristen ein anschlagsfreundliches Umfeld zu bieten.

Was die Gegend zwischen Islamabad und Johannesburg angeht, so ist die Angst der Verantwortlichen für den Terror durch das Wissen um die trotz alledem beschränkten Mittel der Täter (man hat sie ihnen ja selber geliefert) gedämpft. Etwas anders verhält es sich mit einer anderen Region. Im Sommer 1998 müssen »Bild« und »Welt am Sonntag« melden:

Jetzt steht Rußland das Wasser wirklich bis zum Hals ... Die Verzweiflung der Menschen ist auf dem Höhepunkt! Die Nationalisten stehen bereit. Wenn der Riese kippt, wird ganz Europa erzittern!

Über Washington schwebt die Angst, der Absturz des Rubel könnte Jelzins Reform-Kabinett stürzen und in dem Land mit Tausenden von Atomwaffen ein rot-braunes Regime an die Macht bringen.

Die »Reformer« sind jene Mitglieder der Nomenklatura, die nicht wie einst, als man sie Bonzen nannte, sich ein paar hundert Rubel mehr nahmen, als der Rest bekam, sondern ein paar hundert Millionen. Und doch ist auch dies nur das Trinkgeld, das sie dafür kassieren, daß sie bei der Plünderung des Landes Schmiere stehen, wie einst die Stammesfürsten, heute die Scheichs und Präsidenten der Dritten Welt. Sie liefern die Güter des Landes zum Schleuderpreis, bekommen dafür einen Benz vor die Tür und ein Konto in Luxemburg oder Monaco. Seit Beginn der Wende sind die wichtigsten Rohstoffpreise auf die Hälfte gefallen.

· »Wenige Jahre der >Schocktherapie(fügten unserer Wirtschaft einen größeren Schaden zu als ein halbes Jahrhundert des Wettrüstens ... Damit einher geht ein Verfall der Kultur, der Wissenschaft sowie des Bildungs- und Gesundheitswesens, eine wachsende Polarisierung der Gesellschaft, die nie dagewesene Bereicherung einer Minderheit, zügellose Korruption und Kriminalität« (Georgij Arbatow, Gründer des Moskauer Nordamerika-Instituts, in der »Frankfurter Allgemeine«)..

· »Zwei Drittel aller russischen Familien geht es schlechter als noch vor zwei bis drei Jahren. Wir haben zwölf Millionen Drogenabhängige und drei Millionen Straßenkinder. Mehr als ein Drittel des Staatshaushalts muß für die Bezahlung der Schulden aufgewendet werden, die wir im Ausland haben« (Wladen Kuznezow, ehemaliger russischer Generalkonsul, im »Hamburger Abendblatt«).

· »Das Nationaleinkommen von Rußland ist im vorigen Jahr im Vergleich zum Jahr 1989 um zwei Drittel gesunken. Die Gesamtverluste des Nationaleinkommens in diesem Zeitraum werden mit 1.576 Milliarden US-Dollar geschätzt. Das liegt weit über den Verlusten, die das Land im Großen Vaterländischen Krieg erlitten hat. Mehr als die Hälfte der Lebensmittel kommt aus dem Ausland. Im Laufe der Restaurationsjahre sind ins Ausland über 300 Milliarden US-Dollar abgewandert« (Oleg Schelin, Ratsvorsitzender des Verbandes kommunistischer Parteien SKP/KPdSU, in der »UZ«).

Rußlands Gesamtverschuldung beträgt 171 Milliarden Dollar. Um überhaupt noch an Geld zu kommen, wurden Schuldverschreibungen mit Jahresrenditen bis zu 80 Prozent ausgegeben. Die kurzfristigen Schulden machen 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Bis zum Jahresende hätte Rußland für den Schuldendienst 35 Milliarden Dollar aufbringen müssen. Die Zahlungen wurden deshalb - für zunächst drei Monate - eingestellt.

Warum dann hat der Internationale Währungsfonds noch im Juli eine Soforthilfe von 4,8 Milliarden Dollar gewährt? Weil der Laden am Laufen gehalten werden muß, bis der letzte Dollar rausgeholt ist. Für die russischen Proleten jedenfalls ist das gute Geld nicht bestimmt, die dürfen immer noch einen und noch einen Monat länger auf ihren Lohn warten, weshalb es, wie ein »Rußland-Experte« des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle berichtet, »immer öfter zu Blockaden und Streiks kommt bis hin zur Erschießung von Betriebsdirektoren«.

Wer hätte das gedacht, am Beginn der Wende, als Gorbatschow noch der Held der westlichen Welt war und die Leitartikler von »FAZ« bis »Taz« es mit dem »europäischen Haus« und der »Friedensdividende« hatten? Ich war, im April 1990 an dieser Stelle, so frei:

Die realsozialistischen Staaten Osteuropas, früher auch Zweite Welt genannt, werden nicht, wie sie hoffen Teil der Ersten, sondern der Dritten Welt werden, deren Grenze zur Ersten (bis auf weiteres) an Oder und Neiße verlaufen wird ... Ein Stück weit östlich der Neiße aber wird entstehen, was die Welt noch nicht gesehen hat: ein konventionell und atomar auf Weltniveau gerüstetes Entwicklungsland ... Vielleicht erreicht Rußland durch billige Rohstoffexporte das Niveau Brasiliens. Vielleicht. Wenn, im Austausch für Jeans, Gorbatschows Nachfolger Jelzin soviel Erdöl liefert, daß der Weltmarktpreis um die Hälfte fällt. Vielleicht aber auch werden die Massen, die dann noch weniger zu beißen haben werden als zuvor. ein Regime erzwingen, das von jenen Mitteln, deren Anhäufung sie mit so viel Verzicht bezahlen mußten, Gebrauch macht. Noch war kein ins Elend gedrücktes Volk dieser Welt in der Lage, seinen Ausbeutern das physische Ende glaubhaft anzudrohen. Die Russen werden es sein.

Die Situation ist da. Und nun nehmen wir einmal an, daß die Strategen der CIA und des Weißen Hauses schon ein paar Tage früher so schlau geworden sind wie Springers Redakteure - wofür wohl wird es fix und fertige Einsatzpläne geben? Für die Sanierung der russischen Staatsfinanzen, für die Rekonstruktion der russischen Wirtschaft? Oder für einen friedenserhaltenden Präventivschlag, der jede künftige Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen so hinfällig macht wie deren Verkauf auf dem Weltmarkt, an den Kunden Ussama Ibn Ladin, beispielsweise?

Konkret 09/98, S. 10

Herrschaftszeiten

Schwarz

»Uni so mehr beobachte ich mit Sorge, daß innerhalb der Bundeswehr die gebotene Distanz zur deutschen Wehrmacht insgesamt, aber auch zu einzelnen Personen aus der deutschen Wehrmacht nicht immer und überall eingehalten wird«, schreibt die Wehrbeauftragte des Bundestages, Claire Marienfeld (CDU), in ihrem Jahresbericht 1997.

Grün

»Pazifismus: Die Bündnisgrünen sollten sich endlich von ihrer überkommenen Frontstellung gegen die Bundeswehr befreien. ... Der links-dogmatische Pazifismus sieht die Bundeswehr in der Tradition der Wehrmacht ... Der linksdogmatische Pazifismus ist eine Entscheidung gegen die deutsche Demokratie und ihre Institutionen ... Die Grünen müssen lernen: Die Zeit des deutschen Militarismus ist vorbei«, schreibt der einstige Kriegsdienstverweigerer Bernd Rheinberg im Berliner Zentralorgan der Grünen und fragt: »Warum soll der nächste Verteidigungsminister kein Kriegsdienstverweigerer sein?« Und damit alle ehemaligen Pazifisten sehen, was auf sie zukommt, zeigt die »Taz« Volker Rühes Nachfolger Bernd (vormals »Berndi«) Rheinberg im Bild:

Heil

Die Landsmannschaft Schlesien hat erklärt, daß die »durch die Folgen des von den beiden Tyrannen (Hitler und Stalin) entfesselten Zweiten Weltkriegs am schwersten Betroffenen die Heimatvertriebenen« waren.

Kleinfamilie & Lohnarbeit

Nach einer Untersuchung der Universität Lüneburg hat sich die Zahl der Scheidungen in Wolfsburg nach Einführung der Vier-Tage-Woche bei VW Ende 1993 um 48 Prozent erhöht - von 314 auf 465 pro Jahr. Grund: Die zwanzigprozentige Arbeitszeit- und Lohnkürzung bedeute »mehr Zeit, Geld auszugeben, von dem aber weniger vorhanden ist«.

Aktieneinsicht 1

Roman Herzog spricht: »Es kann nicht so sein, daß der Aktienkurs einer Firma mit der Zahl der Entlassungen steigt.«

Aktieneinsicht 2

Die Börsenredaktion meldet: »Kursexplosion: Siemens-Aktie schoß 20 Prozent rauf!« Warum? Der Vorstand von Siemens hatte bekanntgegeben, daß die Firma ihr Gewinnziel in diesem Jahr verfehlen wird. Und daß Siemens deshalb viele Arbeitsplätze beseitigen werde.

Aktenkunde

Das Bundesarchiv hat Berichten widersprochen, nach denen Akten der Reichsbank über Raubgold der Nazis in den siebziger Jahren bewußt vernichtet worden sein sollen. Zwar sind die Akten verschwunden, aber von Bewußtsein könne in diesem Zusammenhang nicht die Rede sein.

Kosovo 1

Christian Schwarz-Schilling, einer der Antreiber des jugoslawischen Bürgerkriegs, hat von der Nato gefordert, die Lage im Kosovo mit »ein paar Tagen gezielter Militäraktionen aus der Luft« zu verändern: »Es ist ein unglaublicher Fehler der europäischen, vor allem der deutschen Politik, auf die russische Verzögerungstaktik im Kosovo gutgläubig eingegangen zu sein. Diese Politik ist fahrlässig und verhängnisvoll.«

Kosovo 2

Millionengeschäfte und scharfe Schüsse / Albaner – die heimlichen Herrscher der Reeperbahn. Die Polizeijagt eine albanische Mörderbande. Die Albaner sind nicht mehr zu stoppen. Wir stehen vor dem Phänomen, daß Leute, die als bettelarme Flüchtlinge nach St. Pauli kamen, in wenigen Jahren zu Multimillionären wurden. An drei Punkten auf St. Pauli

haben Albaner insgeheim ihre Macht ausgebaut: In einer Bierschwemme, die traditionell Treffpunkt von kosovo-albanischen Einbrechern ist ... Ein albanischer Familienclan hatte Augen auf das traditionsreiche »Café Keese« geworfen. Gäste erlebten dies: Dunkelhäutige Finsterlinge patrouillierten durchs vollbesetzte Lokal. Gewalt lag in der Luft. Soviel aus der »Bildzeitung« vom 14. August, Seite 3.

Kosovo 3

Und dies aus der »Bild-Zeitung« vom 14. August, Seite 2: *Kosovo: Rühe fordert »aktives Eingreifen«. Den Grünen warf Rühe vor, sie wollten »mit ihrer Hysterie der letzten Tage in Wirklichkeit ein deutsches Engagement zur Rettung von Menschen verhindern«. Damit würden die Grünen zu »Komplizen der Gewalt«.* Auf der Reeperbahn nachts um halb eins?

Dienstmädchenprivileg

1990 hat die Bundesregierung per Gesetz erlaubt, das Gehalt von Haushaltshilfen von der Steuer abzusetzen. Nach einer Bilanz des Bundesfinanzministeriums sind von den erwarteten 100.000 neue Stellen nur 1.259 geschaffen worden. Der Steuerausfall betrug 279.000 000 Mark. Der Staat subventioniert jeden Haushalt mit einem Jahreseinkommen über 184.000 Mark, der eine zusätzliche Haushaltshilfe engagiert, mit 235.900 Mark im Jahr.

Zwillingsforschung

Die internationale Friedenstruppe Sfor hat in Bosnien irrtümlich zwei Unschuldige als Kriegsverbrecher festgenommen. Die Verwechslung fiel erst auf, als die beiden Männer schon im Gefängnis des UN-Kriegsverbrechertribunals in Den Haag inhaftiert waren. Wie eine Sprecherin des Gerichts erläuterte, ging die Sfor irrtümlich davon aus, die angeklagten Zwillinge Pedrag und Nenad Banovic vor sich zu haben: »Die beiden Festgenommenen heißen zwar nicht Banovic, sind aber auch Zwillinge.« Leider hießen sie auch nicht Schwarz und Schilling.

Kleine Freuden

Thomas Theobald, 39, war ein großer Vorkämpfer gegen Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Deutschlands Autobahnen. Ende Juli kam er von einem seiner heroischen Einsätze nicht nach Hause zurück: Bei Tempo 200 hat er sich auf nasser Straße mit seinem Mercedes nach mehrfachen Überschlägen in das große Gasgeberlager dort oben abgemeldet. Wrummwrumm seinem Andenken.

Staatsbürgerkunde 1

Gefragt, ob er für das Unternehmen die Rolle des Cheflobbyisten übernehme, antwortet der Vorstandsvorsitzende der Herbert-Quandt-Stiftung des BMW-Konzerns: »Wir können doch nicht davon ausgehen, daß bei der Zufälligkeit, wie Politiker heute rekrutiert werden, ausreichend Sachverstand vorhanden ist. Wenn die Politik sich mit Umwelt- und Verkehrsfragen bezogen auf das Auto befaßt, müssen Kompetenz und Wissen abrufbar sein. Wir müssen das penetrant anbieten.« Horst Teltschik muß es wissen. Er hat 22 Jahre für Helmut Kohl gearbeitet, die letzten acht davon im Kanzleramt.

Staatsbürgerkunde 2

Auch Christdemokraten haben aus der Geschichte was gelernt. Als Manfred Wulfert, Schatzmeister der sachsen-anhaltinischen CDU, einem Spezi am Telefon mitteilen wollte, was mit einem ungeduldigen Gläubiger zu geschehen habe, sagte er nur: »Endlösung«.

Selfdenying Prophecy

Weil er von »Econy«, seinem neuen »Fachblatt für Existenzgründer«, statt der erwarteten 60.000 nur 25.000 Exemplare verkaufen konnte, hat der »Manager Magazin Verlag«, Tochter des »Spiegel«-Verlags, das »ganz neue Wirtschaftsmagazin für die Mutigen« zwei Ausgaben nach Existenzgründung mutig eingestellt.

Pathologie

Daß Wahlen krank machen, hat der indische Psychiater Rajeev Agarval herausgefunden. Mit seinem Team hatte er nach politischen Wahlen einen sprunghaften Anstieg schwerer psychischer Erkrankungen beobachtet. Vor allem die Familienangehörigen der Kandidaten hätten eine enorme Belastung zu ertragen: 63 Prozent der Fälle betrafen Ehefrauen, 9 Prozent sonstige Familienmitglieder oder enge Freunde, in 28 Prozent der Fälle waren die Kandidaten selbst betroffen.

Jeder zweite Patient zeigte Symptome einer akuten Psychose (sinnloses Grimassenschneiden), 30 Prozent litten an einer affekt-psychotischen Störung (verworrenes Daherreden oder Halluzinationen), 9 Prozent an manischem Wahngeschehen (vor allem Größenwahn). Bei 3 Prozent der Betroffenen diagnostizierten die Ärzte eine endoreaktive Dysthymie (Depressionen), bei einem Prozent eine paranoide Schizophrenie. Das Auftreten psychischer Störungen stehe in keinem Zusammenhang damit, ob der Kandidat die Wahl gewonnen oder verloren habe. Als Ursachen werden vor allem Schlafentzug, schwerer Alkohol- oder Medikamentenmißbrauch sowie exzessiver Kaffeegenuß genannt.

Historiographie

Der sozialdemokratische Ministerpräsident Tschechiens hat sich über die Berufung von Funktionären der Sudetendeutschen Landsmannschaft in den Verwaltungsrat des deutsch-tschechischen Gesprächsforums beschwert. Prag, so Milos Zeman, nominiere ja auch keine Kommunisten oder Rechtsradikalen. Darauf kam heftiger Protest - nicht von den tschechischen Kommunisten, sondern von Edmund Stoiber, dem Reichsprotektor der sudetendeutschen Bagage. »Erschrocken und bestürzt« sei er über Zemans »einseitiges und falsches Geschichtsbild«. Nach allem, was die Sudetendeutschen nach dem Krieg geleistet hätten, sei ihre demokratische Gesinnung über jeden Zweifel erhaben. Eine kleine Auswahl ihrer Leistungen: Rolf-Josef Eibicht, ehemals wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Sudetendeutschen Rat e.V. in München, kandidiert in Bayern auf der Liste der DVU für den Bundestag. Herbert Fleissner, ehemals Bundesvorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft, veröffentlicht Bücher des Auschwitz-Leugners David Irving. Im sudetendeutschen »Witiko-Brief« hieß es 1974: »Zu den gewaltigsten Geschichtslügen der jüngsten Vergangenheit gehören die 6 Millionen Juden.« Die Gründer der Landsmannschaft bekräftigen in der Eichstädter Erklärung von 1949, die bis heute gültig ist: »Unsere unabdingbare Forderung ist die Rückgabe der Heimat in den Sprach- und Siedlungsverhältnissen von 1937.«

Rechtsstaat

In den USA standen 1995 insgesamt 5,4 Millionen Amerikaner unter justitieller Aufsicht, das sind knapp 5 Prozent aller Männer über 18 Jahren, und das ist jeder fünfte männliche Schwarze. Ein Drittel der Bevölkerung ist in über 50 Millionen Kriminalakten erfaßt. Die Ausbildung von Gefängniswärtern rangiert nach Angaben des US Cencus Bureaus an erster Stelle unter allen Regierungsaktivitäten des letzten Jahrzehnts. Die Afroamerikaner stellen in den Haftanstalten die Mehrheit, obwohl sie nur 12 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Rassenbewußtsein

Die IG Bau Sachsen-Anhalt beschwert sich über den Baukonzern Bilfinger und Berger: Dieser habe den Zuschlag für den Neubau des Wasserstraßenkreuzes Magdeburg erhalten, »obwohl das Stammpersonal erheblich reduziert wurde, keine Neueinstellungen geplant seien und es bereits in der Anfangsphase auf der Großbaustelle nur so von ausländischen Billiglohnkräften, die man mit Stundenlöhnen zwischen sechs und zehn Mark abspeise, wimmelt«.

Der deutsche Wald ist keine Einbahnstraße

Helmut Kohl, CDU

Das Problem der Tretminen läßt sich nur Schritt für Schritt lösen

---

Klaus Kinkel, FDP

Ich möchte jetzt mal meine eigene Betroffenheit einbringen

Herta Däubler-Gmelin, SPD

Konkret 09/98, S. 12

Georg Fülberth

Der Mantel Gottes

Zu Besuch beim Personal der Republik. Eine Revue aus Anlaß der Bundestagswahl

Vom ersten Reichskanzler ist der Ausspruch überliefert, ein Staatsmann könne gar nicht viel tun. Allenfalls vermöge er geduldig zu warten, bis der Mantel Gottes vorüberrauscht. Dann aber müsse er hervorspringen und ihn packen.

Dem gegenwärtigen Bundeskanzler hat das gut gefallen. So sah er sich selber während der Wiedervereinigung. Das lange Warten davor und danach nennt man Aussitzen. Man hätte sich einen Staatsmann dann wie einen Frosch vorzustellen, der im Sumpf hockt und die Augenlider auf- und niederklappen läßt. Kommt eine Fliege vorbei, ist er sofort hellwach, macht einen Sprung und hat sie.

Der Topos ist älter als Bismarck. Letztlich geht er auf die alten Römer zurück. Die sprachen von Fortuna. Der Feldherr und Staatsmann sei ihr völlig ausgeliefert. Dadurch wurde seine Bedeutung aber nicht gemindert, im Gegenteil: Wer von ihr gefördert und gerettet wird, ist mit einer höheren Macht im Bund und insofern mehr als ein Mensch. Folgerichtig galt Caesar, der Günstling der Fortuna, als Gott.

Unverkennbar handelt es sich hier um eine sehr konservative Politikvorstellung. Eigenständiges Handeln sei nicht möglich, die Bedingungen seien alles, die Menschen nichts. Jedes Versagen kann so vorab gerechtfertigt werden. In der Lehre von Mantel, Frosch und Fortuna ist zugleich die Doktrin vom Übermenschen versteckt: Das ist der, welchem das Unmögliche geschenkt wird.

Das Unabänderliche hat im Lauf der Jahrtausende allerdings mehrmals seinen Namen geändert: Erst Fortuna, dann Gott, jetzt ist es die Wirtschaft, genauer: deren Globalisierung. Diese wird als ein Umstand beschrieben, der die Gesellschaft mobilisiert und die Politik lähmt. Letztere habe nur noch die Aufgabe, stillzuhalten und der Ökonomie - oft auch »die Märkte« geheißen - nicht im Wege zu sein. Die einzige Aktivität, die ihr erlaubt ist, ist der Verzicht auf irgendeinen Eingriff. Diese Form der Tätigkeit heißt Deregulierung.

Um an die Stelle zu kommen, von der aus gewartet und gesprungen werden kann, ist allerdings Umtriebigkeit vonnöten. Wir sehen es am sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten. Um diesen Status zu erreichen, mußte er schon bis zur Niedersachsenwahl im März sehr aktiv sein. Jetzt dominiert er das Sommerloch. Er verkündet: In seinem Lager sei Fortuna, also die Wirtschaft, welche an die Stelle der Politik trete. Deshalb umgibt er sich nicht mit sozialdemokratischen Funktionären, sondern läßt sich von einem Computermillionär, Stollmann, und einem Leitenden Angestellten von Holtzbrinck, Naumann, flankieren. Als designierten Arbeitsminister hat er sich jenen Walter Riester ausgesucht, der seinen IG-Metall-Kollegen seit langem den unentrinnbaren neoliberalen Sachzwang predigt.

Dem Kandidaten wirft man zuweilen vor, er drücke sich um konkrete Aussagen. Er könnte antworten, das sei gar nicht nötig, denn der Sachzwang spreche für sich. Dieser aber redet aus Stollmann, Naumann und Riester. Deshalb kann sich Schröder darauf konzentrieren, durch ständige, strahlende, demonstrativ nichtssagende Medienpräsenz eine große Peinlichkeit zu verdecken. Das ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Oft schon ist sie totgesagt worden, immer zu Unrecht. Ob schlagende Studentenverbindung, SPD oder Kirche, allemal gilt: Solange noch ein paar Immobilien und Seilschaften da sind. außerdem Mitglieder, die sich von der Zugehörigkeit etwas für sich selber erhoffen, werden solche Vereine Bestand haben. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands allerdings verbessert zur Zeit ihre Wahlchancen dadurch, daß sie sich auflöst. Den Kandidaten Schröder hat sie nicht gewollt. Sie hat ihn dann nehmen müssen, weil der Chef von VW und die Mehrzahl derjenigen Medien, die private Gewerbebetriebe sind (die öffentlich-rechtlichen folgen ihnen gern), kundgetan haben, wenn schon ein Sozialdemokrat, dann solle dieser es sein. Da »die Wirtschaft« identisch mit Fortuna ist, fühlte sich die Union nach diesem Hinweis gottverlassen und reagiert seitdem panisch. Als der Kanzler bei seiner Bäderreise in Schleswig-Holstein von den Hannoveraner Chaostagen zu reden anfing, war klar, daß er keine anderen Argumente mehr hatte und daß er den einzigen Bonus verloren hatte, über den er in der Vergangenheit verfügte: die Konzentration der Gunst des großen Kapitals auf ihn, die Union und die FDP.

Schröder aber rächt sich nun an seiner Vehikelpartei, indem er sie ständig verleugnet. (Seit Weizsäcker ist das nicht mehr völlig neu. Apparat ist out, der Große Unabhängige ist in.) Wenn Stollmann sich über das »Bündnis für Arbeit« und die betriebliche Mitbestimmung mokiert, seine frühere CDU-Mitgliedschaft zugibt, den Zuschlag für das sozialdemokratische Schattenkabinett damit begründet, daß Kohl nicht vorher zu ihm gekommen sei - dann geniert dies den SPD-Kandidaten überhaupt nicht, sondern es dürfte ihn freuen. Vielleicht hat man das mit dem PR-Team sogar abgesprochen. Stollmann darf sagen, was er will, die Vorsitzende der Jusos aber getraut sich nicht einmal, ihn zu kommentieren. (Dies ist insofern korrekt, als sie ohnehin nur einen fiktiven Verband vertritt. Als sie dann doch noch einen Forderungskatalog von sozialdemokratischen Jungkandidat(inn)en vorlegte, der von Schröders Wünschen abwich, war das aus dem gleichen Grund belanglos.) Nicht die sozialdemokratische Partei soll gewählt werden, sondern lediglich ihr Kandidat, welcher aber

in Wirklichkeit gar nicht ihr Kandidat ist. Sie läßt es sich gefallen, denn man hat ihr bedeutet, nur mit ihm könne sie gewinnen, obwohl es dann wiederum gar nicht sie ist, welche siegt. Es ist wohl eine Art Selbstverbrennung.

Diese kann zugleich als Erneuerung verkauft werden. So wird es behauptet werden, falls die SPD die Wahl gewinnen sollte. Und außerdem gilt die Partei gegenwärtig dadurch als modern, daß sie sich einen anderen Oldtimer vom Hals geschafft hat: den DGB.

Man baut vor. Brandts Rücktritt 1974 wird ja nicht nur auf das Wirken des Spions Guillaume zurückgeführt, sondern auch auf den ÖTV-Vorsitzenden Heinz Kluncker, der durch angeblich überzogene Lohn- und Gehaltsforderungen, die er dann auch noch mit einem Streik durchsetzte, die Regierung vorgeführt habe. Und Schmidts Sturz 1982 soll dadurch mitverursacht worden sein, daß er in zwei Punkten die Partei nicht mehr voll hinter sich hatte: bei der Raketen-Rüstung sowie in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Was letzteres angeht, so sei daran der DGB schuld gewesen: Er habe Schmidt daran gehindert, den Forderungen der FDP weit genug nachzugeben. So liest man es immer wieder. Damit derlei nicht ein drittes Mal passiert, werden die Gewerkschaften gleich vorab öffentlich abgeohrfeigt.

Noch eine zweite Partei soll hinter einem Vormann versteckt werden: Bündnis 90/Die Grünen. Zumindest versucht Joseph Fischer das. Als die Grünen auf ihrem Magdeburger Parteitag einen Benzinpreis von fünf Mark forderten, war das an sich gar nichts Aufregendes. Das hatten sie auch früher schon getan. Doch schon die ersten Fernsehnachrichten über den Routinebeschluß bezeichneten ihn plötzlich als katastrophal. Daraufhin trat ein Zirkel von noch nicht einmal 60 Funktionären - genannt »Kleiner Parteitag« - zusammen. Er bestätigte den Beschluß nicht, aber er revidierte ihn auch nicht. Irgendwie redete man über etwas anderes. Fischer erschien auf nahezu allen Kanälen, beschwichtigte, relativierte, wußte, daß er sich weder eine Wiederholung noch eine völlige Revision der Magdeburger Angelegenheit leisten konnte, und zielte letztlich auf einen einzigen Eindruck ab: Einer Partei, die ihn hat, braucht man weder den Fünf-Mark-Preis noch Tempo 100 übelzunehmen. Ein paar Wochen lang sah es so aus, als wäre die beste Wahlkampf-Strategie für die Grünen ein Dauerschlaf bis zum 27. September, damit sie danach im Kabinett aufwachen können. Allerdings könnten die Wähler zwischenzeitlich vergessen, daß es sie gibt. Deshalb wohl Trittin.

Nach einer Zeit der Irritation erwiesen sich die scheinbaren Pannen dann fast schon wieder als taktisch sinnvoll. Allerlei Außenseiter durften jetzt Bedenkenswertes oder gar Vernünftiges fordern, zum Beispiel das Verbot von Formel- 1 -Rennen in Deutschland. Da Schröder Stimmen rechts holen will, blieb den Grünen gar nichts anderes mehr übrig, als ein bißchen was von dem zu sichern, was ihnen irrtümlicherweise einmal links zugewachsen war. Wenn die Parteispitze anschließend regelmäßig beteuerte, solche Vorstöße seien nicht ernstzunehmen, war das Versprechen für Wohlverhalten nach dem 27. September hinterlegt.

Ein weiterer scheinbarer Dynamiker ist Schäuble. Aber die Bewegung, welche er erzeugt, soll in einer Großen Koalition enden. Nur sie könnte ihm die Chance verschaffen, Kanzler zu werden (den inzwischen nicht mehr sehr wahrscheinlichen Fall vorausgesetzt, daß die Union trotz Verlusten doch stärkste Partei bleibt). Das Interview-Pingpong zwischen »Stern« und »Spiegel« zeigt allerdings, wie kompliziert ein solches Spiel inzwischen geworden ist.

Was aber ist eine Große Koalition? Immer die Anerkennung eines übermächtigen Sachzwangs, vor dem es keine miteinander streitenden Parteien mehr geben darf. Gemeinsamkeit scheint geboten für Zumutungen, über die zwar Stollmann scherzt, von denen verantwortungsbewußte Parteistrategen aber lieber schweigen, weil man für so etwas nicht gewählt wird.

Kommen wir zum letzten hier zu behandelnden Dynamik-Darsteller, Herzog. Indem er plötzlich andeutet, er könne sich eine zweite Amtszeit für sich vorstellen, erweist er sich vordergründig als dankbarer Parteisoldat. Seine Anhänger im »Bildzeitungs«-Publikum könnten sich dadurch bewogen fühlen, Union zu wählen, damit er in der Bundesversammlung 1999 wieder eine Mehrheit erhält. So ist es aber gar nicht gemeint, zumindest ist das nicht die einzige Variante. Die Stimmen einer Großen Koalition würde er gewiß ebensogern nehmen. Die zweite Amtszeit braucht er, so deutete er an, weil er seine Aufgabe noch vollenden will. Die heißt: Ruck, Darunter ist zu verstehen- Beseitigung allen Ärgers, den die Politik dadurch der Okonomie bereitet, daß sie die Regulierungen, welche im Golden Age des Kapitalismus erträglich und im Kalten Krieg sinnvoll waren, nicht schnell genug beiseite räumt. Der gemeinsame Feind von Stollmann, Schröder, Fischer, Schäuble und Herzog ist die parteienübergreifende Sozialdemokratisierung von Teilen der westdeutschen Politik seit 1949. Deren glaubwürdigste - und deshalb gegenwärtig recht unbeliebte - Repräsentanten sind zwei Besitzer eines CDU-Parteibuchs: Kohl und Blüm. Wir sehen: Hier geht es postmodern zu. Was rechts ist, gibt sich zugleich als Verwechslung von Lechts und Rinks.

Nun wissen wir aber, daß es sich bei Gottes Mantel und Fortuna nur um ideologische Gebilde handelt, die gesellschaftliche Interessen verdecken und damit durchsetzen helfen. Gleiches gilt von dem politischen Sachzwang, der neuerdings angeblich von der Globalisierung der Märkte ausgeht. Die ist als Tendenz so alt wie der Kapitalismus selbst. Sie existiert aber niemals pur, sondern ausschließlich in spezifischen Ausprägungen. Eine dieser Varianten ist der Imperialismus: Expansion des je nationalen Kapitals zu Lasten der anderen. Gerät man dabei aneinander, kann zwischenzeitlich der

Weltmarkt sogar suspendiert werden und ist dann für längere Zeit nur mühsam zu reparieren: so 1914-1945. Anfang der dreißiger Jahre stiegen gleich mehrere große Staaten aus dem Goldstandard aus und unterbrachen somit das, worauf früher eine Form der Globalisierung beruht hatte. 1944 verband John Maynard Keynes mit den Plänen für den Internationalen Währungsfonds die Vision eines Imperialismus mit menschlichem Antlitz.

Welche Sorte Globalisierung soll es denn diesmal sein? Lassen wir für heute diese Frage, blicken wir statt dessen nach innen und sprechen wir ausnahms- und altmodischerweise mal wieder von der Bourgeoisie. Was das ist, wußte man vor einem Vierteljahrhundert wohl schon etwas genauer. Zum Angewöhnen unterscheiden wir jetzt erst einmal zwischen einer realen und einer virtuellen Bourgeoisie. Erstere ist das, was sie immer schon war: Sie besteht aus denjenigen, die ihr Einkommen aus Gewinnen und Vermögen beziehen oder die unmittelbare Kapitalverwaltung und -verwertung für diese Eigentümer betreiben. Als Angehörige der virtuellen Bourgeoisie können diejenigen gelten, die sich mit der realen gern verwechseln. Oft haben sie neben ihren festen und zuweilen sogar recht hohen Arbeitseinkommen auch ein bißchen Vermögen oder hoffen doch darauf, können davon zwar nicht leben, werden in ihren Reflexen dadurch aber mitbestimmt, Ihr rede- und (scheinbar) schreibfertigster Teil ist die lohnabhängige und freischaffende Intelligenz, von deren Heranwachsen zur Massenschicht in diesem Blatte ja unlängst schon einmal die Rede war (KONKRET 6/98, S. 12f.).

Interessant ist die virtuelle Bourgeoisie nur dort, wo sie mit der realen verschmilzt. Der ehemalige US-Arbeitsminister Reich hat dort die »Symbolanalytiker« geortet, aber die kennen Sie ja auch schon (KONKRET 6/94, S. 36f). Fast könnte man von einer Umkehrung des Bonapartismus sprechen. Dieser wurde bekanntlich im 19. Jahrhundert eingeführt, als die Bourgeoisie nicht imstande war, alleine zu herrschen und deshalb ihre politischen Geschäfte von einer - scheinbar - verselbständigten Exekutive besorgen ließ. Heute scheint es, als habe sie sich emanzipiert: Sie läßt zwar regieren, aber bis in die Einzelheiten hinein scheint durch, daß sie ihren politischen Ausschuß fest in der Hand hat.

Ein bißchen zusätzliches Personal ist allerdings noch nötig. Wenn Piech und seine Klassenbrüder sich eine Regierung zusammenstellen und dabei neben Riester, Schily, Stollmann auch gleich einen Christdemokraten - Rühe - mitnominieren, wird die Verkündigung nicht von ihnen selbst vorgenommen, sondern durch ihren Prokuristen, den sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten. Aber er ist auswechselbar, und das wäre ein Trost, falls einer nötig wäre.

Konkret 09/98, S. 15

Konrad Brehm, Gerhard Fischer

Der Fischer un sin Crew

Zwei neue Biographien bemühen sich um die rechte Statur von Joseph Martin Parzifal Fischer

»Ökologischer Protest wird entweder revolutionär, oder er bleibt wirkungslos.« Das Diktum knallte die RZ hin, genauer: jene an der Startbahn West agierende Revolutionäre Zelle, die sich im Mai 1981 zum Anschlag auf den hessischen Wirtschaftsminister Heinz Herbert Karry bekannt hatte. Im Januar 1986, wenige Monate bevor Generalbundesanwalt Rebmann das Ermittlungsverfahren ergebnislos einstellte, sorgte der Fall Karry noch einmal für Aufregung. Der hessische CDU-Landtagsabgeordnete Korn behauptete, die Bundesanwaltschaft habe auch gegen den hessischen Umweltminister Joschka Fischer ermittelt. In Wahrheit, hielt das BKA dagegen, sei er lediglich vernommen worden. Zudem habe man vorübergehend Fischers Telefon abgehört, weil man vermutete, daß in seinem Auto die Tatwaffe transportiert worden sei. Die »Frankfurter Rundschau« kommentierte die Vorwürfe als »Rufmord«, Wolfgang Pohrt sprach von »gezielte(r) Diffamierung«, und Georg Dick, Sprecher im Umweltministerium, meinte: »Solche Politik wird an Fischer abtropfen.«

Nicht ganz. Zwölfeinhalb Jahre später sieht sich der Top-Grüne nach eigenen Worten erneut einer »Schmutzkampagne« (»Spiegel«) ausgesetzt. Ermuntert von der »FAZ«, die unter der Überschrift »Joschka setzte sich für die Wunderwaffe ein« Passagen aus Christian Schmidts kürzlich erschienenem Buch Wir *sind die Wahnsinnigen* dokumentierte, fordert die Hessen-CDU, Fischer solle »klarstellen, ob er für den Einsatz von Brandsätzen im Kampf gegen die Polizei plädiert hat oder nicht«, und »endlich alle Informationen« offenlegen, die ihm zum Tod Karrys vorlägen.

Christian Schmidt hat weder ein Schwarzbuch geschrieben, noch ist er Mitglied der hessischen CDU. Trotzdem erzeugt die Lektüre den Eindruck, daß sich die ganze rechte Blase, »FAZ«, Hessen-CDU, »Focus« und »Bild«, Schmidts »längst fällige(r) Abrechnung mit Joschka Fischer« (Klappentext) nicht umsonst so umstandslos bedienen kann. Neben dem hie und da aufscheinenden Tonfall der Unerbittlichkeit, der moralischen Empörung über die Karriere Fischers und dem sparsamen Umgang mit Selbstironie erinnert Schmidts Passage über die Meinhof-Demo vom 10. Mai 1976 etwas zu deutlich an einen Polizeibericht.

Was verwerflich daran ist, sich nach einer gewalttätigen Demo dem Zugriff der Polizei zu erwehren, die Verhafteten frei zu bekommen, ohne daß weitreichende Ermittlungsverfahren und Mitgliedschaften in terroristischen Vereinigungen konstruiert werden können, müßte Schmidt schon beantworten. Statt dessen schreibt er: »Sämtliche Ermittlungsversuche verliefen schließlich aus Mangel an Beweisen im Sande, der >Mordversuch< (ein Molotowcocktail war in ein Polizeiauto geflogen; d. Verf.) an dem jungen Polizisten, der mehr als einen Monat in Lebensgefahr schwebte, blieb ungeklärt.« Gegenüber dem um den verletzten Polizisten trauernden »Focus« sagte der bedingungslos gewaltfreie Fischer-Biograph, am meisten störe ihn bei den Ex-Spontis, daß sie »ihre Vergangenheit schönfärben«. Dem kann zustimmen, wer die Fischer-Gang unter moralischen anstatt politischen Kriterien betrachtet. Aber mit dem Vorwurf des Verrats oder des Karrierismus ist der Geschichte der Grünen nicht beizukommen, spiegelt sie doch die Niederlagen der Neuen Linken insgesamt.

Als Fischer 1983 in den Bundestag einzog, interessierte sich niemand für den Frankfurter Lokalmatador. Die meisten publikumswirksamen Rollen waren schon vergeben: der rechtschaffene Anwalt, die Bergpredigerin, der bekehrte General. Allein die Rolle als rüpelhafter Prolet blieb übrig, um nicht das Los der Hinterbänkler zu teilen. Also rein in »Cowboystiefel und Lederjacke«, her mit dem »Sechs-Tage-Bart« (Schmidt). Kokett diktierte der beinharte Bursche 1986 dem »Spiegel«, daß er selbst in engsten Realokreisen daran gedacht habe, Probleme auf die bewährte handfeste Weise zu klären: »Dann stand die Gewaltfrage im Raum.« Nach der Entlassung durch Ministerpräsident Börner gerierte sich Ex-Minister Fischer ein letztes Mal wie der unversöhnliche Straßenkämpfer im Herzen der Bestie: »Börner wollte uns integrieren. Mit der Integration ist es nichts geworden ... Wie damals an der Startbahn auf Wasserwerferdistanz, so sitzen wir uns heute auf Tischdistanz gegenüber, unbeugsam, keinen Millimeter Spielraum gebend.«

Im einstigen Clan-Territorium freilich, der Frankfurter linken Szene, die sich an der Startbahn West neu formiert hatte, galten die Spontis schon lange nichts mehr. Just während der Verhandlungen über die erste rot-grüne Koalition im August 1985 wurde ihr ehemaliger Genosse Günter Sare bei einer Demonstration gegen die NPD von einem Wasserwerfer überfahren und getötet. Die Frankfurter Linken forderten daraufhin den sofortigen Abbruch der Koalitionsgespräche. Das »letzte Spontiplenum« endete im Tumult, die Autonomen deckten Fischer und Cohn-Bendit mit Eiern und Tomaten ein. Dieses Waterloo dürfte wohl den letzten Ausschlag gegeben haben, grüne Realpolitik nicht mehr als angewandte Radikalität, sondern als Zivilisierungsschub auszugeben, an dessen Spitze sich die Spontis nun wähnten. In einer 1987 erschienenen Sammelbiographie über die grünen »Aufsteiger« (P Gatter) mimt Fischer schon den verständnisvollen Vater, nicht ohne staatsmännische Attitüde: »In die Tanzstunde kann man mit den Leuten aus der Hafenstraße nicht gehen. Aber man kann sie auch nicht aus der Gesellschaft herausdefinieren.« Mehr und mehr stellt sich die Spontivergangenheit als

akzeptierende Jugendarbeit dar: Steinewerfen und Prügeleien als Beschäftigungstherapie, »um unsere Leute davon abzuhalten, von der RAF weggeködert zu werden«, wie Fischers Hofbiographin Sibylle Krause-Burger zu berichten weiß.

Von der Strategie der Stadtguerilla hielten die revolutionären Kämpfer tatsächlich nie viel. Statt die »Form der individuellen Mutprobe, die die RAF anbietet«, zu propagieren, galt es eher, in Anlehnung an die Lotta Continua, den militanten Massenwiderstand zu organisieren. Aber der Reihe nach. 1970 stand für die Urspontis erst einmal die »Betriebsarbeit« bei Opel auf der Tagesordnung und nicht der Häuserkampf, wie Fischer 1983, als die proletarische Disziplin gerade megaout war, im Lebenslauf für die Grünen flunkerte. Gleich anderen Achtundsechzigern zog es auch die Reste des Frankfurter SDS und aus der Provinz zugezogene Jungspunde in die Maloche, mit dabei etwa Reimund Reiche, Daniel Cohn-Bendit und eben auch Fischer. Indes scheiterte der revolutionäre Kampf in Rüsselsheim ebenso wie die mit ihm um das Proletariat konkurrierenden K-Gruppen.

Ganz umsonst war die Schufterei am Band trotzdem nicht. Krause-Burger bläst die paar Monate Fabrikarbeit des Außenministers in spe zu seinen »Heldentaten« auf. »Wer so weit unten am Nährboden der Industriegesellschaft sein Brot verdient hat, muß es im Anschluß daran schwer haben, ... an allen Wirklichkeiten so angestrengt vorbeizuschauen.« Zur zweiten Heldentat glorifiziert sie das obligatorische Taxifahren, bei dem der »Teufelskerl« Fischer »dem wirklichen Leben zurückgegeben« wurde. Die Freizeitbeschäftigungen bleiben bei Krause-Burger eher im Dunkeln: ein paar Munkeleien übers Steinewerfen, Fischers Distanzierungen gegenüber der RAF, Entebbe als sein »Damaskus-Erlebnis«. An dieser Stelle legt Christian Schmidt nach.

Hätten es Fischer und seine Gang nicht geschafft, sich mit Hilfe der Grünen zu den Alleinerben von Achtundsechzig zu erklären, kaum jemand würde sich für die alten Kamellen interessieren. Die Geschichte der Spontis ist alles andere als außergewöhnlich, und die meisten der ehemaligen Revolutionäre müssen sich ihre ruhmreiche Kämpfervergangenheit für lange Kaminabende mit den Enkelkindern aufsparen. Ende der Siebziger schien solche Zukunft auch Fischer & Co. zu drohen, die ehemaligen Krieger hatten sich inzwischen im »Ghetto« (Fischer 1978) der Alternativkultur eingerichtet. Sie jobbten als Buchhändler, Kneipiers, Kleinkünstler, Taxifahrer oder bedienten den »Pflasterstrand«, die Hauspostille der Spontis. In der »Autonomie« (Alte Folge) erschienen nun Besinnungsaufsätze über Macho-Allüren (Fischer 1977: »Stalin war auch so ein Typ wie wir, nicht nur, daß er sich als Revolutionär verstanden und gelebt hat, sondern er war im wahrsten Sinne des Wortes eben auch ein Typ«).

Als die gealterte Neue Linke nach anfänglicher Skepsis begann, sich für die Grünen zu interessieren, sprangen nicht nur die Spontis auf den Zug. Mit dabei waren fast alle Fraktionen der gescheiterten Linken. Im chaotischen Parteiaufbau ließen sich die eintrainierten Tugenden linken Politikmanagements nutzen, so daß die ehemaligen Kader schnell das Sagen bekamen. Was zählte, waren organisatorisches Know-how, Zitierkartelle, das kleine Adreßbüchlein, die Fähigkeit, Stimmungen aufzugreifen, die richtigen Absprachen mit den richtigen Leuten zu treffen, eigene Medien hinter sich zu haben und sich der bürgerlichen bedienen zu können.

Daß der Sponti-Clan sich durchsetzen konnte, ist wohl eher glücklichen Umständen geschuldet. Noch bis Anfang 1984 .zogen die hessischen Realos mit den Ökosozialisten (hauptsächlich Kommunistischer Bund) gegen ein anderes Netzwerk rund um Jutta Ditfurth (Sozialistisches Büro) an einem Strang, das mit Radikalökologismus, heftiger Agitation gegen die »stalinistischen K-Grüppler« und der öffentlichkeitswirksamen Römerfraktion die hessischen Grünen im Griff hatte. Dann allerdings setzte die Fischer-Gang früher als die anderen Cluster auf die wachsende Zahl grüner Parteisoldaten in irgendwelchen Kommunalparlamenten, agitatorisch unterstützt von »Pflasterstrand«, »Taz«, »Kommune« und diversen Abrechnungen mit der Linken, die bei Wagenbach erschienen und deren Lektor Thomas Schmid hieß.

Seit die Fischers ganz oben mitmischen, ist aus den ehemaligen Spontizusammenhängen eine gut funktionierende Burschenschaft geworden. Selbstverständlich gedachte Fischer bei der Besetzung diverser Stellen seiner vertrauten Kampfgenossen: Tom Koenigs durfte Büroleiter werden, Georg Dick Pressesprecher. Im gleichen Maße, wie es den Realos gelang, die hessischen Grünen zu kontrollieren und in die Landesund Stadtverwaltungen einzudringen, konnten sie weitere Posten verschachern, was ihre Dominanz untermauerte. Überdies floß nun auch »Staatsknete«. Des Genossen Klinkes Varieté »Tigerpalast« erfreute sich 700.000 Mark, auch der »Pflasterstrand« durfte auf Fördergelder zählen, als er sich zum urbanen Magazin mausern wollte.

Krause-Burger, voller Bewunderung für die Bodenständigkeit des Vertriebenenkinds, den hochgebildeten Autodidakten (»habe meinen Kant, meinen Hegel, meinen Fichte gelesen«) und den brillanten Redner (hört, hört: »Steuersenkungsayatollah«, »Seine Barmherzigkeit, der Bundeskanzler«) wähnt in der Lebensgeschichte Fischers das »Material für einen klassischen Entwicklungsroman«, durchaus vergleichbar mit der wackeren »Generation der Flakhelfer(c »So viele Leben hat er im Laufe seiner Entwicklungen hinter sich gelassen, so viele Welten neu erobert. Und ist er, Joseph Martin Parzifal Fischer, dabei der Vollendung seiner Person und der politischen Erleuchtung nicht immer näher gekommen?«

Vermarkten läßt sich vieles, auch eine linksradikale Vergangenheit oder die Jahre des Rumhängens. Die logische Notwendigkeit einer Entwicklung von der antiautoritären Revolte über den Linksradikalismus der Siebziger zu den Grünen und der Zivilisierung der BRD, wie sie im publizistischen Umfeld Fischers so gerne konstruiert und vom Feuilleton dankend aufgegriffen wird, ist wohl eher eine dümmliche Reminiszenz an den Frankfurter Hegelmarxismus. Verraten haben die Fischers dennoch niemanden, nur Politik gemacht und die richtige Nase bewiesen. Ohne die Niederlagen und Fehleinschätzungen der Neuen Linken wären die »Wahnsinnigen« nicht geworden, was sie sind. Diese Geschichte harrt aber noch ihrer Veröffentlichung.

Christian Schmidt: *Wir sind die Wahnsinnigen ... Joschka Fischer und seine Frankfurter Gang.* Econ, München 1998, 320 seiten, 39,80 Mark

Sibylle Krause-Burger: *Joschka Fischer Der Marsch durch die Illusionen.* Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1997, 256 Seiten, 39,80 Mark

---

Konrad Brehm lebt in Frankfurt und schreibt derzeit an einer Doktorarbeit über die Grünen.

Gerhard Fischer interviewte in KONKRET 6/98 den Sport-Theologen Dieter Bott

Konkret 09/98, S. 16

Christian Schmidt

Joschkas Klüngelbeutel

Über die Komplexität dieser Welt nicht nur als Wille und Vorstellung

Seltsame Koinzidenz. Gerade war *Wir sind die Wahnsinnigen* erschienen, da traf ich auf der Straße einen alten Bekannten, dem ich wohl bald 20 Jahre nicht mehr begegnet war. In der maoistischen Sekte, bei der auch ich zwischen meinem sechzehnten und neunzehnten Lebensjahr gerne mitgelaufen war und u. a. die rote Fahne der VR China tapfer geschwenkt hatte, war er einer der Eifrigsten gewesen. Später hatte natürlich auch er zur grünen Partei gefunden, dort irgendwie als »Okolibertärer« im Realolager mitgemischt, um heute im sog. »Haus der Demokratie« zu Berlin-Mitte »Runde Tische« mit Herrn Gauck, Frau Bohley, Herrn Thierse et. al. zu organisieren. Wir kamen vor einem thailändischen Imbiß zu sitzen, und der alte Bekannte erklärte mir gleich wieder die Welt. Daß es für uns an der Zeit sei, gesellschaftliche Konflikte im Konsens zu lösen, nachdem doch der Konfrontationskurs resp. Klassenkampf der letzten hundert Jahre nichts als Elend eingebracht habe. Daß wir tunlichst nicht mehr das schlimme Wörtchen »Sozialismus« in den Mund nehmen sollten, denn dieser Begriff sei mit Recht ähnlich diskreditiert wie der Ruf des Medikaments Contergan. Und daß es nach den heute glücklicherweise vorliegenden Erkenntnissen der Chaosforschung sehr fraglich sei, ob man gesellschaftliche Prozesse überhaupt noch steuern könne: denn schließlich sei unsere postmoderne Gesellschaft und Welt so überaus unübersichtlich und verdammt komplex organisiert - oder doch eher gar nicht organisiert.

Das mag vielleicht so sein, wenn auch mir die Welt immer noch einigermaßen schlicht eingerichtet zu sein scheint. So habe ich sie auch in meinem Buch beschrieben, wo Cohn-Bendit, Fischer und Konsorten als Anführer einer Bande auftreten, die Politik lediglich um des eigenen Vorteils willen betreiben, die Gelaber mit Analyse verwechseln, die eine Politik propagieren, die sich auch nicht mehr in Nuancen von denen der »Altparteien« unterscheidet, und die sich damit auf breiter Front in der grünen Partei durchsetzten. Wen wundert's, daß diese Sicht der Dinge Widerspruch hervorgerufen hat. Aber was macht die Welt? Sie läßt einfach nicht locker, sondern tut alles, um mein Urteil zu bestätigen.

Zum Beispiel in der Gestalt des »Spiegel«-Redakteurs Reinhard Mohr. Auch dieser Mann entstammt dem von mir beschriebenen Frankfurter Sponti-Klüngel. Und er wird deshalb in meinem Buch gewissermaßen als Kronzeuge zitiert. Wenn ich zum Beispiel schildere, wie Fischer und Co. sich 1982 aus purer lebensperspektivischer Verzweiflung auf die Grünen stürzten, um dann diese Partei binnen kürzester Zeit zu usurpieren, und wie sie dabei vom Zentralorgan der Frankfurter Spontis, dem »Pflasterstrand«, massiv unterstützt wurden, dann stütze ich mich u. a. auch auf einen zweiseitigen Leserbrief aus dieser Zeit - von eben diesem Reinhard Mohr. »Eine letzte Hysterie« nennt Herr Mohr hier die realpolitische Wende der Spontis, geißelt kräftig »die Penetranz« des agitatorischen »Trommelfeuers« des »Pflasterstrand« für diese Wende, warnt vor den »Machtphantasien« der »Sponti-Realpolitiker« und prophezeit »nach intensiver Lektüre der Reisepläne« sehr hellsichtig, daß die von Fischers Leuten angepeilte grüne Realpolitik »ein grundjämmerliches Unternehmen sein wird«.

Allerdings verschweige ich in *Wir sind die Wahnsinnigen* auch nicht, daß Mohr wenige Jahre nach dieser klaren Stellungnahme ebenfalls noch sein realpolitisches Bekehrungserlebnis haben würde, »um dann« - so steht's bei mir geschrieben - »als >Spiegel<-Redakteur für die Politik seines alten Stammes Reklame machen zu können«. Und als ob er unter einem geheimen Zwang stünde, mein Verdikt mit noch mehr Inhalt zu füllen, tut Mohr genau dieses prompt in einem »Spiegel«-Artikel, der sich ausführlich mit meinem Buch beschäftigt.

Was mir Mohr in diesem Verriß im einzelnen vorwirft, ist durchweg unerheblich oder mindestens ebenso amüsant wie der Umstand, daß der »Spiegel«-Redakteur den Aussagen des Sponti-Mohr von 1982 hundertpro widerspricht. Interessanter ist vielleicht die Tatsache, daß der »Spiegel«, unter dem Vorwand, Teile meines Buches vorabdrucken zu dürfen, 10.000 DM an den Econ-Verlag überwies. Und dieses nur, damit mir Herr Mohr als erster ins Autoren-Stammbuch schreiben durfte: »Bei ihm (also bei mir! C. S.) findet alles eine Erklärung, und die unzähligen Widersprüchlichkeiten können immer wieder ins gleiche Schema eingepaßt werden. Für die Welt draußen, die sich jeden Tag weiterentwickelt, für den lebendigen Widerstreit von Utopie, Hoffnung und Desillusionierung, ist da kein Platz.« Da ist sie also schon wieder, die unglaubliche Komplexität der »Welt draußen«. Doch wie sollte sie auch den ihr zustehenden Platz bei mir finden, wenn das, was das assoziierte Fischer-Gang-Mitglied Reinhard Mohr zu seinem »Spiegel«-Verriß motiviert hat, so offen zutage liegt, daß es selbst mir schlichtem Gemüt ein Leichtes war, eben jenes in meinem Buch bereits vorherzusagen? Da sind die Experten gefragt.

Oder eine Expertin. Wie, nur mal als weiteres Beispiel, die just zur Kulturredaktionsleiterin der »Badischen Zeitung« ernannte Elisabeth Kiderlen. Auch sie findet mein Buch nicht gut: »So einseitig und frei von jeder Widersprüchlichkeit hat noch nicht einmal Bert Brecht in den späten Lehrstücken seine Charaktermasken gezeichnet«. Machen wir's in diesem Fall kurz: Auch Frau Kiderlen stammt aus der Frankfurter Sponti-Szene. Und bekleidete sechs Jahre lang den Posten einer

hauptverantwortlichen Kulturredakteurin bei dem Blatt, das in meinem Buch ordentlich sein Fett wegkriegt, nämlich dem »Pflasterstrand«.

Vielleicht noch jemand, der mir die Widersprüchlichkeit dieser Welt erklären will? Schauen wir dazu noch fix in die August-Ausgabe der wegen ihrer vielen bunten Anzeigen tatsächlich sehr unübersichtlichen Hamburger Illustrierten »Max«. Hier trifft -o Schreck - auf zehn großen Farbseiten die neue deutsche Schlagermutti Nena (»99 Luftballons«) den Mann, der ihr gefällt, »weil er mir - als einziger Politiker überhaupt - ein Lebensgefühl vermittelt. Ganz abgesehen davon, daß er als Mann sehr charmant und erotisch ist«. Gemeint ist die grüne Spinatwachtel Joschka Fischer.

Die bzw. der ist durchaus in der Lage, das von Nena vorgegebene Niveau zu halten: »Da hast Du völlig recht. Was Mozart an Hits produziert hat - der wäre heute Millionär. Aber zurück zum Pop: In England gibt es eine unglaublich kreative Pop-Szene. Warum stagniert sie bei uns?« Auch sonst erfährt man einiges von dem, was den Außenminister in spe offenbar seit Jahren umtreibt: »Noch eine Frage an Dich, Nena. Ich habe lange über das Phänomen Guildo Horn nachgedacht. Warum wurde der so schnell populär?« Vielleicht, weil immer dann, wenn's mit einem Gesellschaftssystem ökonomisch und sozial rasant bergab geht, allgemeine Regression angesagt ist? Da will Herr Fischer nicht hintanstehen. Nachdem ihm Frau Nena am Ende des »privaten Gipfeltreffens« (»Max«) bereits »Ein bißchen Frieden« vorgeträllert hat, wirft Joschka ein Schlagerstichwort nach dem anderen in die Runde: »Ich kann mich noch an Gitte erinnern: >Ich will 'nen Cowboy als Mann!<« Nena: »Einer meiner Lieblingsschlager! ... Wenn du willst, sing ich den ... « Fischer: »Freddy Quinn war in meiner Kindheit sehr populär. >Seemann, laß das Träumen<. ... Und >Brennend heißer Wüstensand, fern, so fern, das Heimatland<. ... Die Filme mit Freddy Quinn hab ich alle gesehen.«

Zeigt sich aber hier nun nicht ein angehender großer Staatsmann in seiner ganzen Widersprüchlichkeit: Dort ernster politischer Denker, hie ganz Privat- und Gagamann? Und haben wir hier nicht das beste Beispiel dafür, daß sich die Verwirrnisse dieser Welt eben doch nicht auf bloßes Interesse und handfeste Motive reduzieren lassen? Nun, ich würde das allzu gerne glauben, wenn wir nicht gerade Wahlkampf hätten. Und das Gespräch Joschka - Nena nicht ausgerechnet von einem Mann arrangiert worden wäre, der, von mir als ideologischer Vor- und Nachbereiter der Fischer-Gang beschrieben, u. a. auch in meinem Buch vorkommt: nämlich der ehemalige revolutionäre Kampfgenosse von Joschka Fischer sowie zwischenzeitliche RAF-Bewunderer, der erst kürzlich als stellvertretender Chefredakteur aus der Redaktion der »Hamburger Morgenpost« ausgeschiedene und sogleich zum Chefkorrespondenten der ultrakomplexen Springerzeitung »Die Welt« beförderte -Thomas Schmid.

Noch Fragen? Ich nicht.

Konkret 09/98, S. 18

Joachim Rohloff

Der bleierne Kanzler

Ob er nun Regierungschef bleiben wird oder nicht - in den neuesten Kohl-Biographien begegnet uns ein Held, der längst sein eigenes Standbild ist

Karl Heinz Bohrer sehnt sich nach drahtigen Managern. Der »aktuelle Phänotyp deutscher Politik« beleidige alle ästhetischen Ansprüche einer Nation, die einst von rheinischer (Adenauer und Pferdmenges), preußischer (Weizsäcker) und hanseatischer Bürgerlichkeit (Dohnanyi) regiert wurde. Weizsäcker »verfügt über Gesicht, Stil und Sprache«. Und garantiert nicht »die Soigniertheit eines Klaus von Dohnanyi eo ipso die Intelligenz, die politische Intelligenz, die ihn tatsächlich auszeichnet«? Der ästhetischen Insuffizienz unseres kleinbürgerlichen Bonner Personals könne nur noch ein Putsch abhelfen. Bohrer meint aber, obwohl die ästhetischen »Setzungen« des Generals Schönbohm von der »FAZ« gefeiert werden, keinen Militärputsch, sondern »den Putsch als demokratischen Paradigmawechsel« oder, kurz und klar, den »Putsch einer anderen Physiognomik«. Er kann sie einfach nicht mehr sehen: den sozialdemokratischen Zwerg Blüm, den larmoyanten Lappen Rühe, Kinkel und seine »Parodie einer Elvis-Tolle«, Kohls »jeder geistigen Wahrnehmung widersprechende Körperlichkeit - im Gegensatz zur Leiblichkeit Bismarcks oder Churchills«. Es genügt nicht, dick zu sein und ein Reich zu gründen, man muß auch eine erhabene Erscheinung auf die Waage bringen und gelegentlich mit elaborierter Rede glänzen. Aus unseren regierenden Hanseln jedoch töne bloßer »Metageist«, nämlich »der Geist der Geistlosigkeit«. Leider sei die »Elite der westdeutschen Wirtschaftsführer« für die Politik, solange diese noch unterm »Ressentiment gegen das Eliteprinzip« und an der »politischen Gesinnungsethik« leidet, zu schön und zu schade.

Das klingt bitterböse, ist aber trotzdem ungerecht. Denn erstens trägt kein Vorstandsvorsitzender seine Lesebrille kompetenter als der Minister Rexrodt, und zweitens wurde Blüm ja gerade zu dem Zweck angestellt, daß er uns den Sachzwang menschlich und katholisch näherbringt und die notwendigen Maßnahmen ausführlich bedauert. Eine Ästhetik der Grausamkeit setzte den sozialen Frieden aufs Spiel.

Bohrers Verdikt trifft nur den Kanzler Kohl zu Recht. Wenn man ihn schlachtete, ließe sich mit seinem Fett und Fleisch ganz Oggersheim wochenlang ernähren und beleuchten. Daß er klobig, unbeholfen, provinziell und wenig eloquent sei und es deshalb wohl nicht lange machen könne, zählte in den achtziger Jahren zu den Topoi des Leitartikels wie des Kabaretts. Jürgen Leinemann versammelt noch einmal die berühmten Bonmots: vom Handtuch der Gemeinsamkeit, das irgendwann zerschnitten war, bis zur Niederlage, die Kohl errungen haben wollte. Neuerdings überwiegt die Meinung, niemand könne sechzehn Jahre an der Macht bleiben, ohne irgendein, wenn auch vielleicht verächtliches, Talent zu besitzen.

Das Kohlsche Genie nun gar entdeckt der »essayistische Biograph« Jürgen Busche, ein »Querstdenker«, wie der Hessische Rundfunk ihn nennt, der im Stab des Präsidenten Weizsäcker dienen und hernach mehrere Ressorts und Redaktionen befehligen durfte. Er macht sich über die volksfremden Intellektuellen lustig, die Kohl allzu lange unterschätzten und, von Utopien benebelt, die Politik der kleinen Schritte verachten mußten. Busche hebt an, das taktische Geschick seines Helden zu rühmen: Die Bundestagswahl von 1976 hatte Kohl gegen den amtierenden Schmidt verloren. Die nächste Wahl wollte er, weil sie nicht zu gewinnen war und seine Partei ihm eine dritte Chance kaum gewährt hätte, lieber auslassen. Vielmehr sollte der ewige Widerpart Strauß vor den Schrank des Wählervotums laufen, um fortan und auf ewig in München hocken zu bleiben. Nun konnte Kohl aber Strauß nicht einfach zur Kandidatur auffordern, denn dieser hätte das Manöver gewiß durchschaut. Also berief er den Niedersachsen Albrecht, wohl wissend, der Choleriker Strauß werde wütend aufspringen, das Mitspracherecht der CSU einklagen und schließlich den eigenen Anspruch geltend machen. Dann konnte Kohl der christdemokratischen Einheit zuliebe nachgeben.

Alles geschah, wie der Machiavelli aus Friesenheim es geplant hatte. Strauß verlor die Wahl und blieb in Bayern. Und als Genscher zwei Jahre später die sozialliberale Koalition aufkündigte, saß der dicke Oppositionsführer längst bereit. Das ist einigermaßen verquer gedacht, doch man fragt sich, ob der Historiker Busche nicht viel schlauer ist, als es der Stratege Kohl je war. Klaus Dreher, jederzeit dicht an den historischen Fakten, meint denn auch, der Kandidat Strauß habe sich damals einfach nicht verhindern lassen, und Kohl habe Albrecht nur deshalb nominiert, um wenigstens den Anschein von Widerstand zu wahren.

Busche schreibt einen seltsamen Griffel, dem nicht immer leicht zu folgen ist, und manchen Unfug: »Mut hat Kohl immer wieder bewiesen. Schon 1946 war er, ein Schüler noch, im traditionell von der SPD beherrschten Ludwigshafen in die CDU eingetreten ... Das war die Partei, in der und für die Kohl seine Zukunft riskierte.« So war denn die Gnade der späten Geburt zugleich ein Fluch, denn der junge Kohl mußte seinen Widerstandsgeist am untauglichen Objekt beweisen. Daß er für die Karriere seine Zukunft opfert, läßt sich allerdings von jedem Karrieristen sagen oder besser nicht - zumal wenn es um einen mittelmäßigen Historiker geht, der zu nichts Höherem als einem Politischen Amt berufen war.

Vom Kanzler Kohl der frühen Jahre wissen die übrigen drei Biographen wenig Ruhmvolles zu berichten. Am Anfang verkündete er unterm Motto einer »geistig-moralischen Wende« die neue Gemütlichkeit, und die Affäre Wörner/Kießling

gab ihm alsbald einen Anlaß zu demonstrieren, was er darunter verstand: Ruhe bewahren, nichts zugeben, abwarten und dem Kollegen Minister, wenn er gefehlt hat, nicht gleich den Kopf abreißen. So entstand das böse Wort vom »Aussitzen« aller Widrigkeiten. Im Fall Bitburg sind die Biographen uneins. Busche macht aus dem Skandal ein bloßes Stilproblem. Schließlich sei ja nichts dabei gewesen, man habe doch die SS-Männer nicht exhumieren können, und ein Soldatenfriedhof ohne SS-Gräber lasse sich kaum finden. Aber Reagan habe einfach besser ausgesehen als Kohl. Gauland hingegen kritisiert Kohls schamlose Versöhnungswut: »Die Versöhnungsgeste zwischen dem Kanzler und Mitterand in Verdun 1984 war gut und richtig, das gleiche in Bitburg ein Jahr später war schädlich und falsch.« Denn im Ersten Weltkrieg kämpften »moralisch Gleichwertige«, aber »der zweite Krieg war zumindest im Westen ein Kampf zwischen Richtig und Falsch, zwischen Gut und Böse, zwischen Licht und Dunkel. Und dieses Dunkel wurde durch die Runen symbolisiert, auch wenn die Träger dieser Runen schuldlos schuldig waren ... Im Osten mag die Erfahrung des russischen Einbruchs in Ostpreußen 1944 die scharfe Trennung zwischen Wahr und Falsch aufgehoben und damit dem Kampf der deutschen Truppen ein neues Recht gegeben haben. Im Westen galt einschränkungslos der Satz von Norbert Blüm: >Solange die Front hielt, arbeiteten die KZs<.«

Und da hatte man immer gedacht, Oswiecim liege in Polen! Gauland übrigens ist nicht Herausgeber des »Märkischen Beobachters«, sondern der »Märkischen Allgemeinen«. Er vollendet den Gedanken also: »Versöhnung und das Streben nach Normalität leiteten Kohl auch bei seiner Umarmung Mazowieckis in Kreisau, bei seiner Teilnahme an der Umbettung Friedrichs von Preußen wie an der Eröffnung des Berliner Doms. Im Gegensatz dazu steht sein Fernbleiben von den Trauerfeierlichkeiten für die Opfer von Mölln und Solingen, wo eine Teilnahme eher polarisiert denn versöhnt hätte.«

Seine Biographen sind vornehmlich an den Rankünen und an der Personalpolitik des Machtmenschen Kohl interessiert: warum denn Biedenkopf gehen mußte und ob nicht Späth besser wiederkehrte, etwa als Wirtschaftsminister. Der Umsturzversuch Geißlers und Späths auf dem Parteitag 1989 habe Kohl im Innersten getroffen, seitdem lasse er niemanden mehr hochkommen, der ihm gefährlich werden könnte, und umgebe sich mit minderen Figuren resp. »fabelhaften jungen Leuten« (Dreher) wie Rühe, Rüttgers, Hintze, Nolte. Die Innenpolitik der letzten sechzehn Jahre ist kaum der Rede wert. »Kohl war ein echter Revolutionär«, meint Dreher, die wichtigsten Neuerungen seines Regimes seien der Katalysator und die Pflegeversicherung. Mancher dächte vielleicht an die Staatsschulden und an vier Millionen Arbeitslose. Während der Regierungszeit Kohls stiegen die Einkommen aus selbständiger Tätigkeit um 130 Prozent, während die Reallöhne heute nicht höher sind, als sie 1980 waren. Die durchschnittliche Steuer auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sank von 21 auf 7 Prozent, die Steuer auf Gewinne von Kapitalgesellschaften sank von 34 auf 18 Prozent. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger stieg um 200, die Zahl der Vermögensmillionäre um 500 Prozent. Der Minister Blüm rühmt sich der »zweitniedrigsten Sozialleistungsquote nach Italien«; Deutschland besetze »bei der Konsolidierungspolitik im Sozialbereich einen Spitzenrang im europäischen Vergleich«. Daß die Bundeswehr im Ausland Krieg führen darf, verdanken wir der Regierung Kohl (und ihrer Opposition) ebenso wie die Beseitigung des Asylrechts, den großen Lauschangriff, die Kronzeugenregelung, das Vermununungsverbot und die Zusammenarbeit von Geheimdiensten und Polizei.

Von alldem wollen die Biographen nichts wissen, denn vorm Tribunal der Geschichte werde Kohl als Kanzler der deutschen Einheit bestehen. Deren wirtschaftspolitische Gestaltung bleibt allerdings umstritten. »Der Umtauschkurs von 1: 1 war volkswirtschaftlicher Blödsinn« (Gauland), aber »der Wechselkurs von 1: 1 war das einzig Richtige, was man tun konnte« (Dreher). Zwar sei es nicht Kohls Verdienst, daß Gorbatschow die DDR auf den Weltmarkt warf, doch immerhin habe er energisch zugegriffen und die Franzosen und die Briten mit einigem diplomatischen Geschick beschwichtigt. Kohl, der große Europäer, macht vergessen, daß es die Deutschen waren, die auf der strikten Einhaltung der Maastricht-Kriterien bestanden und so die Möglichkeiten der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik europaweit beschränkten. Bei der Anerkennung Kroatiens ging es selbstredend nicht um eine gemeinsame Außenpolitik der EU, sondern ums Menschenrecht.

»Die CDU ist diesem Lande adäquat«, schrieb Alfred Dregger einst. Erlaubte das Wort einen Komparativ, dann wäre Kohl noch adäquater. Wird er's also ein letztes Mal packen? Er habe »eine gute Chance zu gewinnen« (Dreher) bzw. »die schlechtesten Chancen, die er jemals hatte« (Leinemann). »Aus eigener Kraft kann er es nicht mehr schaffen« (Busche), weshalb »es die Schwächen der anderen sein werden, nicht seine Stärken, die ihn noch einmal gewinnen lassen könnten« (Gauland).

Soviel aber ist gewiß: Selbst wenn nach dem Ende seiner Kanzlerschaft, in vier Wochen oder zwei Jahren, weitere Kohl-Bücher von Theo Sommer oder Mathias Greffrath erscheinen, wird doch das Standardwerk der »nicht ganz unbedeutende Literat Eckhard Henscheid« geschrieben haben. »Das unappetitlich Bösartige dieser >Biographie einer Jugend<« nämlich, urteilt Gauland, geht »weit über eine politisch-persönliche Feindschaft hinaus.« Und so soll es ja auch sein.

Jürgen Busche: *Helmut Kohl. Anatomie eines Er*folgs. Berlin Verlag, Berlin 1998, 304 Seiten, 39,80 Mark

Klaus Dreher: *Helmut Kohl. Ein Leben mit der Macht.* Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1998, 672 Seiten, 58 Mark

Alexander Gauland: *Helmut Kohl. Ein Prinzip.* Rowohlt Verlag, Berlin 1994, 156 Seiten, 28 Mark

Jürgen Leinemann: *Helmut Kohl. Die Inszenierung einer Karriere.* Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 1998, 117 Seiten, 14 Mark

Konkret 09/98, S. 21

Jürgen Elsässer

Eine neue NSDAP?

In diesen Tagen erscheint als Band 17 der konkret-texte-Reihe Jürgen Elsässers »Braunbuch DVU«. Daraus veröffentlichen wir hier zwei Abschnitte, die den Zusammenhang von industrieller Modernisierung und Alt. und Neo-Nazismus untersuchen

Fluchtpunkt Antisemitismus

Warum hat in Sachsen-Anhalt die DVU das Rennen gemacht, während die Republikaner abgeschlagen bei 0,7 Prozent landeten? Letztere konnten mit dem ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Rudolf Krause immerhin einen Lokalmatador vorweisen und gaben sich mit einigem Recht als »mitteldeutsche Arbeiter- und Bauernpartei« aus, die DVU hingegen war eindeutig ein West-Import: Von den Werbeflugzeugen über die Infomaterialien bis zum Großen Vorsitzenden kam alles aus München. Zur Erklärung verweisen die Analytiker in der Regel auf den weit überlegenen Wahlkampfetat der Frey-Truppe. Doch das ist ein Kurzschluß: Im Europawahlkampf 1989 sponserte Frey mit dem siebenfachen Betrag (15 Millionen Mark) seine Kreation »DVU/Liste D«, und dennoch kam dieses Bündnis aus DVU und NPD nur auf 1,6 Prozent, während die Republikaner mit 7,1 Prozent in das Strasbourger Parlament einzogen.

Der Unterschied zwischen den beiden Rechtsparteien erklärt sich aus der sozialen Prägung ihrer Anhänger: Die Reps errangen und verteidigten ihre Hochburgen in Bayern und Baden-Württemberg, also in den reichsten Regionen der Bundesrepublik, die den Übergang ins High-Tech-Zeitalter vergleichsweise gut bewältigt haben. Demgegenüber lagen die DVU-Erfolge vor allem in den postfordistischen Abbruchgebieten - also an der durch das Werftensterben heruntergekommenen Nordseeküste (Bremen, Schleswig-Holstein, Hamburg) und in der deindustrialisierten Ost-Zone.

Anders gesagt: Die Differenz zwischen 1989 und 1998, zwischen Bayern und Sachsen-Anhalt liegt in der ökonomischen Bedrohung des Proletariats. Im prosperierenden Westen war sie vor der Wiedervereinigung noch schwach, also artikulierte sich der Rechtsradikalismus vor allem bürgerlich, als Wohlstands-Chauvinismus gegen die Armutsflüchtlinge. In den industriell ausgebrannten Nach-Wende-Gebieten tritt die Fremdenfeindlichkeit hingegen zurück: In Sachsen-Anhalt spielte der Themenkomplex Asyl und Ausländer nur für drei Prozent der Wähler eine Rolle, selbst unter den DVU-Wählern waren es nur 11 Prozent. Auch die dümmsten Anhaltiner wissen, daß an den 22,6 Prozent Arbeitslosigkeit nicht die 1,8 Prozent Ausländer schuld sein können - sie darüber aufklären zu wollen, ist überflüssig. Ihr Rechtsradikalismus artikuliert sich rebellisch-proletarisch: Die Arbeiterwähler im Osten, die Kohl 1990 das Versprechen »blühender Landschaften« abgenommen und die CDU so zur Wahlgewinnerin gemacht haben, wollen heute nicht der eigenen Verantwortung für ihr Unglück ins Auge sehen. Bei der Frage nach &r bösen Macht, die ihre Hoffnungen zerstört hat, bekommen sie bequeme Antworten: internationales Finanzkapital und Globalisierung - soufflieren die Leitartikel; in der Wallstreet herrscht der Jude - übersetzt der Stammtisch. Der »Antikapitalismus des dummen Kerls« gravitiert zum Antisemitismus - deswegen konnten SPD und PDS von den CDU-Verlusten in der Arbeiterschaft nur minimal profitieren.

Diese Ausdifferenzierung des rechtsradikalen Lagers dementiert auch die These von Birgit Rommelspacher. Sie rechnet den Rechtsextremismus als Spitze des Rassismus einfach der »Dominanzkultur« zu - in der Konsequenz bedeutet das, entweder die gesamte Gesellschaft unterschiedslos als rassistisch zu bezeichnen und damit zum Beispiel Lafontaine auf eine Stufe zu stellen mit Frey (das Theorem der Hau-drauf-Antifa), oder umgekehrt, da die »Dominanzkultur«ja alle prägt, die DVU-Wähler damit zu entschuldigen, sie seien ja auch nicht schlimmer als alle anderen (das Theorem der Sozialarbeiter). Übersehen wird, daß es eine einheitliche »Dominanzkultur« in Deutschland nicht gibt, diese sich vielmehr als prekäres Gleichgewicht zwischen einem vormodern-völkischen Nationalismus, der vom Fundus der deutschen Geistesgeschichte, und einem modern-westlichen Nationalismus, der durch die jahrzehntelange Einbindung in Nato und EG/EU gewachsen ist, konstituiert. Diese beiden Nationalismen standen in der alten BRD nebeneinander, sie koexistierten, sie überlappten sich in fast allen Parteien, weil sie beide zum selben Gravitationszentrum tendieren, zur Nation. Obwohl sie sich in der Praxis überschneiden, muß man sie in der Analyse trennen, denn der Aufstieg der DVU zeigt, daß der Entmischungsprozeß eingesetzt hat:

· Dem Lager des Nationalismus westlich-moderner Prägung entspricht der Wohlstands-Chauvinismus. Er findet Ausländer so lange gut, wie sie den Deutschen nützen, die Profite mehren, die schmutzige Arbeit machen. Den Wohlstands-Chauvinismus gibt es in allen westlichen Staaten, sein Prototyp ist die Lega Nord von Umberto Bossi, die sich vom »unnützen Süden« abspalten und die nutzlosen Esser loswerden will. Dieser Rassismus kalkuliert in harter Währung, in Profit. Er zeigt das kalte Gesicht kapitalistischer Rationalität: Auch Humanität muß sich rechnen. Er ist die Kampfansage der Weltmarktgewinner an die Weltmarktverlierer, er verteidigt die Zitadellen des kapitalistischen Wohlstandes gegen die Unproduktiven. Hauptgegner dieser »Dominanzkultur« (eigentlich trifft nur hier Rommelspachers Terminus) sind die sogenannten Untermenschen, die aus historischen Gründen - Kolonialismus! - mit dunklerer Hautfarbe assoziiert werden.

· Im Lager des völkisch-vormodernen Nationalismus findet man Ausländer auch dann nicht gut, wenn sie Profit bringen. Schlagwort der Völkischen ist »Deutschland den Deutschen«. Sie wollen sich nicht wie die Lega Nord unproduktive Territorien vom Halse schaffen, sondern immer neue Gebiete »heim ins Reich« holen, selbst wenn sie unproduktiv sind wie die DDR. Der völkische Nationalismus kalkuliert nicht mit Profit, sondern mit Blut. Er sprengt den Rahmen der kapitalistischen Rationalität, ohne mit dem Kapitalismus Schluß machen zu wollen. Da er nicht das Kapital an sich angreifen will, attackiert er nur das ausländische Kapital. Er ist die Kampfansage der echten oder halluzinierten Weltmarktverlierer an die Weltmarktgewinner. Hauptgegner des völkischen Nationalismus sind die Antimenschen, die - ebenfalls aus historischen Gründen - im Feindbild des Juden biologisiert werden.

Zugespitzt gesagt: Während man die Weltanschauung des Wohlstands-Chauvinismus als brutalisierten Prokapitalismus beschreiben kann, ist die Weltanschauung des völkischen Rassismus der rohe Antikapitalismus. In der Bundesrepublik dominierte bis 1989 der Wohlstands-Chauvinismus. Der völkische Rassismus und der Antisemitismus waren nicht verschwunden, aber in die Latenz gedrängt. Hauptgrund war, daß für deformierten Antikapitalismus kein Bedarf bestand, da die BRD zu den Wohlstandsinseln des Weltmarktes gehörte. In den neunziger Jahren frißt sich die verbrannte Erde der Marktwirtschaft von der Peripherie in die Metropolen vor - und mit dem Voranschreiten dieser Entwicklung ist zu beobachten, wie der Antisemitismus nicht nur zwischen Moskau und Budapest, sondern auch zwischen Berlin und Dresden offener auftritt. Kaum sind die Deutschen vom zweiten auf den zehnten Platz in der Hitparade der Nationalökonomien zurückgefallen, fahnden sie im Arsenal der kollektiven Erinnerung nach den Schuldigen.

Dem entspricht die unterschiedliche Profilierung der Rechtsparteien: Die Republikaner unter Rolf Schlierer und der »Bund freier Bürger« (13f13) des FDP-Dissidenten Manfred Brunner sind eine Variante des brutalisierten Prokapitalismus nach Art der Lega Nord, sie geben sich konservativ-bürgerlich. Demgegenüber vertreten DVU und NPD den völkischen Antikapitalismus nach NSDAP-Art, ungeniert bekennen sie sich zur Holocaust-Leugnung. Der Unterschied zwischen beiden Varianten war nicht so ausgeprägt, als Schönhuber noch an der Spitze der Republikaner stand: Sein SS-Schmöker Ich *war dabei* war populärer als das ganze Parteiprogramm und legierte den Wohlstands-Chauvinismus mit Nazi-Nostalgie. 1994 wurde Schönhuber bei dem Versuch, diese Akzentuierung durch ein offizielles Bündnis mit Frey noch zu verstärken, von der Schlierer-Fraktion der Reps gestoppt. Mit seiner Entscheidung vom April 1998, künftig der DVU als Spitzenkandidat zur Verfügung zu stehen, wirkt Schönhuber als Katalysator für die Ausdifferenzierung des rechtsradikalen Spektrums: Die wohlstands-chauvinistisch/rassistischen Republikaner, BfB und die Anti-Euro-Splitterparteien hoffen auf einen Erosionsprozeß bei CDU/CSU und FDP, aus dem eine neue rechtskonservative Kraft ähnlich der Weimarer DNVP entstehen könnte. Die nationalrevolutionär-antisemitischen Parteien DVU und NPD sind der Grundstock einer neuen NSDAP, die bei weiteren ökonomischen Einbrüchen, etwa im Gefolge der Asienkrise oder der Euro-Einführung, auf Zustrom hoffen darf. »Der Rep-Kurs der Anbiederung an die Etablierten ist endgültig gescheitert«, kommentierte Schönhuber das Rep-Debakel in Sachsen-Anhalt.

Für das Recht auf Faulheit

Trotz zahlreicher Parallelen in Wählerstruktur und Propaganda fällt ein großer Unterschied zwischen DVU und NSDAP ins Auge: Zwar stimmten viele Arbeiter und Arbeitslose für die Hitler-Partei, doch sie wurden in Zahl und Bedeutung noch überflügelt von Wählern aus dem alten Mittelstand und der Bauernschaft. In seinem Aufsatz »Zur Klassenstruktur des deutschen Faschismus« hat Alfred Sohn-Rethel deren Dominanz mit ihrer spezifischen Kritik am Kapitalismus erklärt: »Der Aufstieg der Nazis war getragen von den Schichten und Teilen des Volkes, die in der einen oder anderen Weise antiquiert waren, weil sie chronisch hinter den gesellschaftlich notwendigen Durchschnittsgrad der Arbeitsproduktivität zurückgefallen waren, namentlich die kleinen Bauernwirtschaften und unabhängigen Handwerksbetriebe und die sonstige vielfältige Masse von Kleingewerbetreibenden, Kleinunternehmern, Kaufleuten und Krämern.«

Die Klientel der DVU ist genau umgekehrt zusammengesetzt: Von den Landwirten gaben nur 6 Prozent ihre Stimme den Faschisten, von den Arbeitern dagegen 19 Prozent. Dies verweist auf die Umbrüche der Industriegesellschaft seit den dreißiger Jahren: Die antiquierte Schicht, die »chronisch hinter den gesellschaftlichen Durchschnittsgrad der Arbeitsproduktivität« zurückfällt, bilden heute die Industriearbeiter. Sie werden deshalb, wie früher die Bauern, Zug um Zug überflüssig gemacht und reagieren darauf mit politischer und psychischer Regression. Das Proletariat ist also, ganz anders als zu Marx' Zeiten, keine Bevölkerungsgruppe mehr, in der sich der Fortschritt der Produktivkräfte verkörpert, weswegen die linke Orientierung am Proletariat nur noch von abgestandenem Traditionalismus zeugt.

Dies ist eine Abkehr vom bisherigen Marxismus, keineswegs aber von Marx. Seine Ableitung des »revolutionären Subjekts« war streng ökonomisch begründet: Im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts riß die Entwicklung der Produktivkräfte die Gesellschaft mehr und mehr in die Proletarität. Wer ursprünglich Bauer war, zog in die Stadt und wurde Fabrikarbeiter. War der Vater selbständiger Handwerker, so stand der Sohn schon am Fließband. Hatte die Mutter sich noch ausschließlich als Ehesklavin um die private Reproduktion der männlichen Arbeitskraft gekümmert, so fand die Tochter ihr Auskommen im Büro oder in der Bank. Dieser Trend zur Proletarisierung ist mit der dritten industriellen Revolution

gestoppt worden: Das Rationalisierungspotential von Mikroelektronik und Computertechnologie ist so gewaltig, daß die freigesetzte Arbeit nicht - wie etwa im fossilen Zeitalter des Erdöl/Kohle-Fordismus - durch Produktionsausdehnung aufgefangen werden kann. Schon heute ist das Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik dreimal so hoch wie 1960, während die Gesamtzahl aller geleisteten Arbeitsstunden um fast ein Fünftel gesunken ist. Und das ist erst der Anfang, denn der Spin-off der EDV-gestützten Miniaturisierung hat bisher nur einen Teil der Arbeitsplätze erfaßt. So wie die Überwindung der Landarbeit eine Leistung des Frühkapitalismus war, so ist die Aufhebung der Industriearbeit eine Leistung des Spätkapitalismus.

Marx sprach von der »höchst revolutionären Rolle« der Bourgeoisie bei der Entwicklung der Produktivkräfte, die zu »free time, disposable time« (Marx: »der Reichtum selbst«) führen und bei der Globalisierung (Marx: »Schaffung des Weltmarktes«) »die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden« lassen werde. Ist es nicht paradox, daß ausgerechnet diese von Marx so gelobten Punkte von den Marxisten bis heute attackiert werden - die Aufhebung der Arbeit und die Aufhebung der Nation? Freilich hat Lenin dieser Revision des Marxschen Ansatzes entscheidend den Weg gebahnt: durch seine Begeisterung für preußische Fabrikdisziplin und die Entdeckung der Nation als Fokus des proletarischen Freiheitskampfes. Kein Wunder, daß Goebbels, der sich bisweilen als »deutscher Kommunist« bezeichnete, positiv auf Lenin Bezug nahm: »Lenin opferte Marx und gab dafür Rußland die Freiheit.«

Das Lob für die Bourgeoisie hinderte Marx nicht daran, im gleichen Atemzug die »Expropriation der Expropriateure« zu fordern, da eben das Privateigentum an Produktionsmitteln die fortschrittlichen Trends der ökonomischen Entwicklung in ihr Gegenteil verkehre: Statt »free time« entsteht Arbeitslosigkeit, Statt der One World die weltweite Konkurrenz der Nationalökonomien. Deshalb muß, so Marx weiter, die »höchst revolutionäre« Mission der Kapitalisten letztlich gegen sie selbst durchgesetzt werden. Agent der Durchsetzung ist jene Klasse, die »in demselben Maße, worin sich das Kapital entwickelt«, wächst. Es liegt auf der Hand: im mikroelektronischen Spätkapitalismus sind das nicht mehr die Proletarier, sondern die Arbeitslosen. In demselben Maße, wie mit der neuen Technologie die Zahl der einen abnimmt, steigt die der anderen. Und so wie der Proletarier bei Marx nur dann revolutionäres Bewußtsein haben konnte, wenn er kein Bourgeois sein wollte, so kann der heutige Arbeitslose nur dann Subjekt der notwendigen Umwälzung sein, wenn er kein Proletarier sein will.

Natürlich wird ihm das schwerfallen in einem Land, in dem Kreativität und Produktivität nur als Arbeit vorstellbar sind - Wortschöpfungen wie »Trauerarbeit« und »Beziehungsarbeit« zeugen vom Ausmaß der Verwirrung. Doch langsam beginnt ein Umdenken: »Die glücklichen Arbeitslosen« - so heißt es im Manifest einer gleichnamigen Initiative aus Berlin - »sind Menschen, die arbeitslos und glücklich sind oder die gern arbeitslos und glücklich sein möchten. ... Man sagt uns, es sei nicht der richtige Moment, die Arbeit zu kritisieren, es sei eine Provokation, die den Spießern gerade recht käme. Noch vor zwanzig Jahren konnten die Arbeiter ihre Arbeit und auch die Arbeit an sich in Frage stellen. Heute müssen sie, nur weil sie nicht arbeitslos sind, Zufriedenheit heucheln und die Arbeitslosen müssen, nur weil sie keine Arbeit haben, Unzufriedenheit heucheln. Somit hat sich die Kritik der Arbeit in Wohlgefallen aufgelöst. Der Glückliche Arbeitslose ist über diese infantile Erpressung erhaben. ... Wenn der Arbeitslose unglücklich ist, so liegt das nicht daran, daß er keine Arbeit hat, sondern daß er kein Geld hat. Also sollten wir nicht mehr von >arbeitslos<, sondern von >geldlos<, nicht mehr von >Arbeitssuchenden<, sondern von >Geldsuchenden< reden, um die Dinge klarzustellen.«

Eigentlich hatten die Kommunisten also gar nicht so unrecht, als sie den antifaschistischen Kampf »in letzter Instanz« (Engels) als Klassenkampf auffaßten: Die »antiquierten Schichten« (in Wilhelm Heitmeyers Terminologie: die »Modernisierungsverlierer«) sammeln sich zur Verteidigung der untergehenden Produktivkräfte hinter den Fahnen der Faschisten - die soziologische Inkarnation der neuen Produktivkräfte bildet den Widerpart. Aufgrund ihrer beständig abnehmenden Zahl und Bedeutung können erstere die Modernisierung zwar nicht stoppen, wohl aber, im Kompromiß mit den herrschenden Eliten, ihre emanzipatorischen Potentiale zunichte machen. Die Nationalsozialisten tobten aus Rücksicht auf das Monopolkapital ihren Antimodernismus nur außerhalb der Ökonomie aus: In Auschwitz brachten sie diejenigen um, die sie mit den emanzipatorischen Seiten der Moderne identifizierten - dem Einkommen ohne Arbeit, dem Weltbürgertum ohne Vaterland. Was den fanatisierten Kleinbürgern damals recht war, ist den fanatisierten Proletariern heute billig.

Solange die Linke der Okonomie der Arbeiterklasse verpflichtet bleibt, wird auch die beste antifaschistische Politik wenig nützen: Das »Recht auf Arbeit« können die Proletarier heute nämlich nur noch als Prolet-Arier durchsetzen, in der mörderischen Konkurrenz gegen andere. Das »Recht auf Faulheit« hingegen wäre kein Dementi der universalen Toleranz, sondern ihr materielles Unterpfand. Auch ein Reporter der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« konnte sich diesem Zusammenhang nicht ganz verschließen. In der Ausgabe vom 10. März 1998 berichtet Konrad Schuller über einen öffentlichen Park in Berlin-Kreuzberg: Am Sommer bedecken die Pfannen, Tiegel und Töpfe grillender türkischer Großfamilien jeden Quadratzentimeter. Dazwischen lagern, verstreut und bürstenhaarig, meist in Begleitung struppiger Hunde, die Reste der alternativen Szene, die Kreuzberg einmal berühmt gemacht hat, dazu Vertreter jenes alkoholisch geprägten Alt-Berliner Kleinbürgertums, das hier das Bild bestimmte, als von Türken und Punks noch nicht die Rede war. Streit gibt es selten. Man lagert friedlich, und manchmal scheint es, als würden alle Menschen Brüder, wenn es nur Sonne

und Sozialhilfe für jeden gibt.« Wegweisend war auch die Überschrift des Artikels: »Deutschland kommt im Alltag nicht mehr vor«.

Konkret 09/98, S. 24

Andreas Spannbauer

»Es war für uns Befreiung«

Die PDS hat die Selbstregulierungskräfte des Marktes als Vorbedingung sozialer Freiheit entdeckt

Hier kommen die »Verfassungspatrioten«: Die Führungsriege der 3 PDS hat Richard von Weizsäcker einen Wunsch erfüllt und ihm postwendend ein Bekenntnis zur DDR-Vergangenheit und zu »ihren eigenen Gegenwarts- und Zukunftserwartungen in Richtung auf die deutsche Einheit« zukommen lassen. Im Gegenzug möchte sie vom ehemaligen Bundespräsidenten »sachlich, differenziert und vor allem konkret« an ihrem Wirken in den vergangenen neun Jahren gemessen werden. Die mit Liebe zur marktwirtschaftlich-demokratischen Grundordnung verfaßten Zeilen zeigen einmal mehr, daß die demokratischen Sozialisten nicht, wie die »Woche« ein Interview mit Lothar Bisky kommentierte, ihr Bad Godesberg vor sich, sondern hinter sich haben.

Wer sich einem ehemaligen Wehrmachtsoffizier, der den Oberfall auf die Sowjetunion noch persönlich miterleben durfte, und Junker andienen will, weiß, daß er zuerst an dessen antikommunistische Abneigung gegen totalitäre Regime östlich von Helmstedt appellieren muß. In der »Zone« waren, wie es die Deutschen eben halten mit ihren Diktaturen, die demokratischen Sozialisten vor allem Opfer, beispielsweise des »von uns verinnerlichten Fraktionsverbots«. Die PDS entschuldigt sich dafür, daß einige ihrer Parteivertreter mitzuverantworten hätten, daß Deutschland 40 Jahre lang kein einig Vaterland war und somit die Bundeswehr anderen Ländern keine humanitären Besuche abstatten konnte. Man möchte fast meinen, Gregor Gysi hätte nicht Andrea Lederer, sondern Bärbel Bohley geehelicht: »Aber wir haben durch Demonstrationen und innerparteiliche Erneuerung das Politbüro und das Zentralkomitee in den Rücktritt gezwungen ... Es war für uns eine Befreiung.« Wer so viel geleistet hat für den Sturz der »SED-Diktatur«, der erwartet natürlich ein kleines Dankeschön.

Zu der von ihr erbetenen »größtmöglichen Nutzung der ... kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Potentiale der Ostdeutschen« sei es, findet die PDS-Spitze, überraschenderweise nicht gekommen. »Viel gelernt« hat die PDS in den neun Jahren sozialer Marktwirtschaft trotzdem. Vor allem hat sie gelernt, daß man in der BRD »zwar keine demokratische sozialistische Partei, aber den Popanz einer durch keinerlei Fakten begründeten Gleichsetzung der PDS mit einer totalitären Partei gebrauchen kann«. Nun ist bekanntermaßen die Vokabel totalitär ein Synonym für alles, was sich links von Grünen und SPD verortet. Und da möchte die PDS-Spitze sich dann doch nicht mehr einreihen. Und wer das nicht will, der muß sich dann schon »die eigentlichen Verfassungspatrioten« nennen und hoffen, daß ihm das jemand gutschreibt.

Was aber zeichnet einen ordentlichen Verfassungspatrioten aus? »Wir haben ... Schritt für Schritt Vorstellungen erarbeitet, wie wir als demokratische Partei Verantwortung übernehmen können.« Verantwortlichkeit aber heißt in der Marktwirtschaft allemal noch: »Bekenntnis zum Privateigentum«. Das möchte André Brie jetzt auch im Parteiprogramm verankert wissen, womöglich unter der Bezeichnung »solidarisches Privateigentum«. »Der Markt«, heißt es in der Epistel an Weizsäcker, »muß sein, aber nicht so, wie er ist.« Denn das sei die Lehre aus dem Zusammenbruch der Zentralverwaltungswirtschaften: Die »Beachtung marktwirtschaftlicher Prinzipien« kann »zur sozialen Freiheit beitragen«.

Die Folgen der Beachtung marktwirtschaftlicher Prinzipien allerdings zählt das PDS-Papier selbst auf: »In der Bundesrepublik verfügen 0,4 Prozent der Haushalte über 59 Prozent des sozialen Vermögens.« Das wiederum ist der PDS auch nicht recht, und so beobachtet sie in ihrer »Düsseldorfer Erklärung«, verfaßt anläßlich des 50jährigen Jubiläums der am Widerstand der Westalliierten gescheiterten Verstaatlichung des Kohlebergbaus eine »neuerliche Untergrabung des sozialen Zusammenhangs in der Gesellschaft der Bundesrepublik. Nicht schockhaft mit Kanonendonner und Holocaust kommt diese Zersetzung einher, wohl aber mit der Erklärung des Wirtschaftskrieges der Standorte, mit einem Aufleben des Rechtsextremismus und Neonazismus und schleichend mit der Aushöhlung des Sozialstaates; wohl aber mit einer sozialen Kriegserklärung.« So beschwert sich die PDS und tut, als käme die »Marktwirtschaft« zu Rechtsextremismus, Wirtschaftskrieg und Sozialabbau wie die Jungfrau zum Kind: »Nicht der Markt an sich verursacht dies. Vielmehr war der Versuch in der DDR, die Selbstregulierungskräfte des Marktes durch zentralistische Entscheidungen zu ersetzen, eine der Wurzeln der ökonomischen Ineffizienz des Staatssozialismus und seines Scheiterns. Der Wettbewerb auf den Märkten als ökonomische Triebkraft und als Selektionsmechanismus (!) für Innovationen gilt uns geradezu nach diesen Erfahrungen als unverzichtbar.« Und: »Die PDS will nicht das Gewinninteresse privater Unternehmen beseitigen.«

Nein, das wirklich nicht. »Aber dort, wo nach dem Maßstab dieses Interesses die Gesellschaft unterentwickelt bleibt, will sie, daß Millionen Menschen Arbeit finden, auch wenn sie keinen oder für kapitalistische Unternehmen zu geringen Profit abwirft.«

Bisky, Gysi und ihr bunter Trupp sprechen sich in diesem Sinne für eine »Umkehr von der Auslieferung der Gesellschaft an profitorientierte Weltmärkte« aus. Wo der Weltmarkt droht, hilft nur eine, selbstverständlich, »strategisch orientierte, zukunftsgestaltende soziale Bändigung des Marktes«. Die »Umverteilung von oben nach unten« wird durch eine »befristete« Abgabe auf große private Geld-, Wertpapier- und Immobilienvermögen geregelt, ein gemeinnütziger

öffentlicher Sektor, der diejenigen Arbeiten leistet, die den privaten Unternehmen zu unrentabel sind, macht die Welt endlich wieder wunderbar bunt, gut und gerecht.

Richtig verstanden hat die programmatische Aussage, es könne nicht darum gehen, das private Gewinnstreben zu beseitigen, der frühere PDS-Fraktionschef im Kreistag von Schmalkalden-Meiningen: Der 50jährige, der seit Oktober 1997 untergetaucht ist, soll mehrere hundert Anleger um Beträge in zweistelliger Millionenhöhe geprellt haben. Unter den Betroffenen waren, so berichtet »Focus«, auch zahlreiche Parteigenossen.

Konkret 09/98, S. 26

Pascal Beucker

Ottos Motor

Der designierte Innenminister des Bundeskanzlers in spe hat Manfred Kanther längst rechts überholt

Schon als er noch ein grüner Outlaw war, galt er unter deutschen Geistesheroen als ministrabel: Harald Juhnke wünschte sich in den 80ern Otto Schily als Berliner Kultursenator. In Hessen und Baden-Württemberg hätte er Landesminister werden können, berichtet Schily stolz. Auch die Kandidatur als Ministerpräsident »in einem wirklich schönen ostdeutschen Bundesland«, sei ihm schon angetragen worden. Doch alle Angebote lehnte der Rechtsanwalt dankend ab: Er war für Höheres bestimmt. Seine Nominierung als »Innenminister« für das Schattenkabinett Gerhard Schröders hat viele gleichwohl überrascht. Denn nach seinem unermüdlichen Einsatz für den Großen Lauschangriff hatte sich Schily auch nach Ansicht mancher Genossen die Rente redlich verdient. Der 66jährige bekam bei der Aufstellung der bayrischen Landesliste für die Bundestagswahlen mit Position 29 gerade noch jenen Platz, der 1994 als letzter für ein Bundestagsmandat gereicht hatte.

Doch Gerhard Schröder kann einen wie Schily brauchen: einen »Querdenker«, der als Linksliberaler von den Grünen zur SPD wechselte, von sich behauptet, »daß ich immer noch ein Linker bin«, und mutig in den Kampf mit Kanther, Schönbohm und Gauweiler um die Lufthoheit über den deutschen Stammtischen zieht. Vom Grundrechteverteidiger zum Law-and-order-Sheriff -das gefällt der New-SPD.

»Es gibt«, stellte Heribert Prantl in der »Süddeutschen Zeitung« fest, »keine Verschärfung im Bereich des Straf-, Polizei- oder Ausländerrechts, die in letzter Zeit nicht von der SPD angeregt oder mit angerichtet worden wäre.« Otto Schily hat dabei den Bluthund gespielt. Und doch täte man ihm unrecht, wollte man ihm unterstellen, er setze immer nur auf neue härtere Gesetze. Manchmal befindet er sich gar im offenen Widerstreit mit Manfred Kanther um den rechten Weg der Verbrechensbekämpfung. So sprach sich Schily in der Debatte über die »Soldaten sind Mörder«-Urteile des Bundesverfassungsgerichts 1996 gegen besondere Strafvorschriften für die »Verunglimpfung« von Soldaten aus. Schließlich dürften schon nach geltendem Recht Bundeswehrsoldaten nicht als Mörder beschimpft werden, hielt der SPD-Abgeordnete der Regierungskoalition im Bundestag entschlossen entgegen: »Wer das gleichwohl tut, macht sich strafbar.« Harte Oppositionsarbeit.

Die wird immer seltener nötig. »Wenn der Himmel blau ist, und Kanther erklärt, der Himmel sei blau, dann hat er recht«, sagt Otto Schily. Wenn der Himmel aber nicht blau ist, stellt sich der potentielle Nachfolger ihn eben so vor, wie der amtierende Innenminister ihn beschrieben hat: zuviel Kriminalität, zu viele Ausländer, zuwenig starker Staat. Natürlich wissen auch die SPD und ihr designierter Innenminister, daß sich die Furcht vieler Menschen, Opfer von Kriminalität zu werden, nicht mit der objektiven Kriminalitätsgefahr deckt. Aber was soll's? Schließlich präge »das subjektive Gefühl von Unsicherheit die Befindlichkeiten der Menschen«, heißt es im SPD-Positionspapier zur »Inneren Sicherheit«, das Schily zusammen mit dem niedersächsischen Innenminister Gerhard Glogowski Ende Juli präsentierte: »Dieser Verlust an Lebensqualität läßt sich auch durch einen Hinweis auf die sich nicht verschlechternde Kriminalitätslage im eigenen Lebensumfeld nicht einfach ausräumen.« Solch ein »Hinweis« auf die Realität könnte Wählerstimmen kosten. Populistische Sprüche sind erfolgversprechender, weiß Schily: »Es geht heute nicht mehr darum, den einzelnen vor dem Staat zu schützen, sondern den einzelnen vor der organisierten Kriminalität.« Die organisierte Kriminalität bedrohe die Grundrechte. Dem kann nur durch präventiven Abbau von Grundrechten begegnet werden. Daher hat sich der SPD-Innenpolitiker auch »aus voller Überzeugung« für den Großen Lauschangriff eingesetzt.

Auch in kriminellen Kindern und Jugendlichen sieht Schily ein großes Bedrohungspotential, das nicht angemessen verfolgt wird: »Die begehen eine Straftat, bekommen eine hektographierte Mahnung, die hängen sie sich als Trophäe auf« So geht es natürlich nicht. Deshalb erteilt die SPD einen Erziehungsauftrag: »Die schnelle und spürbare Reaktion von Polizei und Justiz bei abweichendem und strafbarem Verhalten gehört zur Erziehung, die Grenzen aufzeigt, und Jugendhilfe zum Ziel hat.« Wenn nötig, muß die mißratene Brut eben in geschlossene Heime gesperrt werden. Hat Tony Blair nicht schließlich sogar einen eigenen Kinder- und Jugendknast?

Schröders Parole »Kriminelle Ausländer raus, aber schnell« hält Schily zwar für »im Ton falsch«, aber »in der Sache richtig«. Otto trifft den richtigen Ton: »Wir werden es beispielsweise nicht hinnehmen, daß Ausländer, die sich vorübergehend bei uns aufhalten, Polizisten blutig schlagen. Der Staat muß dann mit aller Härte vorgehen.« Wie, weiß das SPD-Positionspapier: »Die Ausweisungs- und Abschiebungsmöglichkeiten für ausländische Straftäter müssen konsequent genutzt werden.« Am besten kommen Ausländer, ob »kriminell« oder nicht, erst gar nicht in »unser Land«, meint Schily: »Auf absehbare Zeit sehe ich gar keinen Spielraum für zusätzliche Zuwanderung.« Deswegen dürfe auch der sogenannte »Asylkompromiß« von 1993 nicht aufgekündigt werden: »Der Artikel 16 hat in seiner alten Fassung letztlich zu unbeschränkter Einwanderung geführt. Das war so nicht haltbar.«

Bleibt das Problem mit denjenigen, die schon da sind. Von ihnen verlangt Schily Anpassung. Integration setze nicht nur Leistungen des Aufnahmestaats voraus. Sie sei »auch eine Leistung, die die Zuwanderer erbringen müssen.« Es müßten ihnen schon »bestimmte Selbstverständlichkeiten« abverlangt werden können: »Dazu gehört, daß wer hier seinen dauerhaften Wohnsitz nimmt, die deutsche Sprache erlernt, seinen Kindern die deutsche Sprache beibringen läßt und Recht und Verfassung achtet.«

Achtung von Recht und Verfassung liegt dem Mann mit der ewigen Pony-Frisur sehr am Herzen. Beispiel PDS, ein Fall für den Verfassungsschutz: »Soweit ich das im Moment überblicken kann, scheint mir eine Beobachtung auch in Zukunft notwendig zu sein.« Gleichzeitig begrüßte Schily die Ankündigung von SPD-Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering, den ostdeutschen Landesverbänden freie Hand bei der Kooperation mit den Postkommunisten 2u lassen -ein Pragmatiker.

So große Stücke auf den Verfassungsschutz hat Otto Schily nicht immer gehalten. Bundesweit bekannt wurde er Anfang der 70er Jahre als einer der Verteidiger der RAF-Gründergeneration. Er vertrat Horst Mahler, war Vertrauensanwalt von Gudrun Ensslin und Grabredner Ulrike Meinhofs. »Das ist permanenter Notstand, Ausnahmezustand, der hier praktiziert wird«, beurteilte Schily die Prozesse. Der Staat führe einen »verdeckten Krieg«. Solche Formulierungen hält der Advokat mittlerweile für »sehr überspitzt«. Denn er weiß nun, daß »nur ein Gesamtkonzept von abgestufter Repression und wirkungsvoller Prävention« die »Innere Sicherheit« garantiert. Daß er trotzdem immer noch von manchen als RAF-Anwalt tituliert wird, empfindet Schily als ungerecht. Schließlich war der von ihm sehr geschätzte Richard von Weizsäcker auch mal Verteidiger im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß: »Es wäre doch wohl nicht gerecht, ihn deshalb einen >Kriegsverbrecheranwalt< zu nennen, so wie ich manchmal als >Terroristenanwalt< bezeichnet werde.«

1980 gehörte der aus einer anthroposophischen Unternehmerfamilie stammende Schily zu den Mitbegründern der Grünen. Als die Öko-Partei 1983 den Sprung in den Bundestag schaffte, war der einzige Krawattenträger der Newcomer dabei. Im Parlament profilierte er sich vor allem durch seine Arbeit im Flick-Untersuchungsausschuß. Schily repräsentierte eine liberale Bürgerrechtsposition in der Partei. Im März 1986 rotierte er aus dem Bundestag, im Januar 1987 kam er über die Landesliste der nordrhein-westfälischen Grünen wieder rein. Allerdings hatte sich seine Stellung in Fraktion und Partei gewandelt. Schily war in eine Außenseiterrolle geraten: in der Öffentlichkeit ein grüner Medienstar -in Partei und Fraktion ein Einzelkämpfer ohne Rückhalt. Seine Positionen gab er vor allem via Presse, Funk und Fernsehen kund - und diese Ansichten standen grundsätzlich quer zu grünen Beschlüssen. Nun rechtfertigte er auch die Politik des Staates im »deutschen Herbst«: »Wir müssen uns vor Augen führen, wie schwierig die Entscheidung in einem Krisenstab ist. Dazu gehört auch die Frage, ob die milde Lösung immer die beste ist. Wenn man einer Erpressung nachgibt, kann man neue erzeugen.«

Für eine Anzeige des Autokonzerns Porsche posierte der grüne Medienstar als einer der »Menschen, die ihre Welt bewegen« (Porsche über Schily). Das in der Partei immer noch ausgeprägte linke Alternativmilieu widerte ihn hingegen zunehmend an. Die Partei rächte sich: Seine erste bittere Niederlage in der grünen Bundestagsfraktion erlebte Schily, als er im Februar 1987 dem öko-sozialistischen Kandidaten Thomas Ebermann bei der Wahl zum Fraktionsvorstand unterlag, obwohl die »Realos« über eine satte Mehrheit verfügten. Der Geschlagene reagierte mit wütenden Attacken gegen Ebermann, der »exzentrische«, »teilweise abenteuerliche« und »alte, links-sektiererisehe« Positionen vertrete. Im Fraktionsvorstand dürfe keine Person sitzen, die das Gewaltmonopol des Staates in Frage stelle. Zwei Jahre später, im Januar 1989, versuchte Schily erneut, Fraktionssprecher zu werden. Doch wieder unterlag er, diesmal Helmut Lippelt.

Es war einer der letzten Auftritte Schilys in der grünen Fraktion. Als die NRW-Grünen im Herbst 1989 beschlossen, keine Kandidaten zu nominieren, die schon zweimal im Bundestag gesessen hatten, wechselte Schily zur SPD. Mit ihr konnte er der parlamentarischen Zwangspause entgehen. Die bayrischen Sozialdemokraten gaben dem neuen Mitglied einen sicheren Platz auf ihrer Landesliste. So kehrte Schily, anders als die Grünen, 1990 in den Bundestag zurück.

In der SPD-Fraktion war der Oberläufer zunächst ein »Star auf der Reservebank« (»Süddeutsche Zeitung«. Er hatte viel Zeit, sich seinem erlernten Beruf zu widmen. Beispielsweise verteidigte er den unter Spionageverdacht stehenden Kaufmann Richard Müller, der seit den 70er Jahren als einer der wichtigsten Schmuggler neuer Technologien in die Comecon-Länder galt. Die CDU beanstandete vergeblich Interessenkonflikte zwischen Schilys gleichzeitiger Tätigkeit als Müller-Anwalt und Vorsitzender im Schalck- und Treuhand-Untersuchungsausschuß. Schily hatte den seinerzeit der Wirtschaftskriminalität angeklagten Müller erstmalig Ende der 80er Jahre vertreten. Für seine damaligen Dienste bedankten sich die Eheleute Müller mit einer 120.000-Mark-Spende an den SPD-Unterbezirk München-Land - dort kandidierte Schily nach seinem Wechsel zur SPD für den Bundestag. Für Schily ein normaler Vorgang. Es sei weder »moralisch oder aus irgendeinem anderen Grunde zu beanstanden, wenn mein Mandant an viele gemeinnützige Einrichtungen und auch an eine politische Partei Spenden vergibt«.

Das Hinterbänklerdasein verhalf Schily Anfang der 90er immerhin zu lichten Momenten: »Besonders zu Zeiten wirklicher oder eingebildeter Notlagen« überkomme die Deutschen »leicht das wilhelminische Grundgefühl, und sie wollen nur noch Deutsche und keine Parteien mehr kennen«. Für die »SPD, in der ewigen Sorge vor dem Vorwurf der >vaterlandslosen Gesellen<«, stelle offensichtlich mal wieder »wenn schon keine große Koalition, dann wenigstens ein >großer Konsens<«

ein erstrebenswertes Ziel dar, kritisierte der SPD-Abgeordnete 1991. Eine konstruktive Opposition aber verleihe »ein deutlicheres Profil als die Einquartierung in irgendwelchen Nebenzimmern der Regierung!«

Im November 1994 durfte Schily im Bundestag endlich nach vorne rücken: Er ist in die erweiterte SPD-Fraktionsführung gewählt worden. Schily zeigte sich dankbar: »Asylkompromiß«, »Großer Lauschangriff«, Erweiterung der BGS-Kompetenzen, Gen-Datei - immer wenn sich Bundesregierung und SPD-Opposition auf den Abbau von Grund- und Freiheitsrechten verständigten, hat sich der Konvertit bewährt.

Nach dem 27. September könnte Schröder der Karriere des Otto Schily das Sahnehäubchen aufsetzen und ihn zum Bundesinnenminister ernennen. Dann dürfte der Anthroposoph endlich sein Quartier in den Nebenzimmern der Regierung aufgeben und ins Haupthaus ziehen. Natürlich habe er mit den Jahren einen Wandel durchgemacht, sagt Schily heute über sich: »Ich hoffe nicht, daß ich dämlicher geworden bin.« Manche Hoffnung ist trügerisch.

Konkret 09/98, S. 28

Gaby Hommel

Von A(mt) bis Z(ynismus)

Effizient ineinander greifen die Rädchen der Abschiebemaschinerie. Dicht gewoben ist das Netz von Instanzen und Gesetzen, kaum zu überbieten sind Borniertheit und Brutalität gegen die Opfer

Am 1. Juli dieses Jahres stieg in Frankfurt ein Priester aus der Demokratischen Republik Kongo aus dem Flugzeug. Er legte seinen Kirchenausweis vor und beantragte politisches Asyl. Zur Begründung erklärte der Mann, daß er sowohl vor ausländischen Journalistinnen und Journalisten als auch in seinen Predigten ein Massaker an Hutus angeprangert habe, daß ihn deshalb Soldaten seines Heimatlandes verhaftet und mißhandelt hätten und er sich dort seines Lebens nicht mehr sicher fühle. Um die Glaubwürdigkeit des Geistlichen zu überprüfen, ließ ihn die zuständige Asylanhörerin die »Laudes« vorsingen und die zwölf Apostel aufsagen. Sie forderte Auskunft über Daten und Wege der Flucht, verlangte detaillierte Informationen über persönlichen Werdegang, berufliche Laufbahn und priesterliche Tätigkeit ihres Gegenübers. Vier Stunden dauerte das Verhör des an Malaria erkrankten Kirchenmannes. Auf den Tisch legen mußte er Gott und die Welt, einschließlich seiner Kenntnis der westlichen Philosophie samt Hegel. Nicht gefragt waren seine Foltererfahrungen. Schließlich entschied die Dame vom Amt: »Der Antrag ist als offensichtlich unbegründet abzulehnen.« Denn - das wissen wir seit Moses -die Wahrheit steht geschrieben, früher in Stein, heute im Internet oder auf CD-Rom-Lexikon. Und nämliches führt in jener Fassung, die vom Bundesamt zur Anerkennung ausländischer Flüchtlinge benutzt wird, den Heiligen Eugen nicht auf. Die Aussage des Priesters, eben dies sei der Namenspatron seiner Gemeinde in Ex-Zaire, gilt der höchsten Asylbehörde dementsprechend als gelogen, sein Kirchenausweis ohne weitere behördliche Überprüfung als »gefälschtes Beweismittel«.

Wäre die Geschichte den üblichen Gang gegangen, zählte der kirchliche Würdenträger als einer von vielen »Asylbetrügern«, die nichts scheuen, sogar die lateinische Liturgie auswendig lernen, um an die deutsche Kohle zu kommen. Aber der Kirchenmann hat Glück gehabt. Seine Geschichte erschien in der »Frankfurter Rundschau«. Daß sie dahin kam, hat er seinen Möglichkeiten, den Beziehungen von »Pro Asyl« sowie der Bestätigung eines katholischen Missionswerkes zu verdanken, wonach er nicht nur den Priesterstand bekleidet, sondern zudem seine Examina mit Auszeichnung bestanden hat. Weniger gebildeten und prominenten Flüchtlingen stehen diese Reste der kritischen Öffentlichkeit nicht zur Verfügung. Kaum jemand nimmt Notiz davon, daß sie serienweise demütigenden Befragungen unterzogen und selbst in Fällen, da ihnen die Folterspuren auf den Körper gezeichnet sind, in die Hände ihrer Peiniger zurückgeschickt werden. So geschehen u. a. einem Nigerianer, der mit erkennbaren Verletzungen in Deutschland ankam und diese auf erlittene Mißhandlungen in den Folterkellern seines Herkunftslandes zurückführte. Eine ärztliche Untersuchung, die die Angaben des Betroffenen hätte verifizieren können, fand nicht statt. Statt dessen wurde der Mann, nachdem er ausführlich über seine Qualen einschließlich der Umstände seiner geplanten Hinrichtung berichtet hatte, vom Asylanhörer gefragt: »Ist Ihnen außer der einen hier geschilderten Sache nichts weiter durch die Behörden in Nigeria geschehen?« (AZ: G 1851979-232).

Geradezu sensibel zeigte sich Herr oder Frau Zastrow, zuständig bei der Berliner Zweigstelle des Nürnberger Bundesamtes für die unter Geschäftszeichen E 1273515-163 festgehaltene Asylanhörung eines Kurden. Sie beginnt mit der Erklärung des Flüchtlings, aufgrund seiner Zusammenarbeit mit der PKK wiederholt festgenommen und derart gefoltert worden zu sein, daß er eine Schädigung diverser Organe sowie ein schweres Foltertrauma davontrug. Und weiter geht es im Text: »Sind Sie aufgrund ihrer kurdischen Volkszugehörigkeit irgendwann einmal mit den türkischen Behörden in Kontakt gekommen?« Antwort: »Ja.« Frage: »Wie oft sind Sie mit den Behörden in Kontakt gekommen?« Antwort: »Man kann nicht sagen, wie oft es war, ein dauernder Zustand, ich war als Unterstützer der kurdischen Sache bekannt.« Frage: »Wie sahen denn diese einzelnen Beeinträchtigungen aus?« Antwort: »Bei jeder Festnahme wurden wir vor die Alternative gestellt, entweder die Mitarbeit bei der kurdischen Sache aufzugeben oder damit rechnen zu müssen, immer wieder festgenommen, gefoltert und sogar Scheinhinrichtungen ausgesetzt zu werden. Einige Male sind wir mit den Füßen nach oben festgebunden wurden, und es wurden vor unseren Augen unsere Frauen und Mütter entkleidet.« Frage: »Können Sie noch andere Folterungen, die Ihnen persönlich widerfahren sind, vortragen?« Antwort: »Es existierten vermutlich mehrere Folterkammern, die eine war mit kaltem Wasser bis zum Knie gefüllt. In der mußte ich stehen, es gab dort keine Toilette, und es war dunkel. In einer anderen Kammer wurde ich an den Händen gefesselt, und es tropfte Wasser auf meinen Kopf«

Weitere Auskünfte über die auf knapp einem Blatt niedergeschriebenen Horrorerlebnisse des Mannes werden nicht verlangt. Dafür jedoch seitenlange Auskünfte über seine Vita, die Umstände seiner Flucht, Daten und Fakten aus der Geschichte der PKK sowie die Wiedergabe einer kurdischen Volkssage, die - so jedenfalls lernen es Asylprüfer/innen - der Tradition des Newroz-Fest zugrunde liegt. Eine Stunde und 45 Minuten dauerte die Anhörung insgesamt, zwölf Din-A4-Seiten umfaßt die Niederschrift. Zum Ende überrascht der Vorhalt, daß den deutschen Behörden mehrere aus der Türkei überstellte Haftbefehle vorliegen, zweifelsfrei ausgestellt auf den Namen des kurdischen Aktivisten. Doch dieser kann sich nicht freuen, daß derartige Beweisstücke seiner Verfolgung aktenkundig sind, sondern muß sich eine letzte Frage gefallen

lassen: »Wie erklären Sie sich, daß die türkischen Behörden so intensiv nach Ihnen suchten, obwohl Sie im Prinzip genau das getan haben, was auch zahlreiche andere kurdische Volksangehörige tun, ohne deswegen in dieser Form belangt zu werden?«

Der Asylantrag des betreffenden Flüchtlings wurde abgelehnt. Denn seine geltend gemachten Gründe, so der Bescheid von Herrn oder Frau Krüger, »gehen nicht über das Maß dessen hinaus, was unter den in seiner Heimat bestehenden politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen alle türkischen Staatsbürger hinzunehmen haben.« Anwälten und nicht-professionellen Verteidigerinnen von Flüchtlingsinteressen sind derartige Standardsätze bekannt. Ebenfalls Aussagen wie: »Kurzfristige Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, Verhöre, Einschüchterungen und Bedrohungen durch staatliche Stellen wegen einer vermuteten Regimegegnerschaft im Zuge von Ermittlungen erreichen in der Regel nicht die asylbegründende Eingriffsintensität.« Oder die Feststellung: »Es wird nicht verkannt, daß derartige Maßnahmen einen schwerwiegenden Verstoß gegen die Menschenwürde darstellen. Doch handelt es sich um Willkürmaßnahmen einzelner, gegen die auch Bürger anderer Länder nicht gefeit sind.« Es sind Textbausteine, aus dem Computer geholt und auf die eine oder andere Art zusammengebastelt. Zu finden in dieser oder ähnlicher Form im Asylablehnungsbescheid des Algeriers, dem der Bart mit Zement eingeschmiert und ausgerissen wurde genauso wie im Fall der vor den Augen ihrer Kinder vergewaltigten Zairesin oder afghanischen Frauenrechtlerin.

Verantwortet werden die Entscheidungen von Männern und Frauen, die nach Einführung des sogenannten »Asylbeschleunigungsgesetzes« im Juni 1992 in Schnellkursen auf ihre Aufgabe als »Asylprüfer/innen« vorbereitet wurden. Von einer anderen Tätigkeit im Öffentlichen Dienst auf ihren neuen Job gewechselt, sitzen sie seitdem in den aus dem Boden gestampften Außenstellen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, betreiben »Asylanhörung« und »Asylentscheidung« in einem Aufwasch. Selten dauert die Befragung eines Flüchtlings mehrere Stunden, wie im Fall des afrikanischen Geistlichen. Die Regel sind 30 bis 60 Minuten. In nicht seltenen Fällen, vor allem bei Armutsflüchtlingen aus Osteuropa, wird - einschließlich der einleitenden Formalia, Übersetzung und Verlesung des Protokolls - aufgrund einer viertelstündigen Vorführung entschieden. »Gravierende Mängel bei der Aufklärung des Verfolgungsbringens« sowie eine Ersetzung der »Sachverhaltsermittlung durch einen zweifelhaften Glaubwürdigkeitstest« sind nach den Ergebnissen einer Studie der Rechtsreferendarin Tanja Laier die Folge. »Der Grund liegt zum einen im individuellen Verschulden einiger Entscheider, die ihre Aufgabe darin zu sehen scheinen, möglichst viele Ablehnungen zu produzieren. Zum anderen wird durch die gesetzliche Ausgestaltung des Verfahrens die Entstehung von Ermittlungsfehlern begünstigt.« Im Auftrag von Pro Asyl bereits 1994 erarbeitet und speziell auf die Befragungs- und Entscheidungspraxis des Bundesamtes bei Flüchtlingen aus Nigeria im sogenannten »Flughafenverfahren« bezogen, fassen die wissenschaftlich formulierten Erkenntnisse zusammen, was alltägliche Praxis ist: Die Bewertung von Flüchtlingsschicksalen im Fließbandverfahren, acht Stunden am Tag, vom PC-bestückten Schreibtisch aus. Und als sei es damit noch nicht genug, forderte Hans-Georg Dusch, Präsident des Nürnberger Bundesamtes, seine Mitarbeiter/innen mit Schreiben vom 1. Februar 1996 auf, die - so wörtlich - »Schlagzahl« weiter zu erhöhen.

Die jüngsten Ergebnisse dokumentiert eine Statistik des Bundesinnenministeriums, wonach im Zeitraum von Januar bis Mai dieses Jahres die durchschnittliche Asylanerkennungsquote gerade noch bei 4,1 Prozent lag. Weitere 3,9 Prozent der in diesen Monaten behandelten Asylanträge wurden nach Paragraph 51 Ausländergesetz entschieden, d. h. den Betroffenen wurde wenigstens (vorläufiger) Abschiebeschutz gewährt. Auf der Strecke blieben 92 von 100 Personen, genau gesagt 61.082 Männer, Frauen und Kinder, deren Schutzsuche abgelehnt oder - wie die offizielle Formulierung in 30 Prozent der Fälle heißt - »sonstwie erledigt« wurde. Sei es, weil die »Antragsteller« die Aussichtslosigkeit ihres Begehrens erkannten und weiterflüchteten, in die Illegalität abtauchten oder aus sonstigen Gründen gar nicht erst in den Anspruch einer Entscheidung gelangten. Wie die Flüchtlinge aus dem Kosovo etwa, die Ende Juli die Hatz des Bundesgrenzschutzes auf den Transporter ihres tschechischen Fluchthelfers zwar überlebten, die aber, da aus einem sogenannten »sicheren Drittland« über die bundesdeutsche Grenze gelangt, ohne weiteres Verfahren abgeschoben wurden. Das passierte auch Dragi A., Roma aus Serbien, dessen Vorsprache beim Zentralen Ausländeramt in Dortmund als sogenannter »Folgeantrag« und dementsprechend »unbeachtlich« eingestuft wurde, weil ein erstes Asylbegehren bereits 1991 rechtskräftig abgelehnt worden war. Damals war der jüngste Sohn einer Schaustellerfamilie mit seinen Eltern unterwegs, die nach dem Tod Titos im sozialistischen Jugoslawien keine Möglichkeit fanden, ihrem angestammten Gewerbe nachzugehen. Heute ist der 18jährige mit Frau und Baby auf der Flucht vor der drohenden Einberufung in die serbische Armee und einem blutigen Einsatz im Kosovo.

Selbst nach den verbliebenen Resten des deutschen Asylrechtes könnte Dragi klagen. Binnen einer Woche beim zuständigen Verwaltungsgericht. Theoretisch. Praktisch ist der junge »Zigeuner« genauso hilfs- und rechtlos wie der Buchhalter aus Kinshasa, die Aktivistin einer Mütterorganisation aus Brasilien sowie alle sonstigen Flüchtlinge, die weder Sprache noch Bedeutung der Blätter verstehen, die ihnen in ihre Notunterkunft flattern, und die nicht über Geld, Beziehungen oder Freunde verfügen, um sich einen Anwalt zu beschaffen. Und ist ausnahmsweise einer da, lautet die durchgängige Erfahrung, daß im Zweifel gegen die Schutzsuchenden geurteilt wird. »Diese Richter sind bis ins Mark voreingenommen«, stellt Günter Werner fest, der in knapp 50 Verfahren vor dem Bremer Verwaltungsgericht keine/n seiner

Mandantinnen und Mandanten aus Togo vor der Abschiebung schützen konnte. »Das ist einfach unglaublich«, kommentiert eine Dortmunder Asylanwältin ihre Erfahrung mit dem Gelsenkirchener Verwaltungsgericht, dessen Verhandlungs- und Spruchpraxis vor allem gegenüber Flüchtlingen aus dem ehemaligen Zaire im vergangenen Jahr wiederholte Demonstrationen von Exil-Oppositionellen zur Folge hatte und schließlich sogar Thema im nordrhein-westfälischen Landtag wurde - u. a. weil publik geworden war, daß sich einer der vom Gericht bestellten Dolmetscher gleichzeitig auf der Gehaltsliste des gerade von Präsident Kabila reorganisierten Geheimdienstes der Republik Kongo befand.

Nach übereinstimmenden Angaben betroffener Flüchtlinge ziehen auch sonst Asylinstanzen gerne Vertreter der Verfolgerstaaten heran. Etwa wenn es um die - aus guten Gründen - verborgene Identität von Asylsuchenden geht, die Beschaffung von Paßersatzpapieren, die eine »ordnungsgemäße« Abschiebung gewährleisten sollen, oder auch um das »Gentleman-Agreement«, die Person X im Land Z zu entsorgen. Der Sonderflug H2-111 der belgischen Chartergesellschaft »City-Bird« vom 4. Juni des Jahres ist ein Beispiel dafür. Denn an Bord der Maschine, Abflug Düsseldorf, Ankunft Lagos, befanden sich nicht nur Nigerianer, u. a. ein 15 Jahre alter Junge, sondern auch Flüchtlinge, die eigenen Angaben zufolge aus anderen Ländern Westafrikas stammen. Darunter nachweislich mindestens eine Person, für die keine Einreisegenehmigung in die Militärdiktatur vorlag. Mit welchen Mitteln und über welche Kanäle die entsprechenden Dokumente für die übrigen Opfer der bundesweit koordinierten Abschiebeaktion beschafft wurden, bleibt Geheimnis der deutschen Behörden. Fest steht nur, daß wenige Woche vor ihrer erzwungenen Ausreise ein Teil der Betroffenen aus Nordrhein-Westfalen im Rahmen einer Sammelführung zur Ausländerbehörde nach Bielefeld verfrachtet und dort von einigen Herren empfangen wurde, die sich als Mitarbeiter der nigerianischen Botschaft vorstellten, nach Recherchen von Flüchtlingsgruppen bei der Vertretung in Bonn aber nicht bekannt sind. Und zu belegen ist auch, daß sich unter den sogenannten »Schüblingen« eine Reihe ehemaliger Gefangener aus dem bundesweit größten Abschiebeknast in Büren befand, wo kurze Zeit zuvor eine Häftlingsrevolte mit der Forderung für Aufsehen gesorgt hatte: »No deportation with fake documents!«

Paul Agbebaku war an ihr beteiligt und in der Folge - wie einige andere »Rädelsführer« auch - in die JVA Bochum strafverlegt worden. Während des sechsstündigen Transports wurde er in der sogenannten »Schaukelfesselung« gehalten, d. h. seine Hände wurden auf den Rücken gebunden und mit den Fußfesseln zusammengeschlossen. Insgesamt 16 Tage, zum Teil in Büren, zum Teil im Bochumer Knast, verbrachte er ohne Unterbrechung im »Bunker«. Nach seiner Abschiebung mit dem genannten Sonderflug nach Lagos wurde er genauso verhaftet wie die übrigen seiner Leidensgenossen. Doch im Unterschied zu ihnen, die mehrheitlich verschwunden sind, meldete er sich per Brief noch einmal und schreibt: »Ich danke dem allmächtigen Gott für seine Güte. Er hat mein Leben gerettet vor jenen, die zu stark für mich waren. Der 4. Juni 1998 ist ein Tag, den ich niemals vergessen werde. Ich leide an diesem Tag bis heute. Ich wurde schwer verwundet. Ich erhielt Schläge wie nie zuvor. Ich wurde so geschlagen, daß ich überhaupt nicht mitbekam, daß ich an Bord des Flugzeugs geschafft wurde. Ich brauchte drei Tage, um zu begreifen, daß ich noch lebe. Trotz allem danke ich immer noch Gott und bete, daß er ihnen vergebe. Ich war nicht der einzige, der geschlagen wurde, fast alle von uns. Wir waren an diesem Tag 76 Personen, die deportiert wurden.«

11.440 waren es im vergangenen Jahr vom Frankfurter Flughafen aus. Der dortige BGS-Chef Udo Hansen spricht von einer enormen »psychischen Belastung« seiner Beamten. »Mit erstaunlicher schauspielerischer Begabung wird da ein Striptease aufgeführt«, kommentiert er die verzweifelten Versuche von Flüchtlingen, ihre Abschiebung zu verhindern. »Pech gehabt«, lautet der Befund eines von der »Frankfurter Rundschau« zitierten Ausländerbeamten zum Fall des oben geschilderten Flüchtlings im Priesterornat. »Ein geliebter Kanarienvogel wird ja auch in einen Käfig gesperrt«, erläutert Peter Möller, Knastchef der »Modelleinrichtung« im ostwestfälischen Büren einer Schulklasse, die sein Sondergefängnis besichtigen kommt. »Man sieht es diesen Menschen doch an, die kriminelle Energie in ihren Augen und dann diese zusammengewachsenen Augenbrauen«, begründet CDU-Mitglied Stoll, Richter am Amtsgericht Hildesheim und langjähriger Landesvorsitzender der Landsmannschaft Oberschlesien seine Entscheidung, ein zwölfjähriges polnisches Kind hinter Gitter zu bringen. Wegen Verleumdung und Beleidigung stand Anfang vergangenen Monats ein Systemanalytiker aus Bochum vor Gericht, der unter dem Titel »Kanthers willige Vollstrecker« ein Flugblatt verteilt hatte, in dem der Umgang deutscher Ämter und Behörden mit Flüchtlingen als »menschenverachtend« qualifiziert wird.

Konkret 09/98, S. 31

Justus Wertmüller

Stille Agnes

Ein Kopftuch vereint Islamisten und Deutsch-Nationalisten

Der Urlauber berichtet: »Unser Töchterchen, achtjährig, aber nach ihrer körperlichen Entwicklung ein gutes Jahr jünger zu schätzen und mager wie ein Spatz ... erhielt Erlaubnis, den von anklebendem Sande starrenden Anzug noch einmal im Meer zu spülen ... Nackt läuft sie zum wenige Meter entfernten Wasser, schwenkt ihr Trikot und kehrt zurück.« Die einheimischen Badegäste reagierten einmütig auf das Verhalten der ausländischen Touristen: »Die Schamwidrigkeit, die wir uns hätten zuschulden kommen lassen, hieß es, sei um so verurteilenswerter, als sie einem dankvergessenen und beleidigenden Mißbrauch der Gastfreundschaft Italiens gleichkomme. Nicht allein Buchstabe und Geist der öffentlichen Badevorschriften, sondern zugleich die Ehre seines Landes seien freventlich verletzt, und in Wahrung dieser Ehre werde er Sorge tragen, daß unser Verstoß gegen die nationale Würde nicht ungeahndet bleibe« (Thomas Mann, *Mario und der Zauberer).* Diese Episode - angesiedelt im faschistischen Italien des Jahres 1930 - scheint sich merkwürdig verdreht im deutschen Kopftuchstreit des Sommers 1998 zu wiederholen.

Gegenstand des Zanks ist nicht der unterschiedliche Inhalt von deutschen und islamischen kulturellen Standards, obwohl man eben darauf verbissen beharrt. Kein Zweifel kommt in der Kopftuchdebatte darüber auf, daß es letzter Zweck jeder Kultur sei, der Sinnlichkeit zu mißtrauen und mehr als »gesunde« Sexualität nicht zuzulassen. Islamische und deutsche Erneuerer sind sich darin einig, daß der weibliche Körper immer dann bedrohlich und verderbt wirke, wenn die Errungenschaften der Zivilisation auf seine Präsentation Anwendung finden. Wo durch Kosmetik, raffinierte Kleidung oder »aufreizende« Haltung Schönheit zum Appell an die Sinnlichkeit wird, sieht sich das Volksempfinden herausgefordert. Äußere Schönheit hat der Volksgesundheit zu dienen, wenn sie sich nicht dem Vorwurf der Käuflichkeit aussetzen will. Die wahre Schönheit aber, die innere, ist Ausdruck nationaler Gesittung, ist Volkscharakter.

»Der Glaube gab ihr« - als sie 1986 nach Deutschland kam - »die Heimat, die sie im äußeren Leben noch nicht gefunden hatte -und ein Selbstvertrauen, das für ein pubertierendes Mädchen ungewöhnlich war ... Die begehrlichen Blicke der Mitschüler, die kleinen Anspielungen, die zufälligen Berührungen, Fereshta konnte und wollte das nicht. >Ich will wegen meines Inneren geschätzt werden(« (»Zeit«). Wer so um sein Innerstes besorgt ist, daß er die Erotik in die Ehe schließt und sich so weit vom »Sexy-Rummel« (Pfarrer Sommerauer) entfernt hat wie Fereshta und ihr Mann - »fünfmal am Tag beten die beiden, das gibt ihnen Ruhe und die Gelegenheit, Kraft zu tanken« (»Süddeutsche Zeitung«) - verdiente der nicht eigentlich Lob und Lehramt?

»Du sollst Zeichen setzen, in einer Umgebung, in der alles entblößt und verkauft wird«, predigt der Mullah Patrick Bahners in der »FAZ«, und Fereshta Ludin sekundiert: Mit dem Kopftuch »werden die Reize bedeckt, und zu den Reizen der Frau gehören auch die Haare ... Das Tuch abzulegen hieße für mich, mich zu entblößen. Es wäre eine Entwürdigung.« Über den peinlich verwalteten Rest von Erotik redet Frau Ludin wie die stille Agnes im deutschen Heimatfilm, die ihrem Grafen allerlei für die Zeit nach der Hochzeit verspricht: »Ihr Mann dürfe selbstverständlich >alles sehen«< (»SZ«, 23.7.). Peter Gauweiler erklärt in »Bild«, Ludin wäre wohl »von der Kulturschickeria von Rot-Schwarz zur Lehrerin des Monats erklärt worden«, wenn sie sich, statt ein Kopftuch zu tragen, »wenigstens die Haare lila und grün färben und fünf Nadeln durch Nase und Ohr« hätte treiben lassen.

Der katholische Verfassungsrichter a. D. Wolfgang Böckenförde nahm den Fall zum Anlaß, davor zu warnen, »Religion weiter aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen«, und Peter Henkel vom sozialliberalen Zentralorgan »FAZ« konnte ihm da nur zustimmen: »Ob sich die bundesdeutsche Gesellschaft mit der Verdrängung religiöser Themen langfristig einen Gefallen tut, darf auch ein Atheist oder Agnostiker bezweifeln. Wenn der Streit ums Kopftuch in diesem Sinn Sensibilität weckt und endlich einmal auf Fragen jenseits der alles dominierenden Ökonomie verweist, dann hatte und hat er sein Gutes.«

Was da am Islam bewundert wird, ist das moralisch aufgerüstete Zwangskollektiv seiner Ursprungsländer, keineswegs gilt die Wertschätzung den realen Islamisten hierzulande. Vom Islam lernen, bedeutet in Deutschland, Menschen als Muslime zu ethnisieren und sich vom Leibe zu halten, möglichst jenseits der Staatsgrenzen. Der Islam in Deutschland hat es im Gefolge der Erneuerung im Iran, in Afghanistan, Pakistan und auch der Türkei weit gebracht. Krise, Verelendung und Rassismus haben Migranten aus islamischen Ländern auf den Identitätstrip gebracht: Konjunktur für die Rückkehr zum einfachen und gerechten Leben. »Wie die Kleidung, so der Kopf«, bestätigen die neuen Muslime das Diktum des immerhin im Hinblick auf seine Religionsfeindschaft verdienstvollen Kemal Atatürk. Männern wachsen als Pendant zum Kopftuch der Frauen prächtige Vollbärte, wie Raimund, dem Gatten der Frau Ludin, einem deutschen Islam-Konvertiten. Das alles geschieht schier freiwillig. »Zwei bis drei Stunden kommen die acht- bis vierzehnjährigen Kinder jede Woche zum Koranlernen in die Moschee -freiwillig, wie sie auch dann versichern, wenn der Hodscha nicht zuhört« (»Zeit«). Und Mustafa Yoldas, der Dolmetscher der Hamburger Moschee, läßt deutsche Sinnsucher, die nach einer neuen

Gemeinschaftlichkeit oder gleich einem ökologisch hochwertigen Reichsarbeitsdienst rufen, vor Neid erblassen: »Wer zu uns kommt, nimmt keine Drogen, ist nicht kriminell, hängt nirgendwo rum.«

Die aus islamischen Gesellschaften stammende Minderheit in der BRD (sie ist zu 75 Prozent türkisch), deren Angehörige von regulärer Lohnarbeit weit rascher ausgeschlossen werden als ihre deutschen Kollegen, entwickelt die Globalisierung auf ihre Art: prekäre Selbständigkeit, angereichert mit einem guten Schuß moralischer Ökonomie, also Beschäftigungen im Familienbetrieb aus Gefälligkeit - wegen Verwandschafts- oder Freundschaftsbanden. Von der Mehrheitsgesellschaft ausgegrenzt und dem ökonomischen Zwang zur Herausbildung einer regionalistisch anmutenden Binnenmoral ausgeliefert, etablieren sie eine moralische Gesellschaft, für die eine auch von deutscher Seite gewünschte Mischung aus Repression und Gemeinschaft, schafsäugiger Frömmigkeit und gnadenloser Ausgrenzung der Unfrommen aus ihrer Community charakteristisch ist. Obwohl die islamisierte Gesellschaft nur eine kulturell spezifische Realisierung deutscher Identitätsvorstellungen ist, machen sich die Ludin-Deutschen als Nicht-Deutsche verdächtig. Denn was Fereshta Ludin so tapfer per Kopftuch bekannte - die Korrektheit von Zwang und Verbot, die Absage an Körper- und Sinnlichkeit -, macht die beschworene Identität, weil sie islamisch auftritt, zum Kampfinstrument gegen die fremde Identitätspolitik, macht aus der Verhüllung der Reize gar einen Anschlag auf Kinderrechte.

Ob sie sich nun religionskritisch geben wie die baden-württembergische Grünen-Abgeordnete Bender: »Wenn es richtig ist, ... daß kein Schüler und keine Schülerin es akzeptieren muß, unter dem Kruzifix unterrichtet zu werden, dann ist der ungleich demonstrativere Akt der Kleidung, des Kopftuchs, etwas, was man ... den Schülern und Schülerinnen zu dulden nicht abverlangen darf« (»Taz«, 21.7.), oder vom Frieden reden wie die Kultusministerin Schavan: »Das friedliche Miteinander und die friedensstiftende Kraft von Religionen kann nur gelingen, wenn diese nicht ab- und ausgrenzen. ... Um so bedeutsamer ist es, daß ein Kind nicht gezwungen wird, ein äußeres Symbol der Abgrenzung zu tragen« - die Kopftuchkritiker adeln ihr Ressentiment zur Notwehr der deutschen Kulturnation, wie auch die niedersächsische SPD-Ministerin Jürgens-Pieper, derzufolge das Kopftuch »vielfach eine Art Kampfinstrument geworden (sei), mit dem Frauen zeigen, daß sie Muslimin sind ... Wir müssen aber auch darauf Wert legen, daß unsere Schüler in den Werten unserer Kultur erzogen werden, und da ist es schwierig, so ein Kampfinstrument zu akzeptieren« (»ND«, 21.7.).

Notwendige realpolitische Anmerkung: Die vom Berufsverbot betroffene Fereshta Ludin bietet, ihrer Haltung wegen, ebensowenig Anlaß zur Solidarität wie ihre deutschen Kritiker/innen. Ihr Identitätswahn unterscheidet sich vom deutschen nicht prinzipiell, sondern allein dadurch, daß die islamische Wiedergeburt es nicht einmal in Afghanistan zu einem annähernd so methodischen Vollzug gebracht hat, wie ihn die Deutschen bereits einmal ins Werk setzten. Doch Fereshta Ludins Kritiker/innen haben die Macht und schicken sich an, auch unter Hinweis auf ein Kopftuch, das Ausländerproblem in Deutschland zu lösen. Insoweit - und nur insoweit - gilt Frau Ludin die Solidarität der Linken.

Konkret 09/98, S. 32

Horst Pankow

Gestank, Chaos, Grauen

Wie der »Taz«-Reporter Erich Rathfelder im Kosovo ein Massengrab roch und die Weltpresse einige Tage lang Atem und Verstand anhielt

Das wäre ein geiles Ende der Sommerlochlangeweile geworden, wenn es geklappt hätte. »Es ist das Bosnien-Szenario«, schwärmte Peter Münch in der »Süddeutschen Zeitung«, »daß (!) sich in diesen Tagen im Kosovo zu wiederholen scheint.« Ein hartes Durchgreifen der »internationalen Gemeinschaft« gegen die »Serbenhochburgen« hätte zum adäquaten Befreiungsschlag gegen die unerträgliche Diktatur der Gegenwart getaugt, und die Serben - dessen konnte man gewiß sein -würden auf ihre Weise dem allgemeinen Dilemma begegnen: »Eine serbische Streitmacht rückt vor, Dörfer brennen, Zehntausende von Zivilisten sind auf der Flucht -und nun auch noch der Bericht von Massakern und Massengräbern.«

Reizvoll auch der verbliebene Zweifel: Würden sich die Verbündeten - bisher ja eher durch Zaudern denn Beherztheit aufgefallen - wieder einmal der einzig richtigen Schlußfolgerung verweigern? Derzufolge »könnte eine blutige Spur von Srebrenica nach Orahovac führen«. Könnte. Ach, dieser verfluchte Konjunktiv - könnte man den doch aus der Grammatik ebenso tilgen wie das serbische Joch aus der Balkanregion! So aber war man wieder einmal auf die *Tatsachen* verwiesen und damit zur Ohnmacht verurteilt. »Als die Serben wenig später Journalisten in die Stadt führten, war davon (von Massakern und Massengräbern; H. R) natürlich nichts zu bemerken.« Natürlich. Auch andere mußten mit leeren Händen zurückkehren: »Eine Erkundungsmission der EU im Kosovo hat ... keine Anzeichen für Massengräber nahe der Stadt Orahovac gefunden« (»Tagesspiegel«). Das gleiche galt für den eilends herbeigeeilten US-Botschafter in Mazedonien. Und auch »der als seriös bekannte >Taz<-Reporter Erich Rathfelder hat in Orahovac selbst keine Leichen gesehen, jedoch starken Verwesungsgeruch wahrgenommen« (»SZ«).

Mag Rathfelder auch selbst nichts gesehen haben, er weiß, daß die anderen lügen: »Am Abend«, berichtet er aus Orahovac, »wird Christopher Hill (US-Botschafter in Mazedonien; H. P.) die Existenz der Massengräber leugnen« (»Taz«). Rathfelder kennt auch die Gründe solchen Leugnens. In seinem kürzlich erschienenen Buch *(Sarajevo und danach. Sechs Jahre Reporter im ehemaligen Jugoslawien,* München 1998) enthüllt er eine Reihe von serbischen Einschlußagenten in der »westlichen Wertegemeinschaft«. Dazu rechnet er beispielsweise den »unter deutschen Intellektuellen einflußreichen Ungar György Konrad«. Der habe schon zu Beginn der Kämpfe ebenso »wie der Österreicher Peter Handke« zum »Nichtstun« geraten. »Kaum jemand weiß allerdings, daß György Konrad ein persönlicher Freund des serbischen Schriftstellers und Interimspräsidenten von Milosevics Gnaden, Dobrica Cosic, ist.« Aber Rathfelder weiß nicht nur das, sondern auch, daß der frühere US-Staatssekretär Eagleburger »mit Serbien durch vielerlei Geschäftsinteressen verbunden« war und »daß britische Politiker durch finanzielle Zuwendungen von Seiten Milosevics zum Aufbau einer proserbischen Lobby inspiriert« wurden.

Bis vor kurzem hatte Rathfelder diese Erkenntnisse nur der »Taz«-Leserschaft mitteilen können. Seit dem Erscheinen seines Buches, vor allem aber seit seiner Geruchs-Reportage aus Orahovac ist der rastlose Wahrheitssucher - er »pendelt zwischen Split, Sarajevo, dern Kosovo und Berlin« (»Taz«) - auch einem breiteren Publikum bekannt. Er war es schließlich, der das diesjährige Sommerloch am 5. August mit der Schlagzeile »Massengräber jetzt auch im Kosovo entdeckt« (»Taz«) - Unterzeile: »Taz-Reporter stößt bei Orahovac auf Hunderte Leichen« schloß. Idiomatisch ein wenig der landesüblichen Rhetorik angepaßt erschien Rathfelders Report auch in Österreich: »Massengräber im Kosovo. Hunderte Kinder verscharrt« (»Die Presse«) - Unterzeile: »>Presse<-Korrespondent sah die Massengräber« - und einen Tag später in Italien: »So habe ich den Serben geholfen, 430 Kinder zu begraben« (»La Repubblica«).

Entgegen den Versprechungen der Schlagzeilen behauptet Rathfelder zunächst allerdings nicht, in der südserbischen Kleinstadt irgendeine menschliche Leiche gesehen zu haben. Er hat nur gerochen - »der Gestank der Leichen ist aus der Ferne schon zu riechen« - und messerscharf kombiniert: »Angesichts der großen Hitze ist die Verwesung schon weit fortgeschritten.« Nach »Augenzeugenberichten« waren vor seinem Eintreffen angeblich »bis zu 1.000 Menschen getötet« und »bisher 567 Menschen verscharrt worden«. Als die offiziellen Delegationen von EU und USA sowie die zahlreich angereisten Vertreter des Pressekriegsquartiers der »internationalen Gemeinschaft« nur die 37 auch von serbischer Seite bestätigten Gräber von in Kämpfen zwischen UCK und Regierungstruppen Getöteten fanden, legte Rathfelder nach. Am folgenden Tag (6.8.) erschien in der »Taz« und in der »Presse« sein ausführlicher Augen- und vor allem Nasenzeugenbericht.

Rathfelder und sein amerikanischer Kollege Phil Smucker begaben sich demzufolge zielstrebig zur Mülldeponie am Rande von Orahovac. »Daß die Leichen auf einer Mülldeponie verscharrt wurden, ist für das serbische Vorgehen nicht ungewöhnlich«, hatte Rathfelder schon tags zuvor seinen Lesein gesteckt. Nun erwähnt er als weitere Referenzen »Gerüchte in der Provinzhauptstadt Pristina« und einen Bericht der »Washington Post« vom 4. August. In diesem ist allerdings außer ebenfalls notierten »Gerüchten« (»rumors are swirling«) nur von den 37 bekannten Gräbern die Rede, die

sich in der Tat neben einer Müllkippe befinden. Vor allem unterschlägt Rathfelder die Kernaussage der »Post«: »But there is no evidence of mass graves containing such a large number of bodies.«

Rathfelder und sein Begleiter lassen sich nur von ihrem Geruchssinn leiten: »Plötzlich liegt ein süßlicher Geruch in der Luft. Wir haben den Ort gefunden.« Der »Ort« erweist sich als einer, an dem »33 Holzpfosten mit mehrstelligen Nummern in den Boden gerammt« wurden. Also auf zum nächsten: »Auch hier empfängt uns der gleiche unerträgliche Geruch.« Aber: »Diesmal sind keine Markierungen angebracht.« Und: »Einige hundert Meter weiter befindet sich eine dritte Stelle. Ein Kadaver ist in einem Plastiksack zu erkennen. Ob es sich um einen Menschen handelt, ist angesichts der Verwesung nicht mit Sicherheit zu erkennen. Deutlich sichtbar ist an anderer Stelle der Kopf einer Kuh.«

Und so fort - von der Mülldeponie durch die Stadt, in der es von Polizei nur so wimmelt, in der die Müllabfuhr nicht funktioniert, Kleidungsstücke herumliegen, was selbstverständlich auf ein Massaker hindeutet, in der es aber vor allem stinkt: »Der Gestank, der aus manchen Häusern dringt, ist unerträglich. Hineinzugehen wagen wir allerdings nicht - zu viele Polizisten patrouillieren auf der Straße.« Schließlich vertraut ein Serbe - die sind ja nicht alle böse - sich den beiden an »und erzählt, was er gesehen hat - nur dürfe man um Gottes willen seine Identität nicht preisgeben.« Er habe 567 von Serben Ermordete gezählt, darunter 430 Kinder. »Er wisse das so genau, weil er nicht nur über gute Kontakte zu den Totengräbern verfüge, sondern auch mit Hand habe anlegen müssen.« Rathfelder legt seinem anonymen Konfidenten auch eine Aussage in den Mund, die am nächsten Tag »Taz«Leser irritieren sollte: »>Und was passierte mit den Leichen?<, wollen wir wissen. >Zigeuner<, wie er sich ausdrückt, hätten >viele Leichen< auf sieben Pferdekarren abtransportiert.«

Am 7. August - die Dementis der nach Orahovac gereisten EU-Delegation lagen bereits 48 Stunden zurück - trat die »Taz« dann den geordneten Rückzug an. Schon am Vortag, als Rathfelders Riech- und Lauschstory noch zum »Tagesthema« gemacht worden war, hatte der Frontpage-Aufmacher so defensiv wie unverfroren »Widersprüche über Opfer bei Orahovac« gelautet. Jetzt wurde das Thema unauffällig in den Kellerbereich der zweiten Seite verbannt. Markant dennoch die folgende trotzige Passage: »Unterdessen zitierte auch die >Washington Times< in ihrer gestrigen Ausgabe Aussagen von Zeugen in Orahovac, wonach die Leichen Hunderter Kosovo-Albaner in Massengräbern verscharrt worden sein sollen. >Die Toten wurden von Roma begraben, ich habe daneben gestanden<, wird ein Anwohner zitiert. 567 Leichen habe er gezählt, davon seien mindestens die Hälfte Kinder gewesen.« Manchen »Taz«-Lesern kam nicht nur der »unterdessen« zitierte Anwohner bekannt vor, sondern auch der >Washington-Times<-Autor: Erich Rathfelders Trabant Phil Smucker.

Orientiert man sich an der von Rathfelder angewandten *fact finding method,* führt durchaus »eine blutige Spur von Srebrenica nach Orahovac«. Anfang Februar 1996 berichtete Rathfelder in der »Taz« von seinen Erlebnissen bei der »Spurensuche in der Stadt des Grauens«. Im Gefolge der Uno-Menschenrechtsbeauftragten Elizabeth Rehn war er damals mit einem Troß des Kriegspressequartiers in die bosnische Kleinstadt gereist, um »Hinweise auf Lager und Stätten des Mordens, Hinweise auf Orte (zu prüfen), wo einige der mehr als 8.000 verschollenen Männer überlebt haben könnten.« Es sollte das von westlichen - vor allem deutschen - Medien behauptete Massaker der Serben an wehrlosen bosnisch-muslimischen Zivilisten bewiesen werden. Daraus ist bekanntlich bis heute so recht nichts geworden, für Rathfelder war es aber eine der Vorarbeiten zu seinem gescheiterten Orahovac-Coup. Auch die »Stadt des Grauens« präsentierte ihm damals ein Bild des Chaos: »Überall liegt Müll herum: auf der Flucht zurückgelassene Möbelstücke (mehr als sechs Monate danach, H. P), Kleider, Unrat.« Er inspiziert verschiedene Gebäude, ohne befriedigendes Ergebnis. Dann betritt er den Keller eines Supermarktes. »Doch im Keller ist niemand. Die dortigen Räumlichkeiten hätten zwar als Gefängniszellen durchaus dienen können; auf den Boden finden sich Spuren von Wachs. Doch konkrete Hinweise auf Gefangene gibt es nicht.«

Schließlich erreicht die Reisenden die Information, in einem Waldstück unweit der Stadt seien Leichen gefunden worden. Am Fundort können die Toten - »Gerippe, teilweise sind Köpfe vom Rumpf getrennt« - laut Rathfelder als »muslimische Männer aus Srebrenica« identifiziert werden. »Offenbar sind die etwa zehn hier Ermordeten in einen Hinterhalt geraten.« Nicht nur die bereitwillige Mithilfe serbischer Polizisten bei der Bergung der Leichen macht Rathfelder mißtrauisch. Er ist enttäuscht, hatte mehr erhofft und wittert eine Falle: »Geht es bei dem Fund um eine Inszenierung? Ist es nicht seltsam. daß die Leichen, von deren Existenz zumindest das serbisch-bosnische Militär wissen mußte, gerade dann der Öffentlichkeit vorgeführt werden, nachdem Elizabeth Rehn angereist ist?«

Zwei Jahre später hat Rathfelder die »mehr als 8.000 verschollenen Männer« nicht nur auf »7079 Menschen« korrigiert, er beschreibt in seinem Buch nun auch die »Spurensuche« im Waldstück nahe der »Stadt des Grauens« völlig anders. Nicht mehr von perfider serbischer Desinformation ist in dem Kapitel »Die Schande von Srebrenica und die internationale Gemeinschaft« die Rede, sondern von *mit eigenen Augen* erblicktem Horror: »Als wir näher kommen, laufen uns Schauer über den Rücken. Im Waldstück vor uns liegen Hunderte von Leichen, Skelette, die noch in den Kleidern stecken, in angemoderten Jeans und Lederjacken, in Hemden und Turnschuhen. Bei manchen sind die Ausweispapiere noch in den Taschen zu finden, Rucksäcke und andere Gepäckstücke liegen herum. Wie in Trance stapfen wir durch das teilweise von Schnee bedeckte Todesfeld ... und sehen die Einschußlöcher in den Schädeln.«

Vielleicht wird Rathfelder die »bis zu 1.000« Toten von Oravohac oder zumindest die 567 »Verscharrten« bald ebenso deutlich vor Augen haben wie er sie Anfang August gerochen hat, vielleicht kann er sie demnächst ähnlich expressiv beschreiben wie seine Vision der Toten von Srebrenica. Vielleicht auch nicht. Die Entscheidung liegt bei der »Taz«, dem Stammblatt des fanatischen Serbenfressers. Dort hatte man schon im Juli Rathfelderschen Kommentaren »gemäßigtere« Texte gegenübergestellt. Eine mögliche rot-grüne Regierungskoalition nötigt publizistischen Aspiranten auf Übernahme politischer Verantwortung eine gewisse formale Seriösität und vor allem außenpolitische »Berechenbarkeit« ab.

Bevor das Thema Orahovac wieder in der Versenkung verschwand, gestand »Taz«-Chefredakteur Michael Rediske am 8. August ein, die Vor-Ort-Ermittlungen des Blutjournalisten, der sein Handwerk - wen wundert's - in der deutschen Linken der 70er Jahre erlernt hat, seien doch »zu wenig, um Gewißheit zu haben«. Politische Umsicht bewies Rediske mit der Feststellung: »Nur eine Exhumierung kann die Wahrheit ans Licht bringen.« Unter Aufsicht der »internationalen Gemeinschaft«, versteht sich. Das wäre doch ein schöner außenpolitischer Souveränitätszuwachs, wenn nach jeder »Entdeckung« eines deutschen Kriegsberichterstatters die Fahnder des Den Haager Kriegsverbrechertribunals sich auf den Weg machten.

Konkret 09/98, S. 35

Wolfgang Pohrt

Pohrt antwortet

Das Massengrab

»Massengräber jetzt auch im Kosovo entdeckt«, hat die »Taz« vom 5. August getitelt. Weiter: »Taz-Reporter stößt bei Orahovatz auf Hunderte von Leichen. Augenzeugen sprechen von bis zu tausend Toten. Von den Opfern sollen allein 430 Kinder gewesen sein. «

Das ist ein Punkt - ich meine speziell die Stelle mit den Kindern -, wo man nur ungern weiterdenkt. Dabei ist die Deutung selbst, wie bei einem Standardtraum, ganz einfach. Es wird an rezentes Material angeknüpft, an Bewußtseinsinhalte, die aus nicht allzulang zurückliegendem Anlaß in den Hirnen der Leute herumgeistern. Ein flüchtiger Leser könnte die Meldung so verstehen, daß der belgisch-niederländische Kinderporno-Ring mit Verbindungen in die Bundesrepublik seine aus dem Ostblock importierte Ware nach Gebrauch und Verschleiß neuerdings ebendort auch entsorgt. Der Untergrund kommt hier gewissermaßen ganz dicht an die Oberfläche, aber das löst keine Abwehr aus.

Es ist nun gerade ein paar Wochen her, daß wir erfuhren, wie viele Personen mit gutem Einkommen und in teilweise hohen gesellschaftlichen Positionen sich sexuell stimuliert fühlen, wenn sie Kinder quälen dürfen oder wenn sie Kinder wenigstens auf Bildern und Videos leiden sehen. Wir wissen ferner, daß diese sonderbaren Kinderfreunde keine Fernreisen mehr buchen müssen, weil es das, was sie suchen, auch in Prag oder Bukarest zu kaufen gibt. Die Reaktion von Öffentlichkeit wie Behörden darauf war eine Mischung aus Duldung und Nichtwahrhabenwollen. Statt den verbreiteten Sadismus als Symptom einer schweren kollektiven Gemütsstörung anzuprangern, ließen die Kommentatoren sich aus über die Risiken des Internet.

Nun gerät das Thema in entstellter, aber erkennbarer Form wieder in die Schlagzeilen dergestalt, daß man die Botschaft verbreitet: In unserer westlichen Zivilgesellschaft mit abendländischer Tradition etc. kommt dergleichen gar nicht vor, die Serben sind's gewesen. Weil die Konstruktion so offensichtlich und so offensichtlich absurd ist, glaube ich nicht, daß es sich dabei um eine Entlastungslüge handelt oder um einen Vertuschungsversuch. Alle wissen ja Bescheid.

Mein Eindruck ist eher, daß sich auf diesem Weg eine Gesellschaft outet. »Die Serben tun es« heißt: »Wir wollen es auch«. Man erinnere sich an die Schauergeschichten von den Massenvergewaltigungen und nehme die Tatsache hinzu, daß Viagra nicht auf Rezept zu haben sein wird, weil sonst die Krankenkassen Pleite machen würden

Das gleiche Schema zieht sich bis in jedes Detail. Am 6. August druckte die »Taz« einen weiteren Massengrab-Bericht unter dem Balkentitel »Namenlos verscharrt«. Der widersprach zwar eklatant dem Foto, welches am Vortag auf der Titelseite die Existenz des Massengrabs hatte illustrieren sollen. Im Vordergrund sieht man nämlich ein Schild, groß darauf eine Nummer und klein darunter die Namen Mullabazi/Mizanir und Otac (Vater) Abdurahnan.

Auf wahr oder falsch aber kommt es dabei gar nicht an. Man könnte ja auch zutreffende Meldungen gleichen Inhalts bringen, wie etwa die aus der »FAZ« vom 7. Mai 97: »In einem rumänischen Krankenhaus sind die Leichname von 47 Kindern in einer mit Formalin gefüllten Grube entdeckt worden. Wie ein Polizeisprecher am Dienstag mitteilte, wurden die Toten in einem 1,50 Meter tiefen rechteckigen Loch auf dem Hof eines Hospitals in der Stadt Cluj (Klausenburg) gefunden. Die 28 Jungen und neunzehn Mädchen seien ein bis drei Jahre alt gewesen und offenbar in dem Krankenhaus gestorben. Die meisten der Kinder, für die es keine Geburtsurkunden gibt, wurden offenbar gleich nach ihrer Geburt von den Eltern in dem Krankenhaus als Findelkinder abgelegt. Die Ärzte des Hospitals sagten, diese Form der Bestattung sei bei Findelkindern üblich und >legal<. Sie werde angewendet, weil Geld zur Beerdigung dieser Kinder fehle.«

Die zutreffende Meldung wie die Falschmeldung wird, wenn sie groß genug aufgemacht ist, je nach Person entweder Erleichterung oder Grauen verbreiten oder beides. Denn jeder spürt, wovon hier eigentlich die Rede ist. Vom Balkan nämlich nicht.

Erlauben Sie, daß ich in meinem Archiv einen Branchenbericht aus der »FAZ« herauskrame, der am 11. April 1997 erschienen ist. Er beschäftigt sich mit den Folgen, welche die Kürzung des von den Krankenkassen gezahlten Sterbegelds für das Bestattungsgewerbe nach sich zog. »In Kiel etwa«, zitiert das Blatt einen Fachmann, »würden 80 Prozent der Verstorbenen eingeäschert und in Urnen beigesetzt. Die Hälfte der restlichen Erdbestattungen finde auf den Friedhöfen anonym und ohne Grabsteine statt. Diese einfache Form der Beerdigung beschere den Bestattern und Sargschreinern nur ein mageres Geschäft.« Dann kommt der Geschäftsführer eines mittelständischen Sargherstellers zu Wort: »Es findet hier ein Wandel statt, wie der Tod gesehen wird. Das entwickele sich immer mehr in Richtung >Entsorgung<.«

Das war ein Branchenbericht im Wirtschaftsteil. Und nun etwas für die ganze Familie, ein Artikel aus der Wochenendbeilage der »Stuttgarter Zeitung« vom 15. November 97. Otto Jörg Weiß über die anonyme Bestattung: »Richtige Grabstätten mit den Namen der Verstorbenen, mit der posthumen Adresse sozusagen, werden immer seltener.

Anonym - ohne Kreuz, ohne Stein, ohne persönlichen Blumenschmuck -ist mehr und mehr in. 55 Prozent der Toten in Kiel, 42 Prozent in Flensburg, 30 Prozent in Berlin werden auf großen Rasenflächen >entsorgt<, spurlos gewissermaßen, das Rasenmähen besorgt die Kommune, und ein paar Wochen später erinnert nichts mehr an die jüngst Verstorbenen. Wie Golfplätze könnten die Gottesäcker schon bald aussehen, fürchten manche: Zwei- oder dreimal pro Woche würden wieder Neue >eingelocht<, aber die ebnen sich schnell ein.«

»Namenlos verscharrt« - weil die Verhältnisse hier so sind, und weil das jeder spürt, flößen uns Meldungen wie die aus der »Taz« ein schwer zu begreifendes und schwer zu lokalisierendes Grauen ein. Der Verstand wird paralysiert, weil mitgeteilte Fakten und Empfindung auseinanderklaffen. Daß es das anonyme Armenbegräbnis gibt, daß die verstorbenen Obdachlosen von New York in Massengräbern beigesetzt werden -das war ja eigentlich bekannt. Und daß im Krieg Massengräber eher die Regel als die Ausnahme gewesen sind, muß jeder wissen, denn den Begriff »Grabmal des unbekannten Soldaten« kennen alle. Überhaupt können uns Kriegsgreuel zwar erschüttern, aber sie machen uns nicht fassungslos. Was uns die Fassung raubt, ist die Tatsache, daß von Kriegsgreueln gesprochen wird und wir zugleich doch spüren: Hier ist es so, hier, wo angeblich Zivilisation und Frieden herrschen. Und es kann beinahe offen ausgesprochen werden, ohne daß sich ein Widerstand dagegen regt.

Mal angenommen, der »Taz«-Bericht wäre wahr gewesen - das hätte Sie nicht weiter in Aufregung versetzt?

Tun wir doch nicht so, als wäre von Soldaten, ganz gleich, wofür sie kämpfen, nur Gutes zu erwarten. Die strammen jungen Athleten von der Truppe als edle Ritter anzuhimmeln - das überlassen wir besser lüsternen älteren Damen. Um zu begreifen, warum die Bundeswehr in der Ex-Pazifistin Antje Vollmer neuerdings eine ihrer engagiertesten Fürsprecherinnen findet, muß man sich nur daran erinnern, wie die Bundestags-Vizepräsidentin seinerzeit von den deutschen Nationalkickern schwärmte.

Ich jedenfalls wüßte keine Armee, von der man unter den gegebenen Bedingungen Massaker an der Zivilbevölkerung ausschließen kann. Nehmen Sie die französische Armee in Algerien, nehmen Sie die amerikanische in Vietnam, um nur von der friedlichen Nachkriegszeit zu sprechen. Oder erinnern wir uns doch daran, was über kanadische, amerikanische und italienische Einheiten der Friedenstruppe bekannt geworden ist, die in Somalia die Operation »Restore Hope« unternahm. Und immerhin haben die spanischen Vorzeigedemokraten Killerkommandos auf die Eta angesetzt, obwohl die spanische Herrschaft über das Baskenland zu keinem Zeitpunkt gefährdet war.

Kriege wie der im Kosovo pflegen sich obendrein durch besondere Grausamkeit auszuzeichnen. Es fängt meist damit an, daß sich die unterlegene Armee beim Rückzug an der gegnerischen Zivilbevölkerung schadlos hält. Dann kommt die überlegene Armee und nimmt blutig Rache. Einprägsam nachzulesen bei Ambler: *Die Maske des Dimitrios, S. 33ff.* Kurzum: Das Kosovo ist ein Gebiet, wo ich als Serbe nicht der UCK und als Kosovo-Albaner nicht unbedingt serbischen Einheiten in die Hände fallen mögen würde, obgleich mir letzteres immer noch bedeutend lieber wäre als das erstere.

Nun ist das Massengrab aber keins, EU-Beobachter haben es bestätigt.

Das war auch nicht der Kern der Botschaft. Wenn die Medien ein serbisches Massaker melden, heißt das, daß die Nato-Jets startklar sind. Die Nachricht muß man als Absichtserklärung lesen. Also erst ist der Plan da, und dann lanciert man die Nachricht, die als Anlaß oder Begründung für die Ausführung des Plans benötigt wird. Nach diesem Schema war auch die Horrormeldung in der »Taz« vom 5. August zu interpretieren. Aber das Spektakel fing eigentlich schon am Vorabend an. Das ZDF berichtete unter Berufung auf den anderntags erscheinenden »Taz«-Artikel in seiner »Heute«Sendung um 19 Uhr lang und breit über die angeblichen serbischen Greuel. Die Horrormeldung paßte freilich überhaupt nicht ins Bild, das man sich von der Lage hatte zurechtbasteln müssen. Der amerikanische Präsident steckte wieder mal viel zu tief im Dreck, als daß der Angriff auf einen Noname wie Milosevic ihm hätte heraushelfen können. Die Flugzeugträger werden jetzt am Golf gebraucht, Clintons Rettung heißt Saddam Hussein.

Aber man irrt, solange man spekuliert, und in der Not frißt der Teufel Fliegen. War man im Weißen Haus zum Schluß gekommen, besser ein kleiner Militärschlag als keiner? Offensichtlich noch nicht. Denn während im ZDF die Horrormeldung lief, berichtete der CNN ganz manierlich aus Pristina - teilweise fliehe die Bevölkerung noch vor den Kämpfen, andernorts kehrten die Flüchtlinge auch schon zurück. Kein Wort von irgendwelchen Massengräbern. Damit war klar: Es gibt kein Massengrab.

Halten Sie CNN für allwissend und unfehlbar?

Jedenfalls für gut informiert. Buddeleien größeren Umfangs bleiben den amerikanischen Spionagesatelliten nicht verborgen.

Um das Erkennen von Fakten geht es in diesem Fall aber nicht. Es geht darum, wie man Fakten macht, und wer die Macht hat, dies zu tun. Was ist ein Massengrab? Ein Massengrab ist, wenn Frau Albright kommt, vor den Fernsehkameras angewidert ein paar Knochen befingert und dazu ein paar bedeutungsvolle Worte sagt und wenn die Bilder von dem ekelhaften Ritual dann um die ganze Welt gehen. Was ist ein serbisches Massaker? Ein serbisches Massaker ist, wenn

anderntags die Nato-Jets serbische Stellungen bombardieren. Und umgekehrt: Wenn Frau Albright nicht kommt, gab es kein Massengrab, und wenn die Nato-Jets nicht starten, gab es auch kein serbisches Massaker.

Ein abgekochter Zyniker könnte mancher denken.

Dann kennt er sich selber schlecht, und vor allem weiß er über die Natur des menschlichen Wahrnehmungsvermögens nicht viel. Es ist erst die Folge eines Vorgangs, die absolute Gewißheit über ihn stiftet, jedenfalls überall dort, wo man nicht selber nachschauen und dabeisein kann. Bei einem Kriminalfall bleibt solange alles in der Schwebe, bis das Urteil gesprochen und die Strafe verhängt worden ist. Es gibt immer so viele Theorien und Unsicherheiten, die wissenschaftlichen Gutachten widersprechen sich, und wer hat sie schon gelesen. Wir sind es deshalb gewohnt, unsere Gewißheiten auf dem Wege des deduktiven Schließens zu gewinnen. Die weithin sichtbare, unübersehbare und eindeutige Folge eines Vorgangs ist der unumstößliche Beweis dafür, daß er stattgefunden hat. Fakten machen heißt also Folgen schaffen. Man schafft sie durch die Tat.

Das Wortgetöse, mit dem wir uns hier so ausführlich beschäftigen, ist nur die Begleitmusik. Die eigentliche Propaganda-Aktion wäre der Militärschlag selbst. Und wenn der nicht kommt, verhallt das Wortgetöse auch wieder, oder wenn es fortgesetzt wird, fängt es an zu langweilen und zu nerven. Was als Appell gemeint gewesen war, verwandelt sich in einen Befund über die Beschaffenheit der Welt. So ist sie eben, und irgendwann hat man es verstanden. Jede Minute verhungern auf der Welt 15 Kinder -laut »FAZ«. Niemanden interessiert die Nachricht mehr, weil klar ist, daß keine Konsequenzen aus ihr folgen. 80.000 Obdachlose im Kosovo sind eine »humanitäre Katastrophe«, 300.000 Obdachlose in Polen sind es nicht. Eine Nachricht ist das Elend nur, wenn es sich dazu eignet, Aktionen auszulösen.

Zählen wirkliche Fakten also überhaupt nicht?

Leider doch, freilich nur im Rahmen der jeweils gewünschten Inszenierung. Die Menschenrechtspolitik hat dazu geführt, daß man für Militärinterventionen Greuelnachrichten und das entsprechende Bildmaterial benötigt. Der Idealfall wäre nun der, daß man das Material im Trickfilmstudio von leistungsfähigen Grafikrechnern produzieren ließe. Aber dann fehlt uns der Reporter, der sagen kann, er habe das Zeug selbst gesehen und gefilmt. Also brauchen wir was, um es den Reportern zu zeigen. Die humanste Lösung des Problems, die mir bekannt ist, haben die rumänischen Putschisten erfunden. Sie sammelten ein, was die Leichenhallen der Krankenhäuser hergaben, reihten schön auf, was sie fanden, ließen die Kamera-Teams kommen und erzählten den Reportern: Hat die Securitate gemacht. Die Bilder gingen um die Welt, erst Monate später kam das Dementi.

Das war vor rund acht Jahren. Publikum und Reporter sind heute anspruchsvoller geworden. Standbilder wie damals reichen längst nicht mehr, die Inszenierung muß schon ziemlich realistisch sein, und echte frische Tote machen sich nun mal am besten.

Die Sache ist ganz einfach die: Wenn der Westen für eine seiner humanitären Interventionen Bilder von einem zerschossenen Krankenhaus braucht, aus dem sie zerstückelte Patienten schleppen, dann kriegt er diese Bilder auch. Er kriegt sie von der Partei, in deren Interesse diese Intervention liegt. Und es werden gute Bilder sein, keine schlampig hingetricksten. Das Arrangement hängt von den Umständen ab. Wenn auf den Feind Verlaß ist, installiere ich ein Geschütz auf dem Krankenhausdach und feuere solange, bis das Feuer erwidert wird und eine Granate trifft. Wenn der Feind so blöde ist, wie es die serbischen Kampftruppen anscheinend oft gewesen sind, muß ich die Arbeit eben selber machen.

Heißt das, daß die Reporter praktisch auf Bestellung an Nachrichten liefern, was die Regierung jeweils braucht?

Ja und nein. Man stelle sich die Arbeit eines Balkanreporters nicht zu einfach vor. Er kann schließlich nicht in Bonn anrufen und nachfragen: Wieviele Massengräber braucht ihr? Über Absprachen funktioniert das nicht, die Koordination wäre viel zu störanfällig und kompliziert. Außerdem findet man keinen kompetenten Ansprechpartner, denn was der Westen als nächstes unternimmt, wissen die Entscheider oft selber nicht im voraus. Ein guter Balkanreporter zeichnet sich also dadurch aus, daß er die Absichten der Entscheider erahnt, bevor die Entscheidungen überhaupt getroffen worden sind. Das hat bei Rathfelder nicht geklappt. Deshalb, nicht mangels beweisbarer Fakten, ist sein spezielles Massengrab eine Zeitungsente, ganz gleich, wieviele Leichen an der Stelle, wo er herumgeschnüffelt hat, verbuddelt worden sind.

Ist so einer dann als Reporter erledigt?

Man möchte es hoffen, aber es kann auch das genaue Gegenteil der Fall sein. Im Westen allgemein und dann nochmal in jedem Land gibt es natürlich Rivalitäten und Widersprüche. Im Kosovo-Krieg haben sich bisher weniger die Etablierten, wie etwa Kinkel oder Kohl, hervorgetan. Scharfmacher waren diesmal Leute aus der zweiten Reihe, die gerne in die erste wollen. Für einen Militäreinsatz ohne UN-Mandat haben Rühe, Fischer, Scharping plädiert, zwei Aspiranten auf den Job des Außenministers und einer auf den des Kanzlers. Nun hört man, daß Schröder sich mit Rühe verbünden möchte. Die beiden passen gut zusammen. Der eine macht sich auf Managerart für eine Führungsrolle Deutschlands stark. Der andere schaut aus und spricht, als wäre er einer Wehrmachts-Klamotte aus dem amerikanischen Vorabendprogramm entsprungen. So einer wie dieser »Taz«-Reporter fehlt diesen beiden noch. Und wenn sie erstmal am Ruder sind, dann arbeiten sie

vielleicht auch dafür, daß deutsche Massengrab-Storys noch viel wahrer werden, als die amerikanischen und britischen Berichte über serbische Massaker und Konzentrationslager es je geworden sind. Das virtuelle Massengrab könnte, sollte die Bundeswehr tatsächlich mal im Kosovo landen, der Vorläufer von vielen wirklichen Massengräbern werden. Auch ganz ohne Krieg entkommt denen freilich keiner, wenn es so weitergeht mit der Entwicklung des Bestattungswesens, das schließlich nur ein Symptom oder ein Indiz dafür ist, was die Personen sich selbst und einander unter dem Kapital noch bedeuten.

Konkret 09/98, S. 38

Oliver Tolmein

Das Ziel heißt Tod

Deutsche Gerichte machen vor, was der Gesetzgeber sich noch nicht traut: die Legalisierung der Euthanasie

Die letzte Wahl steht auch dem Schwächsten offen,

Ein Sprung von dieser Brücke macht mich frei.

Friedrich Schiller, *Wilhelm Tell*

Schillers Plädoyer für die »Freiheit zum Tode«, für das Recht, selbst über das eigene Sterben zu bestimmen, wird im Zuge der neuen »Euthanasie«Debatte auch von bundesdeutschen Juristen gern verwendet. In einem Vortrag vor der Bayrischen Akademie hat der Bonner Rechtsphilosoph Günther Jakobs, der sich für eine weitgehende Freigabe der Sterbehilfe einsetzt, Anfang des Jahres den Klassiker interpretiert: »So soll nach der Intention des Autors ein immer möglicher Ausweg aus Unterdrückung in vernünftige Freiheit benannt werden, aber erfaßt wird auch ein möglicher Sog von vernünftiger Herrschaft zu anarchischer Willkür. Deshalb hat der Staat ein Interesse, die Zwecke, für die gestorben werden soll, selbst zu bezeichnen und ansonsten den Tod so zu perhorreszieren, daß ein Sterben-Können nicht allzu leicht fällt.«

In der Setzung von Zielen, für die wieder gestorben werden soll, tut sich der neue deutsche Staat zunehmend leichter: Seine starken Männer sollen heute zwar nicht mehr fechten, sondern mit dem Schützenpanzer »Marder« angreifen und aus dem »Leopard« schießen. Das Perhorreszieren des Todes in vielen anderen Fällen, vor allem wenn es um die Schwächsten geht, nimmt dagegen an Intensität deutlich ab. Die Auseinandersetzung um die Praxis der Patienten-Tötungen ist ein bemerkenswertes Beispiel dafür: In den zwölf Jahren seit dem 56. Deutschen Juristentag 1986, der in seiner strafrechtlichen Sektion eine weitreichende Freigabe der »Euthanasie« an Alten, Behinderten und Schwerkranken gefordert hat, ist die Preisgabe des Lebensschutzes für gesellschaftliche Randgruppen tatsächlich weit vorangetrieben worden. Bemerkenswert ist dabei vor allem, wie selbstverständlich die verschiedenen Instanzen und Institutionen dabei zusammen wirken, ohne daß sie je einen gemeinsamen Plan entwickelt hätten.

Einen großen Schritt nach vorn hat der Bundesgerichtshof getan, als er zunächst einem Arzt und einem Sohn einen unvermeidbaren Verbotsirrtum bescheinigte und ihren Versuch, eine im Wachkoma lebende, keinesfalls bereits sterbende Frau durch Nahrungsentzug zu töten, straflos lassen wollte, wenn er dem »mutmaßlichen Willen« der Patientin entsprochen habe. Bald darauf legten die obersten Karlsruher Strafrichter nach: Ein Arzt-Ehepaar, das eine befreundete kranke Millionärin statt in die Klinik zu sich nach Hause geschafft, ihr Testament verfälscht und dann im Spätstadium der Krankheit hohe Schmerzmitteldosen gegeben hatte, die den Todeseintritt der im übrigen falsch diagnostizierten und behandelten Patientin mutmaßlich beschleunigten, war vom Landgericht Kiel wegen Mordes und Totschlags verurteilt worden. Der Richterspruch überstand die Revision nicht, weil, so der in der juristischen Öffentlichkeit unter Ausblendung des Sachverhalts zustimmend zur Kenntnis genommene Leitsatz, eine extrem hohe Schmerzmitteldosierung zur Leidverminderung auch dann nicht verboten sei, wenn dadurch der Tod beschleunigt herbeigeführt werde. Diese beiden Entscheidungen waren für die Bundesärztekammer Grund genug, ihre Richtlinien zur Sterbebegleitung zu lockern - und auch die Herbeiführung des Sterbens von Schwerkranken durch Behandlungsabbruch zu regeln, ein Vorhaben, das bislang aufgrund erheblicher Meinungsverschiedenheiten in der Standesorganisation noch zu keinem endgültigen Ergebnis gekommen ist.

Jetzt hat das Oberlandesgericht Frankfurt eine weitere Barriere niedergerissen: Dem Antrag einer Betreuerin auf Tötung der Betreuten, hier einer Wachkoma-Patientin, durch Nahrungsentzug, soll unter Berufung auf Paragraph 1904 BGB vom Vormundschaftsgericht stattgegeben werden können. Das, was dem BGH 1994 noch ein »unvermeidbarer«, aber immerhin Verbotsirrtum eines Arztes zu sein schien, nämlich der Glaube, daß es erlaubt sei, einen bewußtlosen Menschen durch Nahrungsentzug zu töten, wird so, im Namen des Volkes, zu deutschem Recht. Ein Blick ins Gesetz klärt auf, daß Paragraph 1904 BGB eine Vorschrift ist, die den betreuten Patienten vor unbedachter Durchführung einer Heilbehandlung, die gefährliche Nebenwirkungen haben kann, oder vor der übereilten Zustimmung zu einem risikoreichen Eingriff schützen soll: Ziel ist Lebensschutz, nicht Lebensvernichtung.

Für die Frankfurter Richter kein Problem: Sie konstruieren eine Analogie, die »eine unbewußte Lücke, eine planwidrige Unvollständigkeit schließt«. Während selbst nationalsozialistische Rechtspolitiker und Rassehygieniker die Schaffung eines »Euthanasie«-Gesetzes nicht für durchsetzbar hielten und auch in den Jahrzehnten nach dem Krieg Vorstöße in Deutschland und anderswo auf der Welt abgeblockt wurden, deuten die Frankfurter Richter das Fehlen einer Regelung, die die Tötung bewußtloser Patienten durch Nahrungsentzug erlaubt, charmant in ein planwidriges Versäumnis um. Das ist angesichts der Stimmung in Teilen der intellektuellen Elite nicht überraschend - aber angesichts einer immerhin noch geltenden Strafvorschrift wie dem Paragraphen 216 StGB, die sogar die auf ausdrückliches Verlangen erfolgte Tötung eines

Menschen verbietet, nicht unbedingt einleuchtend. Daß die Frankfurter Oberlandesrichter sich dennoch unter keinerlei besonderem Legitimationszwang sahen, dokumentiert ihre knappe Abfertigung der Gegenmeinung. Hanauer Vormundschaftsrichter hatten angesichts eines ähnlichen Antrages einen Nahrungsentzug bei einer Koma-Patientin abgelehnt, weil die deutsche Rechtsordnung einen »Richter über Leben und Tod« nicht vorsehe. Die Frankfurter Revisionsinstanz kontert beherzt: »Hinter der Ansicht ist der Gedanke an das Euthanasieprogramm der Nazis verborgen, das mit dem Ziel der Vernichtung >lebensunwerten< Lebens keine Parallele zum vom wenigstens mutmaßlichen Willen des Betroffenen getragenen Behandlungsabbruch sein kann, auch weil die richterliche Genehmigung gerade und zusätzlich einem Mißbrauch entgegenwirken soll.«

Nun geht es hier zum einen nicht um den Mißbrauch, sondern schon um den mit Tötungsabsicht vorgenommenen Gebrauch des Rechts auf Behandlungsabbruch; vor allem ist aber von einer Gerichtsbarkeit, deren obere Instanzen so zielstrebig und im Wortsinne bedenkenlos auf eine Freigabe der »Euthanasie« zusteuern, eine sinnvolle Kontrolle schwerlich zu erwarten. Wie auch, ist doch der »mutmaßliche Wille« der Betroffenen, der die Tötungsmaschinerie steuern soll, eine äußerst vage Angelegenheit. In dem vom BGH-Strafsenat entschiedenen Fall (s. KONKRET 7/95) reichte schließlich aus, daß eine Riege von sieben Zeugen aufmarschierte und beteuerte, die Patientin, deren Tötung beschlossen werden sollte, habe schon immer Angst vor Krebs gehabt und eine Abneigung gegen Intensivmedizin an den Tag gelegt. Was scherte es da noch, daß die Frau weder Krebs hatte noch auf einer Intensivstation lag? Auch in dem vom OLG Frankfurt verhandelten Fall zeigte sich schließlich, daß der »mutmaßliche Wille« der Patientin so klar offensichtlich doch nicht war: In der Neuverhandlung vor dem Amtsgericht zogen die Angehörigen ihren Antrag auf Abbruch der künstlichen Ernährung zurück. Einerseits habe sie der Medienrummel zu stark belastet, andererseits habe aber auch die Kritik an dem Urteil die Diskussion in der Familie wiederaufflammen lassen und offensichtlich doch Bedenken hervorgerufen, ob eine Tötung durch Nahrungsentzug tatsächlich dem Willen der Frau entsprochen hätte.

Daß die Patiententötung im Frankfurter Nordwest-Krankenhaus nun doch nicht stattfinden wird, stoppt die Bewegung, die das Frankfurter Urteil in die juristische Debatte gebracht hat, allerdings nicht. Wohin die Reise gehen kann, zeigt das Beispiel USA. Hier, wo die Möglichkeit des Abbruchs der künstlichen Ernährung in den achtziger Jahren in fast allen Bundesstaaten in mehr als 50 Leading cases kontrovers diskutiert und vom Supreme Court im Jahr 1991 schließlich grundsätzlich positiv entschieden worden ist, beschäftigt die Feststellung des »mutmaßlichen Willens« immer wieder die Gerichte. Dabei ist zum einen zu beobachten, daß Angehörige gelegentlich mit großer Entschiedenheit sehr gegensätzliche »mutmaßliche Willen« konstruieren, so daß kritische Juristen in Anlehnung an den eigentlich erforderlichen »informed consent« von einem »invented consent« sprechen; zum anderen versuchen Angehörige mittlerweile auch in Fällen, in denen die Patienten nicht im Wachkoma liegen, einen Ernährungsabbruch durchzusetzen.

Der prominenteste Fall ist der von Michael Martin, der 1987 bei einem Autounfall schwer versehrt wurde und Hirnverletzungen erlitt, die zu einem mehrmonatigen Koma führten. Als Folge des Unfalls sind noch heute seine Bewegungs- und Kommunikationsfähigkeiten erheblich eingeschränkt. Seine Frau Mary, die auch das Betreuungsrecht innehat, erbat schließlich die Erlaubnis, Michael Martins künstliche Ernährung abbrechen zu dürfen, da sich sein Zustand nicht mehr bessern würde. Im Verfahren behauptete sie, ihr Mann habe den mutmaßlichen Willen zu sterben. Seine Schwester und seine Mutter bestritten das und verwiesen überdies darauf, daß Michael Martin zwar schwer behindert sei, aber doch mit seiner Umwelt in Kontakt trete. Mehrere Instanzen sprachen Mary Martin das Recht auf Ernährungabbruch zu, der Oberste Gerichtshof von Michigan entschied in letzter Instanz dagegen, weil es die Beweise für den »mutmaßlichen Willen« Michael Martins nicht für ausreichend erachtete. Ein juristischer Beobachter des Verfahrens, Wesley Smith, kommentierte den Ausgang dennoch kritisch: »Was wäre aber gewesen, wenn er ein Patiententestament vorab unterzeichnet hätte? Hätte nicht die Tatsache, daß er wach ist, Bewußtsein hat und sich mit seiner Umwelt wie auch immer verständigt, ausschließen müssen, daß er von Ernährung und Flüssigkeitszufuhr abgekoppelt wird?« Die Antwort, die die Verhältnisse auf Smith' Frage geben, ist eindeutig: nein.

Daß auch in der Bundesrepublik die Entwicklung keinen grundsätzlich anderen, sondern höchstens einen schlimmeren Verlauf nehmen würde (weil hierzulande der Normierungs- und Standardisierungszwang weitaus höher ist als in den pluralistisch geprägten USA), legen die Argumente jener Juristen nahe, die immer stärker die Debatte konturieren. Schon der Bundesgerichtshof hat erläutert, daß der »mutmaßliche Wille«, wenn keine konkreten Anhaltspunkte vorliegen, aus den allgemein üblichen Ansichten geschöpft werden müsse. Andere Juristen haben vorgeschlagen, auf das dem »mutmaßlichen Willen« immerhin noch innewohnende individuelle Moment gänzlich zu verzichten und statt dessen nach dem objektiv zu ermittelnden Lebensinteresse der Patienten zu fragen. Begründet wird das oftmals mit dem Verweis auf die ansonsten gegebene Möglichkeit, unter Berufung auf einen »mutmaßlichen Willen« am Lebensende Therapien über den medizinischen Standard hinaus zu erhalten.

Tatsächlich geht es also nicht um die Selbstbestimmung im Sterben, sondern um die Verschiebung der Behandlungs-Standards: Deswegen ist die Erarbeitung der neuen Behandlungsrichtlinien für die »Sterbebegleitung« ebenso eine Konsequenz der gegenwärtigen Entwicklung wie der Versuch des Bundesausschusses von Krankenkassen und Kassenärztlicher Vereinigung, die Gewährung künstlicher Nahrung aus dem Leistungskatalog zu streichen, damit es für die

Angehörigen wenigstens teuer wird, wenn sie schwerkranke Patienten am Leben lassen, statt ihnen den »selbstbestimmten« Tod durch Verhungern zu besorgen. Günther Jakobs, Befürworter der Sterbehilfe, hat die absehbare Entwicklung knapp und nüchtern skizziert: »Sollte der Behandlungsverzicht üblich werden, so verändert sich auch, was für Ärzte als Standard zu gelten hat, und bei einem nicht ermittelbaren Willen wird ebenso verfahren werden, gegen die erweiterte passive Euthanasie helfen dann - durchaus ermittelbare - Proteste nur so lange, bis sie als Skurrilität einzelner Zurückgebliebener abgetan werden können. Analog wird es sich bei der direkten Euthanasie verhalten. In einer Gesellschaft, die auf die Frage nach dem Sinn des Lebens ebensowenig eine allgemeine Antwort weiß wie auf diejenige nach dem Sinn von Leid, wird die Schwelle dessen, was an Leid drohen muß, um einen Todeswunsch vernünftig dartun zu können, immer tiefer gelegt werden.«

Konkret 09/98, S. 40

gruppe demontage

Le FIS est le Fils du FLN

In den 60er und 70er Jahren galt der »islamische Sozialismus« der algerischen Befreiungsbewegung FLN der internationalistischen Linken als Musterbeispiel für die Entwicklung von Trikont-Ländern. Heute zeigt sich, daß das ein Fehler war

Wenige Tage vor dem Inkrafttreten des »Gesetzes zur allgemeinen Anwendung der arabischen Sprache« Anfang Juli dieses Jahres, das Arabisch zur alleinigen Amtssprache in Algerien erklärt, wurde der populäre Sänger Matoub Lounes ermordet. Lounes hatte sich nicht nur für die Rechte der als Berber bezeichneten Bewohner der Kabylei eingesetzt, die fast ein Drittel der algerischen Bevölkerung ausmachen und die bis heute systematisch aus der algerischen Gesellschaft ausgegrenzt werden. Er war auch ein erklärter Feind des Islamismus. Zum Mord an Lounes soll sich zwar ein Kommando der GIA (Groupes Islamiques Armés / Bewaffnete Islamische Gruppen) bekannt haben. Dennoch schließt man in Algerien nicht aus, daß der Geheimdienst für den Anschlag auf den Regimekritiker verantwortlich ist. Zu offensichtlich paktiert gegenwärtig die Regierung mit den Islamisten; beide bekämpfen jegliche demokratische Opposition. Dieses Bündnis zwischen der algerischen Regierung und den islamischen Kräften ist nicht neu. Es ist einerseits eine Folge der spezifischen Form der französischen Kolonialpolitik in Algerien, andererseits aber vor allem das Ergebnis der Politik der algerischen Befreiungsbewegung FLN (Front de Libération Nationale) seit Beginn des Unabhängigkeitskampfes.

Die französische Kolonialisierung in Algerien verlief anders als etwa in den nordafrikanischen Protektoraten Marokko und Tunesien. Dort blieben die vorkolonialen Verwaltungsstrukturen zu einem Großteil erhalten. Algerien dagegen war eine Siedlungskolonie mit direkter Verwaltung durch Frankreich. Das Land wurde als »integraler Bestandteil des Mutterlandes« angesehen und in Form dreier Départements dem französischen Staat einverleibt. Dies führte zu einer tiefgreifenden Spaltung der algerischen Gesellschaft. Während die französischen Siedler in Algerien vollwertige Bürger Frankreichs blieben, hatte der größte Teil der kolonialisierten Einwohner einen minderwertigen Rechtsstatus. Erst ab Mitte der 40er Jahre erhielten Teile der »modemisierten« arabisch-muslimischen Eliten die französische Staatsbürgerschaft.

Fordistisches Entwicklungsmodell

Der französische Siedlungskolonialismus hinterließ eine umfassende Infrastruktur -Straßen, Eisenbahnnetz und Häfen. Nach der Unabhängigkeit 1962 baute das Entwicklungskonzept der Befreiungsregierung auf diese Infrastruktur auf und forcierte einen Industrialisierungsprozeß, der über die Förderung und den Export von Erdöl und Erdgas sowie deren Raffinate finanziert wurde. Mehr als 90 Prozent der Exporte wurden von den staatlichen Erdölgesellschaften bestritten. Den technologischen Vorsprung Europas hielt man für die Ursache der kolonialen Abhängigkeit. Eine hochmoderne Industrialisierung erschien dem FLN als einziger Weg, diese Abhängigkeit zu durchbrechen. Für deren Finanzierung wurden Einschränkungen im Konsumbereich und der Verzicht auf Sozialleistungen durchgesetzt. Algerische Studenten gingen zur Ausbildung an technische Hochschulen im Ausland. Gleichzeitig wurde dort eine hochbezahlte technische Elite angeworben.

Zentraler Bestandteil des ökonomischen Entwicklungsmodells war der Aufbau einer Schwerindustrie, die in 19 Staatskonzernen zentralisiert wurde. Es entstanden riesige Eisen- und Petrochemiefabriken. Die Großanlagen wurden in den meisten Fällen schlüsselfertig von westlichen, meist französischen Firmen geliefert. Damit war Algerien allerdings für Jahrzehnte von westeuropäischen Experten und Ersatzteilen abhängig. Die unmittelbare koloniale Verwaltung war einer neokolonialen technologischen Abhängigkeit gewichen.

Über den Aufbau der Schwerindustrie sollten auch die Voraussetzungen für eine Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft geschaffen werden. Dafür wurden Traktoren und Düngemittel produziert. Parallel dazu versuchten Teile der Regierung, eine Agrarreform voranzutreiben. An diesem Vorhaben brachen jedoch massive Widersprüche im Staatsapparat auf. Einige Parteimitglieder des FLN halfen Großgrundbesitzern, ihre Besitzungen vor der Verstaatlichung zu bewahren.

Mit dem Ziel einer Importsubstitutionspolitik verstaatlichte man auch den Außenhandel. Über die binnenmarktbezogene Industrialisierung sollte eine autozentrierte Entwicklung gewährleistet werden. Wie bei der Agrarreform traten auch in der Frage der Verstaatlichung des Außenhandels Widersprüche innerhalb der Partei auf Je offensichtlicher die ökonomischen Krisenerscheinungen wurden, desto stärker polarisierten sich die Vorstellungen über die Entwicklung der algerischen Gesellschaft. Befürworter eines liberalen Entwicklungsmodells machten die sozialistische Politik und insbesondere die Verstaatlichung des Außenhandels für die ökonomische Misere verantwortlich. Umgekehrt warfen die Anhänger der Verstaatlichung den Liberalen vor, sie wollten Algerien an ausländische Firmen verscherbeln und die Agrarreform torpedieren.

Islamischer Sozialismus

Das fordistische Akkumulationsmodell in Algerien wurde von Anfang an auf eine Weise reguliert, deren fester Bestandteil der Islamismus war. Im Konzept des »islamischen Sozialismus« des FLN waren die gegenwärtigen gesellschaftlichen Probleme bereits angelegt. Nach seiner Gründung im Jahr 1954 hatte der FLN die bestehenden Parteien aufgefordert, sich aufzulösen und insbesondere ihre militanten Kämpfer dem Unabhängigkeitskampf zur Verfügung zu stellen. Daraufhin lösten sich die wichtigsten Parteien in den FLN auf. Während die Kommunistische Partei Algeriens (KPA) und die populärste nationalistische Partei PPA-MTLD relativ geringen Einfluß innerhalb des FLN erlangten, nahmen die Mitglieder der UDMA (Partei der liberalen Bourgeoisie) und insbesondere die Ulemas (religiöse Gelehrte) innerhalb der politischen Führung binnen kurzer Zeit zentrale Positionen ein. Ihr Einfluß vergrößerte sich vor allem deshalb so schnell, weil die Vorstellungen von einer islamischen »algerischen Identität« schon seit längerer Zeit von der PPA-MTLD popularisiert worden waren.

Der Glaube an eine »nationale Identität« war eng verknüpft mit der Propagierung einer einheitlichen algerischen Sprache. Eine Förderung der gesprochenen Populärsprachen algerisches Arabisch und Tamazight - der Sprache der Berber, die von knapp einem Viertel der 29 Millionen Algerier gesprochen und in lateinischer Schrift geschrieben wird - hätte eine zügige Alphabetisierung der Bevölkerung bewirken können. Heute noch liegt die Analphabetenrate bei Männern bei ca. 30 Prozent. Bei Frauen ist sie annähernd doppelt so hoch. Statt dessen erklärte der FLN nach seiner Machtübernahme ein künstliches Arabisch, eine Mischung aus erstarrtem Koran-Arabisch und modernen Neologismen, zur einzigen offiziellen Sprache. Dieses Arabisch ist, um den politischen Spagat dieses Erlasses zu verdeutlichen, vom gesprochenen Umgangsarabisch so weit entfernt wie das Lateinische vom Französischen.

Die Entscheidung des FLN, dem größten Teil der Bevölkerung eine Fremdsprache aufzuzwingen, hatte für die weitere Entwicklung in Algerien weitreichende Folgen. Der Arabisch-Unterricht an Schulen mußte ehemaligen Koranlehrern überlassen werden, da nur sie Hocharabisch sprechen und vermitteln konnten. Mit der Sprache transportierten sie aber gleichzeitig ein äußerst konservatives Kultur- und Wertesystem. Da die Schüler an den Schulen gleichzeitig Französisch lernten und Hocharabisch weder eine technische Ausbildung erlaubte noch eine Umgangssprache war, sprachen die Schüler weiterhin französisch. Der FLN antwortete mit der Einrichtung sogenannter »monolingualer Klassen«, in denen der Unterricht gänzlich auf Arabisch abgehalten wurde. Diese Entscheidung wiederum hatte Auswirkungen auf die Hochschulen. Absolventinnen und Absolventen monolingualer Klassen konnten nicht an den naturwissenschaftlichen Fakultäten studieren. Der Staat förderte daraufhin die Errichtung islamischer Institute für das naturwissenschaftliche Studium und die Schaffung von »arabisierten Bereichen« für die Gesellschaftswissenschaften.

Mit seiner Förderung des Hocharabisch und seiner Distanzierung von der Kommunistischen Partei Algeriens - die KPA war offiziell verboten, ihre Nachfolgerin PAGS wurde vom FLN geduldet und für Regierungsprojekte instrumentalisiert - hat der FLN, und zwar auch die sozialistischen Teile der Partei, die heutige Situation mitzuverantworten. »Le FIS est le Fils du FLN« (Der FIS ist der Sohn der FLN), lautet ein algerisches Wortspiel. Damit ist nicht gemeint, daß der Islamismus den algerischen Nationalismus einfach nur perpetuiert. Vielmehr entwickelte sich der Islamismus in Algerien »immer parallel und in Konkurrenz zum Nationalismus. Manchmal stand der Islamismus in Gegnerschaft zum Nationalismus, manchmal, wenn dieser hegemonial war, paßte er sich dem Nationalismus an. Der Islamismus war historisch betrachtet jedoch nie prä- oder postnationalistisch«, faßt der an der Universität in Algier arbeitende Wissenschaftler Ali EI-Kenz prägnant zusammen.

Durch die spezifische Form des französischen Kolonialismus in Algerien bildeten sich zwei Pole des Widerstands heraus. Der eine war in erster Linie kulturalistisch orientiert und wurde von Teilen der Gesellschaft getragen, die von der Kolonialmacht rassistisch diskriminiert wurden. Aus ihnen ging ein großer Teil der »Ulemas«, der religiösen Gelehrten, hervor. Der zweite war mit sozialen Gruppen verbunden, die in einem höheren Maße von der französischen Gesellschaft integriert worden waren. Dazu zählten große Teile der städtischen Bevölkerung und die organisierte Arbeiterschaft. Während die kulturalistisch orientierte Opposition ihre Widerstandskultur in Abgrenzung von der Kolonialmacht bestimmte und der Arabisierung der algerischen Gesellschaft eine zentrale Rolle zuwies, wurde der Widerstand von den sozialistisch oder westlich-demokratisch orientierten Gruppen unter positivem Bezug auf Frankreich definiert. Sie sprachen französisch und waren an Auseinandersetzungen mit der Arbeiterschaft im Westen interessiert. Vor diesem Hintergrund entwickelten sich zwei Eliten, die auch schlicht sprachlich nicht mehr miteinander kommunizieren konnten. Der Staat hatte in den ersten Jahren der Unabhängigkeit versucht, sich über ein doppeltes Engagement zu legitimieren: über die ökonomische und soziale Entwicklung des Landes und über die Wiederaneignung des »kulturellen Erbes«. Daraus ergab sich von Anfang an eine Aufgabenteilung, in der die westlich ausgerichteten Eliten den ökonomischen Bereich und die kulturalistisch-islamistisch ausgerichteten Eliten den gesamten Bildungsbereich übernahmen.

Ökonomische Krise und patriarchales Rollback

Ende der 70er Jahre geriet mit dem wirtschaftlichen Entwicklungsmodell auch die Regulationsform und die politische Machtstruktur Algeriens zusehends in die Krise. Die wirtschaftliche Entwicklung war von einer hohen Inflationsrate, dem Mangel an Konsumgütern, von Wohnungsnot, Defiziten in der Infrastruktur und im Transportwesen sowie einem rapiden Ansteigen der (Jugend-) Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Der schnelle Ausbau der Erdöl- und Erdgasindustrie verschlang ein immenses Investitionsvolumen für Forschung, den Bau von Untersee-Pipelines nach Westeuropa, Tankschiffe, Verflüssigungsanlagen und Ausbildung von Fachkräften. Dadurch stieg die Auslandsverschuldung rapide an. Die Krise verschärfte sich noch dadurch, daß die hochmodernen Industrieanlagen mit erheblich geringerer Produktivität arbeiteten als erwartet. Die Produktion auf Weltmarktniveau war nicht nur technologieintensiv, sondern benötigte auch wenig Arbeitsplätze. Die Erwerbsquote lag in den 70er und 80er Jahren bei 20 Prozent.

Massive Armut prägte die materielle Situation großer Teile der Bevölkerung in den Städten. Trotz einer relativen Absicherung durch Mindestlöhne, subventionierte Grundnahrungsmittel und Krankenversorgung konnte die Lage bis Mitte der 80er Jahre nicht verbessert werden. Die traditionelle Alternative der Auswanderung nach Frankreich stand den Menschen seit dem Einwanderungsverbot Frankreichs 1973 nicht mehr offen. Die mangelnde Umsetzung der Agrarreform führte zu einer weiteren Abwanderung der ländlichen Bevölkerung in die Städte. Dort kam es seit Mitte der 70er Jahre regelmäßig zu wilden Streiks, in deren Verlauf nicht nur für Lohnerhöhungen, sondern auch gegen die Politik der Regierung und ungleiche Verteilungsstrukturen gekämpft wurde.

Nach dem Verfall der Erdölpreise zeichnete sich Mitte der 80er Jahre eine weitere Zuspitzung der Verhältnisse ab. Organisierte sozialistische und demokratische Kräfte, aber auch die Frauenbewegung gewannen in dieser Zeit an Bedeutung und konkurrierten um die Führung der zahlreichen sozialen Bewegungen in den Fabriken, Universitäten und Stadtteilen. In dieser Situation wurden die Frauen endgültig vom Arbeitsmarkt gedrängt. Der Versuch der »Algerischen Nationalen Frauenunion«, mit der Regierung ein Abkommen über die Förderung und Erhaltung von Frauenarbeitsplätzen zu schließen, schlug fehl. Der Ausschluß von Frauen vom Arbeitsmarkt wurde ideologisch gerechtfertigt. In der 1986 vom FLN verabschiedeten Nationalcharta wurde der Beitrag der Frau zu den »produktiven Tätigkeiten« der Gesellschaft in die Familie verlegt. Darüber hinaus wurde festgeschrieben, daß »die Ehefrau ihrem Ehemann gehorchen und ihm jede Ehrerbietung erweisen muß, die ihm in seiner Qualität als Chef der Familie zukommt«. Diese Formulierung stellte bereits einen Kompromiß dar. Erst durch massive Proteste von Frauengruppen wurde der Gesetzentwurf von 1981 gekippt, in welchem noch die Rede von einer »ständigen Vormundschaft« des Mannes über die Frau war. Der algerischen Frauenbewegung war es nur unzureichend gelungen, dem patriarchalen Rollback entgegenzuwirken und die in der Zeit des Unabhängigkeitskrieges erreichten Rechte der Kämpferinnen und Versorgerinnen der Familien zu verteidigen.

Im Oktober 1988 kam es zur sozialen Explosion, allerdings in ganz anderer Form als erwartet. Es waren nicht die Arbeiter von CVI (Complexe Véhicules Industriels), einem Großunternehmen mit 12.000 Beschäftigten, um die sich die Oppositionsparteien und -gruppen in den letzten beiden Jahren bemüht hatten. Es waren auch nicht die Arbeiter der Stahlwerke von EI Hadjar, sondern in erster Linie Erwerbslose, Jugendliche und Anhänger des politischen Islam aus den Vorstädten. Die sogenannten Griesmehl-Unruhen richteten sich insbesondere gegen die hohen Lebensmittelpreise, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit. Dabei wurden Partei- und Regierungsgebäude des FLN angegriffen, Luxushotels in Brand gesteckt und Geschäftszentren zerstört. Der Staat reagierte auf diese Unruhen mit einer Welle der Repression.

Postfordistische Umbrüche

Der Oktober 1988 markierte das Scheitern des fordistischen Entwicklungsmodells nicht nur in ökonomischer, sondern auch in regulativer Hinsicht. Der staatliche Machtapparat war viel zu unflexibel, um auf die Anforderungen des sich verändernden Weltmarktes reagieren zu können. Darüber hinaus hatte es Algerien zu fordistischen Zeiten nicht geschafft, auf dem Weltmarkt eigene Nischen zu besetzen, wie dies beispielsweise Kuba in den Bereichen Mikroelektronik und Biotechnologie ansatzweise gelungen war. Im Verlauf der neunziger Jahre wurden auf Druck des IWF die staatsbürokratischen Strukturen durch Deregulierungs- und Privatisierungsstrategien aufgebrochen. Diese Entwicklung ging einher mit einer Abnahme des Einflusses sozialistischer und demokratischer Gruppierungen. Innerhalb kürzester Zeit übernahmen islamische Gruppen die politische Führung in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Gleichzeitig fand eine Transformation des algerischen Staates statt. Der FLN forcierte eine Entwicklung vom algerischen Einparteiensystem hin zu einem formalen Mehrparteiensystem. Binnen weniger Monate wurde eine Verfassung ausgearbeitet, der 73 Prozent der Wahlberechtigten in einem Referendum im Februar 1989 zustimmten. Algerien wurde verfassungsmäßig zu einer »demokratischen Volksrepublik« mit bürgerlichen Grundrechten. Das Wort »sozialistisch« kam im neuen Verfassungstext nicht mehr vor.

Diese Entwicklungen führten zu einem Kräftemessen zwischen islamischen Gruppen, allen voran des EIS (Front Islamique du Salut) und der Staatsmacht. Der EIS konnte in der Folge den ersten Durchgang der Parlamentswahlen vom 26. Dezember 1991 mit großer Mehrheit für sich entscheiden. Daraufhin wurde der zweite Wahlgang ausgesetzt, am 11. Januar 1992 putschte das Militär. Der damalige Staatspräsident Chadli Bendjedid wurde zum Rücktritt gezwungen, das Parlament

aufgelöst und die Wahl annulliert. Das »Haut Comité d'Etat« (das Hohe Staatskomitee) übernahm die Regierung und verbot am 4. März 1992 den FIS.

Islamismus als dominante Regulationsform

Die Zuspitzung der sozialen Auseinandersetzungen in Algerien ist einerseits das Ergebnis der ökonomischen Umstrukturierung des Weltmarktes und des Zusammenbruchs fordistischer Formen der Akkumulation. Sie ist andererseits das Ergebnis einer gesellschaftlichen Regulation, die dem Islamismus seit Entstehen des algerischen Staates eine zentrale Rolle zuschrieb. Bis in die achtziger Jahre gelang es den ökonomischen Eliten, große Teile der algerischen Gesellschaft über Staatswirtschaft, Mindestlöhne, subventionierte Grundnahrungsmittel und Krankenversorgung in den Staat zu integrieren. Das Jahr 1988 markiert in dieser Entwicklung einen Wendepunkt. Die auf Druck des IWF eingeleitete Privatisierungs- und Deregulierungspolitik des FLN bewirkte zwar durch die verstärkten Möglichkeiten der Gewinnabschöpfung eine erhöhte Investitionsbereitschaft westlicher, insbesondere französischer Firmen. Davon profitierte jedoch lediglich ein kleiner Teil der algerischen Bevölkerung. Für den Großteil der Bevölkerung bedeutete diese Politik eine weitere Verschlechterung ihrer Lebenssituation. Diese Entwicklung entzog der Regierung ihre politische Legitimation, die sie bis dahin zum großen Teil aus der Absicherung der materiellen Lebensbedingungen gezogen hatte.

Die islamistischen Gruppierungen und Parteien ersetzten mit ihren Wohlfahrtsküchen in dem Maße die sozialdemokratischen Abfederungsmechanismen, in dem diese von der Regierung abgebaut wurden. Die Islamisten hatten sich im Lauf der achtziger Jahre vor allem über ihre soziale Arbeit auf kommunaler Ebene in weiten Teilen der Gesellschaft verankert. In den neunziger Jahren hat sich der Islamismus als dominante Regulationsform schließlich durchgesetzt.

Die spezifische Verknüpfung der islamistisch und westlich orientierten Eliten wird in den hiesigen Medien häufig auf einen einfachen Dualismus Islamisten versus Militär reduziert. Diese Verkürzung ist in zweierlei Hinsicht falsch: Zum einen besteht die antifundamentalistische Opposition in Algerien nicht nur aus Teilen des Militärapparates, sondern auch aus großen Teilen der im algerischen Gewerkschaftsbund organisierten Arbeiterschaft, der Frauenbewegung, einem Großteil der Bevölkerung in der Kabylei und sozialistischen und demokratischen Gruppierungen. Weite Teile dieser antifundamentalistischen Opposition sind gleichzeitig Kritiker des Regimes. Zum anderen nutzt das Militär, das sich gegenwärtig mit Hilfe seiner Privatisierungsstrategie in eine Klasse von Privatbesitzern transformiert, die Gewalttaten der Islamisten, um die regimekritische, demokratische Opposition auszuschalten. Das verordnete Arabisierungsgesetz ist ein eindeutiges Bündnisangebot an die Islamisten auf Kosten großer Teile der antifundamentalistischen Opposition.

Im nächsten Heft: Baskenland - Sozialismus in einer »Ethnie«?

Empfehlenswerte Literatur:

Salima Mellah: *Algerien. Momentaufnahmen in einem Land in Aufruhr.* Schwarze Risse Verlag, Berlin 1991

Louisa Hanoune: *Terroristen fallen nicht vom Himmel. Zur aktuellen Situation in Algerien.* Rotpunktverlag, Zürich 1997

Werner Ruf-. *Die algerische Tragödie. Vom Zerbrechen des Staates einer zerrissenen Gesellschaft.* Agenda Verlag, Münster 1997

Konkret 09/98, S. 44

Klaus Bittermann

Hauptsache deutsch

Eine unendliche Geschichte: der Widerstand und das □ andere Deutschland□

Seit Jahren bereits hebt um den 20. Juli herum im Hamburger Speersort ein Wehklagen an über einen »vergessenen Tag«. Das ist die Stunde der »Zeit«-Mitherausgeberin Gräfin Dönhoff, die mal wieder einen Auszug aus ihrem Jubiläumsbuch über den deutschen Widerstand Um *der Ehre □ illen* variiert. »Ein Aufstand des Gewissens« sei die Offiziersrevolte gewesen und »keine soziale Revolution«, verkündete Frau Dönhoff nun (»Zeit«, 16.7.98), und sie dementierte damit, was niemand behauptet hatte, denn daß der 20. Juli eine soziale Revolution repräsentiere, ist allenfalls eine lustige, aber keineswegs eine ernstzunehmende Deutung.

Mit ihrer blumigen Umschreibung des 20. Juli als »Aufstand des Gewissens« machte Frau Dönhoff unfreiwillig klar, daß es sich beim deutschen Widerstand tatsächlich um eine recht introvertierte Angelegenheit gehandelt haben muß - Eike Geisel schrieb einmal, die Widerständler »hatten ein reines Gewissen, weil sie es nie benutzt hatten«. In Joachim Fests Studie *Der S□aa□ss□reich* kann man die Geschichte der gescheiterten Anschläge und Attentate nachlesen; sie verdeutlicht, daß die Offiziere des 20. Juli systematisch alle sich bietenden Gelegenheiten verstreichen ließen und auch nie eine besondere Entschlossenheit an den Tag legten.

Daß sich die Oppositionellen zum Handeln erst durchgerungen haben, als der Krieg verloren war, versucht Frau Dönhoff zu widerlegen, indem sie den Engländern die Schuld in die Schuhe schiebt: Als Chamberlain 1938 nach München kam, habe er mit der »Preisgabe des Sudetenlandes« »dem Widerstand den Boden entzogen«. Vermißt sie an dieser Stelle die »Härte« der Engländer, auf die »die deutsche Opposition soviel Hoffnung gesetzt hatte«, so ist ihr die kompromißlose Politik Churchills auch wieder nicht recht. Gerade dessen Bemerkung im Sommer 1944, es handle sich beim Anti-Hitler-Putsch lediglich »um Ausrottungskämpfe unter den Würdenträgern des Dritten Reichs«, liegt ihr schwer im Magen. Aber was wäre daran falsch? Würdenträger waren sie unzweifelhaft. Und geht man von ihrem erklärten Ziel aus, nämlich Hitler zu beseitigen, dann ist an Churchills Formulierung nichts auszusetzen, auch wenn es schließlich die Falschen erwischt hat. Frau Gräfin aber zürnt, denn »Churchill ging es offenbar darum, die Deutschen zu brechen und nicht zuzugeben, daß sie selber versucht haben, sich zu befreien«. Die Deutschen? Interessant, was Gräfin Dönhoff in der Geschichte des Nationalsozialismus so alles entdeckt, trotz Goldhagen, den sie allerdings auch nicht mag, weil er »den mehr oder weniger verstummten Antisemitismus wieder neu belebt« habe.

Bis auf wenige Ausnahmen würde man den meisten Beteiligten am Widerstand einen großen Gefallen tun, hinge man ihre politischen Überzeugungen nicht an die große Glocke. Vom »Aufstand des Gewissens« z. B. konnte Hannah Arendt rein gar nichts entdecken: »Sieht man sich aber die Dokumente und vorbereiteten Proklamationen derer an, die in den Kreis der Verschwörer vom 20. Juli gehörten und im Falle des Erfolgs das >andere Deutschland< in der Welt und der deutschen Öffentlichkeit vertreten hätten, so kann man sich schwer des Eindrucks erwehren, daß das, was man gemeinhin unter Gewissen versteht, in Deutschland so gut wie verlorengegangen war, ja daß man sich kaum noch bewußt war, wie sehr man selbst bereits im Bann der von den Nazis gepredigten neuen Wertskala stand und wie groß der Abgrund war, der auch dieses >andere Deutschland< von der übrigen Welt trennte.« Und, in einem Brief an Karl Jaspers: »Was ich meine, ist, daß jeder, der politisch auftrat, auch wenn er dagegen war, auch wenn er im geheimen ein Attentat vorbereitete, in Wort und Tat von der Seuche angesteckt war. In diesem Sinn war die Demoralisation komplett.«

Die Seuche bestand darin, daß die Offiziersclique des 20. Juli sich in der Regel aus vormals überzeugten Nazis zusammensetzte, die ein Problem hatten, das nicht etwa in der Vernichtung der Juden bestand, sondern im Treuegelöbnis und in der Frage, ob man den Eid brechen dürfe, den sie Hitler gegeben hatten. Selbst Stauffenberg stimmte den Nazis zu, »die Juden aus ihrer teilweise beherrschenden Stellung im Zeitungs- und Theaterwesen zurückzudrängen« (Hans Mommsen). Und im Oberkommando der Wehrmacht war man sich in der »Notwendigkeit raschen Zugriffs besonders (auf) die jüdischen Komsomolzen als Träger der Sabotage und Bandenbildung« einig.

Nicht einmal bloß Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Juden kann man also den Verschwörern vorwerfen. »Die Akteure«, schrieb Eike Geisel in KONKRET 7/94, »hätten sich mit Eichmann durchaus an einem Runden Tisch zur Judenfrage zusammensetzen können, denn auch sie wollten eine Lösung der Judenfrage, eine >Dauerlösung(. Bei diesem Treffen hätten sie Eichmann dann versichert, sie >hätten die Rassengrundsätze des Nationalsozialismus an sich bejaht, hätten sie aber für überspitzt und übersteigert gehalten< ... Vertraut gewesen wäre Eichmann nicht nur der Ton der Gruppe (>Daß das jüdische Volk einer anderen Rasse angehört, ist eine Binsenweisheit<), sondern auch deren Vorstellung, die Juden in Kanada oder Südamerika anzusiedeln. Das war nichts anderes als eine Reprise des >Madagaskar-Projekts<, mit dem sich Eichmann 1940 beschäftigt hatte.«

Die Rede vom »anderen Deutschland« ist Ausfluß eines absichtsvollen Mißverständnisses der Deutschen über sich selbst. Die amerikanische Kriegsreporterin Martha Gellhorn hatte schon unmittelbar nach Kriegsende die Entdeckung machen müssen, daß die Deutschen, je länger man den Leuten auf der Straße zuhörte, in Wirklichkeit ein einig Volk von Widerstandskämpfern gewesen waren.

Das »andere Deutschland« gehört allerdings nicht nur zum Gründungsmythos der »Bunzreplik« (Kurt Scheel), sondern wurde ebenso vom »Sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat« reklamiert. Auch die Politik der KPD während des Nationalsozialismus war kein Ruhmesblatt der Geschichte des Widerstands, denn wer als Parteimitglied den Hitler-Stalin-Pakt für keine gute Idee hielt, dem konnte es passieren, daß er unter tätiger Mithilfe der Partei im KZ landete. Die ans Messer gelieferten Antifaschisten waren später schnell vergessen bzw. wegretuschiert; was für die SED zählte, war nur der Widerstand der linientreuen Kommunisten. Unabhängig davon jedoch, wer in den zweifelhaften Genuß kam, als Ehrenretter der Nation mißbraucht zu werden - einen Widerstand mit einiger Aussicht auf Erfolg hatte es nicht gegeben. Im Unterschied zum Widerstand in den von den Nazis besetzten Ländern konnte er in Deutschland weder mit Zuspruch rechnen, noch hatte er eine Basis, und deshalb repräsentiert er nichts als den persönlichen Mut Einzelner.

Das »andere Deutschland« hat, wie Wolfgang Pohrt einmal schrieb, »für die schlechte Kontinuität der deutschen Geschichte mehr geleistet als alle rechtsradikalen Traditionsverbände zusammen«, denn der Begriff hat auf beiden Seiten durch das vaterländische Gerede vom »anständigen und sauberen Deutschen« das völkische Denken tradiert, welches bereits der Propaganda der Nazis zugrunde lag. Gerade jene Leute, schrieb Pohrt weiter, »die von den Nazis schikaniert worden sind, haben jene Denkmuster konservieren können, die allgemein verbreitet und akzeptiert sein müssen, damit die Nazis Erfolg haben können. Eben der Umstand, daß sie nicht durch Kollaboration mit den Nazis kompromittiert waren., hat es ihnen ermöglicht, wichtige Punkte der Übereinstimmung mit der Nazi-Ideologie zu ignorieren und solche Denkgewohnheiten später zu rehabilitieren.«

Auch heute noch werden Tugenden wie Ordnung und Sauberkeit beschworen, wenn nostalgisch an das »andere Deutschland« á la DDR erinnert wird, Tugenden, die ja auch bei den Nazis hoch im Kurs standen. Der Vizepräsident des Internationalen Buchenwaldkomitees Emil Carlebach schrieb vor einigen Wochen: »Wer in diesem Staate den jungen Menschen ein Vorbild der Sauberkeit und des Gemeinsinns geben will, der orientiert sich an der Kämpfertruppe in der Gedenkstätte Buchenwald, die weltweit zum anerkannten Symbol geworden ist.« Daß derlei Waschzwangrhetorik nicht den Rechten überlassen wird, ist der »Jungen Welt« zu verdanken, die Carlebachs Artikel abdruckte. Zu dieser Überzeugung gehört auch das Gerede vom »anderen Deutschland«, ein bißchen sozialistischer und besser vielleicht, in der Hauptsache aber: deutsch.

Konkret 09/98, S. 45

Peter Fasel

In diesem Sinne - Selige Ustaschen

Anfang Oktober wird der Papst nach Kroatien reisen und am Wallfahrtsort Marija Bistrica unter den wohlgefälligen Augen Franjo Tudjmans den Primas des 1941 gebildeten Unabhängigen Staates Kroatien (7VDH), ErzbischofAlojzije Stepinac, seligsprechen. Stepinac arbeitete, wie der jugoslawische Historiker Vladimir Dedijer notierte, »völlig im Sinne des Ustascha-Regimes«. Das Vorhaben der Klerikalfaschisten, in dessen konsequenter Umsetzung Stepinac »das Werk Gottes« erkennen wollte, formulierte der kroatische Kulturminister seinerzeit folgendermaßen: »Grundlage für die Bewegung der Ustaschen ist die Religion. Für Minderheiten wie Serben, Juden und Zigeuner haben wir drei Millionen Kugeln. « Oder so einer der mordenden und brandschatzenden Franziskaner-Pater: »Alle Serben in möglichst kurzer Zeit zu töten. Das ist unser Programm. «

Stepinac leitete das enge Zusammenwirken zwischen den politischen Häuptern des NDH unter dem Poglavnik (Führer) Ante Pavelic und dem katholischen Klerus Kroatiens. Der von Pavelic, dem »göttlichen Ustaschen«, hochdekorierte Erzbischof fungierte als Militärvikar der Kroaten und war Abgeordneter in deren Scheinparlament. 1945 übergaben die Ustaschen Stepinac, dem sie offenbar grenzenlos vertrauten, einen Großteil des Goldes, das sie ihren Opfern geraubt hatten, zur Aufbewahrung.

Die Ustaschen, Verbündete der Nazis, errichteten zahlreiche Todeslager und ermordeten, häufig kommandiert von katholischen >Seelsorgern<, in den wenigen Jahren ihrer Herrschaft unter grauenvollsten Umständen Hunderttausende von Serben und einige zehntausend Juden und »Zigeuner«. Viele orthodoxe Christen wurden zur römisch-katholischen Konfession zwangsbekehrt. Dies geschah unter der geistlichen Führung des Primas Stepinac, der noch kurz vor dem Ende des NDH ein Manifest zugunsten Kroatiens veröffentlichte.

Erst im Herbst 1946 wurde der Ustaschen-Bischof verhaftet und zu 16 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Der Vatikan entfaltete eine weltweite Kampagne zugunsten seines neuen Märtyrers, der spätestens seit dieser Zeit ein Aspirant auf die Seligsprechung gewesen sein dürfte. Schon 1951 ließ man Stepinac frei, und Pius XII. erhob ihn bald in den Kardinalsrang. Nachdem das dem Vatikan verhaßte Jugoslawien Anfang der neunziger Jahre, wieder mit nicht unmaßgeblicher Unterstützung der römisch-katholischen Kirche, erneut zerschlagen worden ist, sieht Wojtyla die Zeit zum Handeln in der Sache Stepinac für gekommen, nicht zuletzt, um den kroatischen Nationalismus weiter zu stärken.

Konkret 09/98, S. 45

Michael Schilling

In diesem Sinne - Dopium des Volkes

Waren die Nachrufe auf den Kommunismus doch verfrüht? Seine französische Abteilung, die im ersten Jahr ihrer Regierungsbeteiligung die Expropriation der Expropriateure durch die Privatisierung der Versicherung GAN und der Regionalbankengruppe CIC sowie die Übertragung von Staatsanteilen an France Télécom, Air France, der Militärelektronik-Firma Thomson-CGF und deren Schwester Thomson Multimèdia auf die Bourgeoisie vorangetrieben hat, konnte in einem anderen letzten Gefecht einen unerwarteten Triumph erringen: durch die Schikanierung der Pedaleure. Genossin Marie-George Buffet, Ministerin für das Sportwesen, ließ mehrere Teilnehmer der Tour de France wegen der Einnahme pharmazeutischer Produkte festnehmen, polizeilich mißhandeln und vom Rennen ausschließen.

In einer Gesellschaft, in welcher der kleine Angestellte, der den Chef um hundert Mark Gehaltserhöhung bitten will, sich Mut antrinkt, der Abteilungsleiter Nikotin und der Regisseur Koks einzieht, der Flugreisende Valium einschmeißt, der Abiturient Captagon schluckt, der Anwalt Aspirin kaut, der Durchschnittsmensch (BRD) 1. 250 Pillen im Jahr schluckt, in der ohne Drogen keine Skatrunde, kein Geschäftsabschluß und kein Geschlechtsverkehr zustande käme, mußte ein Zeichen gesetzt werden. Sogar das Zentralorgan des Klassenfeindes, die »FAZ«, zollte der roten Jeanne d‘Arc im Leitartikel Lob: »Dieser Betrug muß aufgedeckt und bestraft werden. Notfalls mit staatlicher Macht wie in Frankreich. «

Es kämmt darauf an, die Welt zu verändern, hatte ihr Urvater ihnen gesagt, in eine, deren Bewohner aus dem »wirklichen Elend« befreit wären, das sie in die Religion treibt, jenes einzige »Opium«, welches dem Volk damals zugänglich war -als »eine Art geistigen Fusels, in dem die Sklaven des Kapitals ihr Menschenantlitz, ihren Anspruch auf ein nur halbwegs menschenwürdiges Dasein ersäufen« (Lenin). Die Befreiung vom wirklichen, dem Elend des Kapitals haben die Genossen aus dem Programm gestrichen. Jetzt streichen sie den Sklaven den Fusel. Der Kommunismus geht wieder um in Europa - als Kehrwochen-Philosophie. Marxisten aber wählen Festina.

Konkret 09/98, S. 45

Wolf-Dieter Vogel

In diesem Sinne - Steilvorlage

Die Nachricht aus Karlsruhe kam zum richtigen Zeitpunkt: Gerade hatte Maik W aus Grevesmühlen ausgeplaudert, wie er am 18. Januar 1996 mit seinen drei Freunden das Flüchtlingsheim in der Lübecker Hafenstraße in Brand gesetzt habe, da entschieden sich die Bundesrichter für die Aufhebung des Urteils gegen Safwan Eid. Protokolle abgehörter Gespräche zwischen dem Libanesen und seinen Angehörigen, denen selbst Lübecker Strafverfolger oder die Bundesanwaltschaft wenig Beweistaugliches hatten entnehmen können, sollen nun doch für Aufklärung sorgen. Dabei war schon mit dem Freispruch vom vergangenen Jahr das Verfahren nicht so abgeschlossen worden, wie man es von einem Prozeß erwarten konnte, in dem der Vorwurf gegen den Angeklagten nicht erhärtet werden konnte. Nun werden die Karten neu gemischt - die Joker hat der 3. Senat des Bundesgerichtshofes (BGH) jedoch schon mal zugunsten der Ankläger verteilt. Deutschlands obersten Richtern gilt als ausgemachte Sache, daß im Lübecker Brandprozeß »gewichtige, den Angeklagten belastende Umstände«festgestellt worden seien. Wie diese » Umstände« -etwa die Festlegung des Brandausbruchsortes im ersten Stock, durch die das Gericht eine Täterschaft von Hausbewohnern nahelegt -ins Urteil diktiert wurden, auf das sich die Karlsruher Richter nun berufen können, ist bis heute ungeklärt. Noch wenige Wochen vor dem Richterspruch hatte der Senatsvorsitzende Rolf Wilcken wissen lassen, »eine hinreichende Belastung« sei »nach dem jetzigen Stand nicht gegeben«. Hatte er im April noch die Möglichkeit eingeräumt, der oder die Brandstifter hätten in das Gebäude eindringen können, so hieß es im schriftlichen Urteil, diese »Denkmöglichkeit« sei nicht ernstlich in Betracht zu ziehen.

Der 3. BGH-Senat, bekannt als Hardliner- Trupp etwa im Verfahren gegen die kriminalisierte Zeitschrift »radikal«, konnte sich also auf gute Vorarbeit stützen. Entsprechend eindeutig sind die Signale an die Kieler Richter die sich nun mit dem Fall beschäftigen müssen: Zahlreiche »gewichtige belastende Umstände«plus einige Bandaufnahmen abgehörter Gespräche sollten doch ausreichen, um den Libanesen zu überführen. Daß die Zulassung der Revision, wie sie von den Bundesrichtern nur in zehn Prozent aller Fälle ausgesprochen wird, nicht gerade als Lobeshymne auf das Lübecker Urteil gilt, weiß man auch in Kiel. Eine zweite »Pleite«, die erfahrungsgemäß zu einem weiteren Gang nach Karlsruhe führen würde, ist also nicht zu erwarten. Zumal niemand einzuschätzen vermag, wie oft der junge Mann aus der mecklenburgischen Kleinstadt sein Geständnis noch wiederholen will. Und solange gegen den Libanesen verhandelt wird, kann gegen Maik W und seine rechtsradikalen Freunde keine Anklage erhoben werden.

Konkret 09/98, S. 46

Rayk Wieland

Kunst & Gewerbe

Sorge, wem Sorge gebührt

Sigrid Löffler, Vorsteherin des Feuilletons der »Zeit« und bekannt aus einer Kabarettsendung im Fernsehen, trägt in ihrem Blatt unter dem Titel *Hybride / Die Salzburger Festspiele verderben ihre Exklusivität* eine Beschwerde vor: *Ach, Sie waren nicht in A ix, um Peter Brooks »Don Giovanni zu sehen? Macht nichts, vielleicht erwischen Sie ihn demnächst in Stockholm oder in Mailand. Bei Bob Wilsons Salzburger »Danton« konnten Sie auch nicht dabeisein? Ist nicht weiter schlimm: Ab Herbst läuft die Inszenierung am Berliner Ensemble. Und wenn Sie die neue Theaterperformance von Robert Lepage in Salzburg verpaßt haben, dann ist das kein Malheur Diese Produktion reist rund um den Globus und gastiert zwischen Toronto, Lissabon und Sydney praktisch überall. Es gibt doch längst so etwas wie ein ideelles Gesamtfestspiel, gleichförmig, ubiquitär und prinzipiell austauschbar.*

Das Lamento der Spesenkröte, die Exklusivität ihrer öden Kulturbetriebsevents verdürbe, wenn sie, qua Ubiquität, andere als die paar annoncierten Großkotziers anderweitig zu sehen bekämen, teilen wir nicht wirklich. Zwar möchten wir die Losung »Schafft zwei, drei, viele Salzburgs« nicht ausgeteilt wissen, eins genügt vollkommen. Doch es ist angenehm zu sehen, daß Leute, die keine Sorgen drücken, durchaus meinen können, welche zu haben. Es gibt gewissermaßen ein Menschenrecht auf Sorgen. Und es sind die fettesten Kröten / bekanntlich in den schwersten Nöten.

Schlacht um die Schlachtung

Seit den sechziger Jahren hantiert der Österreicher Aktionskünstler und Kleinbürgerschreck Hermann Nitsch mit Eingeweiden, Blut und Kadavern, er trat mit Brunst- und obszönen »Abreaktionsspielen« sowie Orgien-Mysterien-Ritualen hervor, schüttete Bilder meist mit Blut oder roter Farbe voll, saß kurze Zeit wg. unsachgemäßer Kadaverbeseitigung und Ruhestörung ein und war zwomal Teilnehmer der documenta. Seine Kunst ist von der unerhörten Art, daß sie die Katholische Kirche und Tierschützer provoziert. Anfang August hat Nitsch auf seinem Schloß in Prinzendorf ein »6-Tage-Spiel« veranstaltet, das mit seinen Schlachtungen und Blutorgien die österreichische Öffentlichkeit erneut in eine schwere Schlacht um Für und Wider verwickelte. Michael Scharang hat aufgeschrieben, was von der Kunst des Schüttens und denen, die sich über sie ereifern, zu halten ist:

Der Fall Nitsch ist kein Kulturkampf sondern ein Ringen um Gleichbehandlung. In einer Gesellschaft, in der Geist und Kunst sich frei bewegen können, wollen Geistlosigkeit und Kitsch sich ihr angestammtes Recht auf' Exhibition nicht beschneiden lassen.

Wie andere auch hat Nitsch ein Faible für Religion (sie sei »immer das Wesentliche«) und für Alkohol. Ihm allerdings ist es geglückt, dieser Vorliebe in seinem Kunstgewerbebetrieb berufsmäßig zu frönen. Die Neigung zum Beruf zu machen, davon können andere nur träumen. Deshalb beneiden sie Nitsch. Und sofern sie sich für den Neid schämen, ergreifen sie für ihn, Nitsch, Partei. Die sich nicht dafür schämen, gehen weiter: Sie hassen Nitsch. Sie kriminalisieren ihn sogar, ihn, der sich an nichts so genau hält wie das Gesetz. Das ist kriminell.

Dabei tut doch jeder nur. was er muß. Der eine muß geschäftlich in die Welt hinaus, säße aber lieber wie Nitsch vor einem Barockschloß als eine Mischung von Landpfarrer, Schmähtandler und Weinbeißer mit roten Wängelchen, Rauschebart und Schlapphut. Nitsch hingegen möchte gern in die weite Welt, muß aber in einem Barockschloß sitzen, wo er darüber sinnt, wie er von dort wegkommt.

Von den zwei Möglichkeiten, die er hat, ist er mit einer bereits erfolgreich gescheitert: mit dem Schütten. Er schüttet irgendwas irgendwohin und sagt, das sei ein Schüttbild. Die Kulturpolitik zeigt sich zwar begeistert von dieser jedermann verständlichen und deshalb demokratiepolitisch verlockenden Einheit von Intention des Künstlers (der Künstler will schütten), künstlerischem Schaffensprozeß (der Künstler schüttet) und Kunstwerk (das Ergebnis ist ein Schüttbild). Das Publikum zeigt sich allerdings gelangweilt, denn es ist verwöhnt vom Künstler Rainer, der die moderne Kunst schon längst zur Allgemeinverständlichkeit vergattert hat: Er versprach zu übermalen, übermalte dann, und heraus kam eine Übermalung. Die Kulturwelt, lange genug von Kunstwerken überfordert, feierte diesen Sieg der Einheit enthusiastisch. Für Nitsch aber hatte sie nur mehr ein bedauerndes Nicken.

Damit ihm das nicht wieder passiert, damit er unvergleichbar wird, plündert Nitsch die Kultur- und Religionsgeschichte, stoppelt historische Versatzstücke nach historischen Vorbildern zusammen, wobei es obendrein für alles eine historische Erklärung und eine historische Wurzel gibt. Wären dabei nicht auch Religion und Tiere im Spiel, und witterten nicht Kirche und Tierschützer eine Chance, auf sich aufmerksam zu machen, hätte sich eigens für Prinzendorf ein Weltverband der Bildungsspießer konstituiert und die Patronanz über den dortigen Faschingsumzug übernommen.

So zu tun, als ließe sich kritisch, gar kunstkritisch etwas über diesen Umzug sagen, hieße, sich in ihn einzureihen. Die Debatte um Nitsch kann deshalb kein Ende nehmen, weil jedermann Kritik üben will, obwohl es doch nur triviale Vorgänge zu beschreiben gibt. Auch wird Populisten fortwährend populistisch vorgerechnet, was Religion und Kunst nicht alles gemeinsam hätten. In Wirklichkeit ging und geht es Kunst darum, zuerst sich vom Mythos, dann von der Religion loszulösen - ohne allerdings, wie die Aufklärung es tat, Mythos und Religion zu denunzieren.

Wenn kein Gegenstand existiert, den zu kritisieren es lohnt, wird Kritik zwangsläufig zur Demagogie, werden Meinungen zu Bastionen. Hinter der einen verschanzen sich die Verfolger, hinter der anderen die Beschützer. Zum Glück merken sie nicht, daß sie längst zum Hauptbestandteil des Nitsch-Theaters geworden sind. Sonst müßte es zusperren; der Rausch hieße nicht mehr Orgie und der G'spritzte nicht mehr Mysterium.

Das wäre schade. Nitsch würde mir, wenn mich angesichts meiner Kontoauszüge eine Lebenskrise befällt, nicht mehr zurufen.»Ich zeige Wege auf wie wir versuchen können, das Leben und die Schöpfung zu bewältigen. « Bislang war es so, daß mir schon bei der Vorstellung, mit Nitsch die Schöpfung zu bewältigen, das Blut in den Adern erstarrte. Er wiederum war böse auf mich, weil er mit erstarrtem Blut nicht arbeiten kann. Doch vielleicht klappt es ein andermal.

Kiefers Wichse

Von Anselm Kiefer, dem Maler hochdekorierter Gemälde mit Überbreite, ist ein neues Buch erschienen. *Zwanzig Jahre Einsamkeit* benamst, enthält es, Seite für Seite, sein körpereigenes Ejakulat. »Der tatsächliche Inhalt des Buches«, schreibt er in der Einleitung, »ist eingetrockneter menschlicher Samen, der auf die einzelnen Seiten in darauffolgenden Tagen vom Autor selber ejakuliert wurde. Es ist ein sowohl materieller Inhalt (denn man kann die einzelnen honiggelben Flecken sehen) als auch ein virtueller, wenn man an die millionenfach nicht zum Zuge gekommenen Möglichkeiten denkt, die in einem nur einzigen Tropfen dieser eingetrockneten Flüssigkeit stecken.« Das Buch erscheint in der beachtlichen Auflagenhöhe von 2.000 Exemplaren, hundert pro Jahr, in der Edition du Regard in Paris.

Niemand will sicher wissen, was Kiefer *bei* der Herstellung des Werkes sich gedacht hat. Interessanter dünkt, über die allgemeinästhetischen Maßgaben zu spekulieren, die er *vorher* erwog. Der Künstler, überlegte Kiefer womöglich, wird vom Betrieb ständig aufgefordert, sein Innerstes, Ureigenstes und Unverwechselbares abzuliefern, in dem sein Genius sich fortzeugt. Das Werk sollte nicht leicht zu fälschen sein. Und es sollten ihm die Anmaßungen des Betriebs wie der Gesellschaft gleichermaßen gleichgültig, wenn nicht verabscheuungswürdig erscheinen. Auch begründet es keine geistigen Werte, sondern hält sich materialästhetisch an den Materialismus des Materials. Schön wäre eine provokative Geste, die dem Publikum gibt, was des Publikums ist, und die zugleich Autonomie des Künstlers und Vergeblichkeit seines Tuns würdigt. Alles das hat Kiefer mit den Möglichkeiten eines Mannes, der er ist, ins Werk erlöst. Mut und Radikalität seines Vorgehens erheischen Respekt. Nach ihm wird kommen: nichts Nennenswertes.

Amüsant ist allerdings die Vorstellung, wie diejenigen, die dieses Buch erworben haben, mit ihm verfahren werden. Stellen sie's nur ins Regal, oder blättern sie bisweilen darin, um aus den Konfigurationen der Flecken den Saft ihrer Träume zu ziehen? Zeigen sie's herum, verleihen sie's? Und wie erörtern sie, was die Lektüre ihnen mitteilt? »Unsereiner verdient nur mit gewöhnlicher Scheiße sein Geld, die Künstler schaffen's sogar mit Wichse?«

Nein, auch dafür hat Kiefer gesorgt: Sein Buch, das nichts als Wichsvorlage, als Lust auf dem Papier ist, braucht keine Leser. Daß Leser es brauchen können, ist auch nicht wahrscheinlich. Wann hatte große Kunst ein Publikum? Und wann hatte ein Publikum große Kunst?

Wählt Kohl!

Viel Häme erntete und satirische Verschwörungstheorien hervorrief der Versuch der CDU, sich mittels eines Remakes der einstmals ostdeutschen »Neuen Berliner Illustrierten« (»NBI«) eines Wählerpotentials zu versichern, das sie nicht mehr hat und dem noch die schönfärberische sog. »Informationspolitik« der SED in schlechter Erinnerung ist. Von den Mutmaßungen, welche über deren Dummheiten angestellt worden waren, war die unwahrscheinlichste die, daß sie künftig noch zu toppen sein würden. Diese ist mit der CDU-»NBI« nun eingetroffen. Die Headlines sind: »Ein Land voller Superlative«, »Wo Deutsche sich begegnen, schwinden die Vorurteile«, »Uran-Gebiet bald wieder Kurparadies«, »Die Guinness-Rekordler aus dem Osten«, »Zu gewinnen: Ein schnittiger BMW 316i« und, dick auf dem Titel: »Der Kanzler und Miß Germany aus Halle: Gemeinsam sind wir stark«. Im Heft sind keine Seiten, die besonders großartig wären. Alles in ihm ist großartig. Von den Postwende-Errungenschaften im Osten hervorhebenswert sind die »Rekorde«, mit welchen er Eingang »in das berühmte Guinness-Buch« gefunden hat. Die Zeitung zählt sie alle auf. der größte aufblasbare Dinosaurier (13 Meter); der größte aufbackbare Dresdner Stollen (4,5 Meter lang, 1,65 breit, 0,7 hoch); das höchste Fahrrad (8,08 Meter hoch); den höchsten Nußknacker (5,87 Meter hoch) sowie das größte Trabi-Sachsenring-Zeichen (202 Trabis). »Auf diese Rekorde sind wir stolz« dekretiert die Zeitung, und vermutlich stimmt das sogar.

Als ausgemacht kann gelten, daß Satire »alles« darf. Doch was kann sie noch können, wenn die Realität immer schon auf der Höhe bestmöglicher Satire sich befindet?

Konkret 09/98, S. 49

Joachim Rohloff

Wiehern für Schröder

Den Kulturminister Naumann, der kein Kulturminister sein darf, hat Jürgen Flimm sich ausgedacht. »Eine Mischung Daus Rosamunde Pilcher und Sartre stünde uns gut an«, beschloß er, und weil es an Pilchern nicht fehlt, ein Sartre aber nirgendwo zu rekrutieren ist, tat er sich vor einigen Monaten mit Günter Grass, Erich Loest, Marius Müller-Westernhagen, Oskar Negt und Schröder zusammen, um über Kultur zu reden. Die »geistig-moralische Wende der Nach-Kohl-Ära« brauche einen »übergreifenden Kulturbegriff«, konstatierte Flimm. Da wisse er was, sagte der Nach-Kohl. Einer seiner Vorgänger im Amt des Kanzlerkandidaten, Björn Engholm, habe vor Jahren den Ausspruch getan: »Ästhetik ist alles, was wir mit unseren Sinnen wahrnehmen.« Ob das nicht auch für die Kultur gelte? Quatsch, erwiderten die anderen, und der Kulturbegriff wurde einstimmig vertagt. Zweitens sei eine glanzvolle Kultur vonnöten und eine glanzvolle Repräsentanz derselben in Berlin, Brüssel und in der Welt. Wie aber ließe Glanz sich erzeugen? Durch Musik, meinte Flimm. Durch Sprache, ergänzte ein anderer. »Glanz liegt auch in der Love Parade«, behauptete ein dritter. Da lachten alle. Schließlich fragte Schröder seine Berater, wer denn am besten geeignet sei, zu definieren, zu repräsentieren, Aktivitäten zu bündeln und Diskurse anzuschieben. Naumann, sagte Flimm, und Schröder zog einen Brief aus der Tasche: Ein Herr Naumann aus New York habe ihm geschrieben und das seit Jahrzehnten überfällige Bundeskulturministerium dringend angemahnt.

Derselbe Naumann hatte seine Jugend in der Studentenbewegung vertan, dann aber das »Zeit-Magazin« gegründet, das Auslandsressort des »Spiegel« und den Rowohlt-Verlag geführt und diesen vom Makel einer linkslastigen Backlist befreit. Rowohlts Angestellte hatten, als der Posten eines obersten Chefs vakant wurde, eigentlich Freimut Duve gewollt, die Pressefreiheit in Gestalt des Eigentümers Holtzbrinck aber hatte gesiegt In diesem Kulturkampf, sagt Naumann, habe er sich »ein kühles Gemüt im Umgang mit Menschen antrainiert«. Doch seitdem er zwei New Yorker Verlage leitet, hat er sich zur »Graswurzel-Demokratie« bekehrt. »Ich möchte etwas vom amerikanischen Partizipationsgeist nach Europa zurückbringen, indem ich selber politische Aufgaben übernehme.« Demokratie ist, wenn ich Minister werde, das muß jedem Aspiranten unmittelbar einleuchten.

Naumann wurde also zum Schattenstaatsminister für Kultur ernannt und flog ein. Was Schröders Kulturberater, denen sich alsbald auch Arnulf Conradi (Bertelsmann) und Dieter Gorny (Sony-EMI) zugesellten, eigentlich mit ihm und der Kultur vorhaben, bleibt bis heute schleierhaft. Der Auftrieb erinnert von ferne an die seligen Zeiten Willy Brandts, als zahlreiche Intellektuelle sich vom damaligen Kandidaten für »mehr Demokratie«, eine neue Ostpolitik und eine Reform des Bildungswesens ins Geschirr spannen ließen. Sie bekamen am Ende die Berufsverbote.

Für mehr Demokratie wird Naumann kraft seiner bloßen Anwesenheit im Bundeskanzleramt sorgen, die sozialliberale Ostpolitik ist längst an ihrem Ziel, und Bildung für alle überfüllt die Universitäten. Flimm gab 1993 aus Protest gegen die Abschaffung des Asylrechts sein sozialdemokratisches Parteibuch unter angemessenem Getöse zurück. Folglich habe sein heutiges Engagement »doch nichts mit der SPD zu tun. Ich kenne Schröder persönlich.« Entsprechend bescheiden sind seine kulturpolitischen Wünsche: Man müsse »endlich aufhören, U- und E-Kultur zu trennen«, also beispielsweise das Ohnsorg- vom Thalia-Theater. Daß er selbst von dieser Trennung lebt, weil E subventioniert wird, U aber nicht, ist ihm im Wahlkampfgetümmel entfallen. Und für Naumann »war Orpheus der Eric Clapton der Antike«. Der amtierende Kohl aber sei noch »ganz Schillerundgoethe. Wenn's mir einmal schlecht geht, lege ich eine CD von Little Feat auf - der Kanzler Vivaldi«, den Dieter Bohlen des Barock. Überhaupt sei Schröder ja genauso alt wie Mick Jagger, bemerkte Gorny, und das sei auch ein Argument, man wisse nur noch nicht, wofür.

»Erleichtert atmet man auf. Endlich weht ein Lüftchen. Das hat Geist und Pfiff«, jubelte die »Zeit«. Ein allgemeines »Palaver« (Schröder) setzte ein, und plötzlich schien auch die »Sprachlosigkeit auf beiden Seiten der ehemaligen Mauer« (Flimm) überwindbar. Deshalb widmete Naumann sich zunächst dem ehemaligen Holocaust. Ein Mahnmal in Berlin sei erstens vom Übel, erinnere die Monumentalität seines Entwurfs doch an die Architektur eines Albert Speer, zweitens ohnehin überflüssig, da man zahllose Denkmäler in Gestalt der Konzentrationslager besitze. Es gelte also, »jene Gedenkstätten in ganz Deutschland zu pflegen, in denen die Unmittelbarkeit, aber auch die Unvermittelbarkeit des Holocaust aufbewahrt ist«. Gerade wegen ihrer Abgelegenheit sind sie uns besonders nahe, man muß allerdings, um die Unvermittelbarkeit unmittelbar zu spüren, ziemlich weit fahren. Ein Mahnmal jedenfalls trüge zum kulturellen Glanz der Hauptstadt wenig bei, wäre vermutlich nur ein weiteres Symbol »deutscher Selbstkasteiung«.

Der meinungsstarke Mann hielt auch seine Meinung zum Wiederaufbau des Stadtschlosses nicht lange zurück. »Die Psychologie der Schloß-Gegnerschaft rührt aus dem fabelhaften Vokabular der Kritischen Theorie her, das die Herrschaftsaspekte der Kunst betont.« Naumann aber will mit dem Schloß gar nicht die Monarchie wieder aufrichten, sondern historisches Unrecht beheben. Denn »so wie Walter Ulbricht persönlich Todesurteile gegen Dissidenten verhängt hat, so hat er auch ein Todesurteil gegen das Schloß ausgesprochen. Es geht also um Rehabilitation eines Bauopfers, um

Wiedergutmachung.« Das Hohenzollernschloß, wenn es gebaut würde, wäre sein eigenes Mahnmal und trüge doch, ebenso wie das Holocaust-Mahmnal, wenn es nicht gebaut würde, zu der schönen Illusion bei, in den letzten hundert Jahren wäre nichts Nennenswertes geschehen.

Der letzte sozialdemokratische Kanzler dilettierte öffentlich auf der Orgel, wollte jedoch von einer Kulturpolitik des Bundes nichts wissen. Schröder wird, wenn er die Gelegenheit bekommt, Kulturpolitik als Wirtschaftsförderung betreiben - ebenso wie alles andere auch. Zu diesem Zweck soll Naumann nach Hollywood reisen und, damit es Til Schweiger nicht ebenso ergeht wie Hans Albers, der sein Lebtag keinen Oscar bekam, deutsch-amerikanische Koproduktionen stiften. Ferner soll er die beschränkte kulturpolitische Kompetenz der Bundesregierung, die bisher auf ein halbes Dutzend Ministerien verteilt ist, samt der zugehörigen Etats an sich bringen. Kritiker bangen um den Föderalismus, und die derzeitigen Amtsinhaber sträuben sich, obwohl sie ohnehin nicht mehr betroffen wären, gegen eine Minderung ihrer Befugnisse. Einer, auch wenn er demnächst Schily heißt, verdient jede Unterstützung. »Da wird der Bundesfilmpreis verliehen«, mäkeln die Berater, »und wer kommt und hält die Rede? Kanther. Da steht doch jeder aus der Kulturgemeinde betroffen da und fragt sich: Muß das sein?« Ja, das muß sein. Denn diese schöne Tradition erinnert daran, daß die deutsche Filmindustrie einst von Ludendorff begründet wurde. Und auf den Anblick einer Katja Riemann und eines Detlev Buck, wie sie alljährlich bei der Preisverleihung vorm Polizeiminister ihren Knicks machen, möchte man doch ungern verzichten.

An Naumanns Statt könne man auch ein Pferd zum Kulturminister designieren, meinte die »Süddeutsche Zeitung«. In der Tat hätte eine solche Berufung mindestens zwei Vorteile: Pferde sind gemeinhin sogar jünger als Mick Jagger, und sie hören am liebsten Ernst Busch.

Konkret 09/98, S. 50

Karl Rössel, Abderrahmane Bouguermouh

Der vergessene Hügel

»In der Berberregion Algeriens droht der offene Bürgerkrieg«: Interview mit dem Filmemacher Abderrahmane Bouguermouh aus Algerien. Mit einer Einleitung zu Geschichte und Vorgeschichte seines Films »La Colline Oubliée«

Am 14. Juni 1830 landeten die ersten französischen Truppen in der Nähe von Algier. Damit begann, gegen erheblichen Widerstand der Bevölkerung, die Besetzung Algeriens. In den folgenden 132 Jahren zerschlugen die europäischen Kolonialherren die Grundlagen der bestehenden Gesellschaft, die von arabischen und islamischen Einflüssen sowie von der Kultur der traditionellen Bewohner der Region, der Berber, geprägt war. (Ein einheitliches Staatsgebilde gab es damals innerhalb der heute existierenden Grenzen Algeriens nicht.) Zwar können die Auflösungserscheinungen der gegenwärtigen algerischen Gesellschaft nicht allein auf die durch die Kolonialisierung verursachten Entfremdungs- und Zerstörungsprozesse zurückgeführt werden, doch wirken diese bis heute nach und sind zumindest mitverantwortlich für das, was in Algerien derzeit geschieht.

Die Landwirtschaft Algeriens zum Beispiel, die bis dahin der Selbstversorgung der Bevölkerung gedient hatte, wurde vollständig umfunktioniert, um Güter für den europäischen, vor allem französischen, Markt produzieren zu lassen (Wein, Weizen, Orangen etc.). Die Franzosen jagten die algerischen Bauern von ihrem Land und degradierten sie zu Billiglohnarbeitern in Diensten der französischen Siedler (»colons«). Anders als Marokko und Tunesien, wo die einheimischen Verwaltungsstrukturen auch unter der französischen Kolonialherrschaft zumindest teilweise weiter bestanden, wurde Algerien eine Siedler-Kolonie. Vor Beginn des Befreiungskrieges im Jahre 1954 herrschten eine Million Franzosen als weiße Elite über 10 Millionen Algerier in einem auf brutaler Ausbeutung und Unterdrückung beruhenden, Apartheid-ähnlichen Kolonialsystem. Die damals hergestellte ökonomische Abhängigkeit Algeriens vom europäischen Markt sollte dem Land auch nach der Unabhängigkeit wenig Spielraum lassen. So mußte die Befreiungsbewegung FLN noch 1962 in dem mit der französischen Regierung in Evian ausgehandelten Unabhängigkeits-Vertrag die weitere Ausplünderung der Bodenschätze (insbesondere der reichen Erdgas- und Erdölressourcen des Landes) durch französische Konzerne zulassen. Erst 1971 konnten diese Industriezweige nationalisiert werden, worauf Frankreich mit einem Wirtschaftsboykott gegen Algerien antwortete. Die Hauptabnehmer der algerischen Erdöl- und Erdgasvorkommen sind bis heute Europa und die USA, die stets die Geschäftsbedingungen diktierten. So hat zum Beispiel das vom IWF 1994 erzwungene Strukturanpassungsprogramm die desolate soziale Lage der Bevölkerung weiter verschärft und damit den Islamisten neue Sympathisanten in die Arme getrieben.

Zweifellos haben Mißwirtschaft, Korruption und zentralistische Machtanmaßung der aus der Befreiungsbewegung hervorgegangenen einheimischen Elite das heutige Desaster in Algerien wesentlich mitverschuldet. So beschränkten sich die ehemaligen Befreiungskämpfer in der Regierung nach ersten, von revolutionärer Rhetorik geprägten Aufbruchsjahren vor allem auf die Sicherung der eigenen Pfründe. Durch die Verankerung der hierarchischen, im Befreiungskrieg entwickelten militärischen Befehlsstrukturen in der algerischen Nachkriegsgesellschaft vermochten sie ihre Machtpositionen bis in die achtziger Jahre zu sichern. Eine relevante Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen oder eine demokratische Kontrolle der Regierungspolitik gab es praktisch nicht. Dann allerdings wurde das wirtschaftliche Desaster, in das die Herrschenden - in stiller Kollaboration mit ihren ausländischen Geschäftspartnern - das Land geführt hatten, offensichtlich.

Der Aufschwung der Islamisten, die sich 1991 anschickten, die Parlamentswahlen zu gewinnen, was ein Militärputsch verhinderte, ist jedoch nicht allein damit zu erklären. Daß sie mit ihrer simplen, religiös verbrämten Propaganda (Rückkehr zu Tradition, arabischer Sprache und islamischer Gesetzgebung zwecks Lösung aller Probleme) in Algerien mehrheitsfähig wurden, ist auch ein Resultat der kulturellen Entwurzelung und Entfremdung der algerischen Bevölkerung während der Kolonialzeit.

Vor der Kolonialzeit hatten die meisten Algerier lesen und schreiben gelernt: in islamischen Koranschulen. Die französischen Kolonialherren verboten Sowohl diese Schulen als auch den Gebrauch der arabischen Sprache. Damit machten sie nicht nur Generationen von Algeriern zu Analphabeten, sondern sie sorgten damit auch dafür, daß die arabisch-islamischen Traditionen des Landes den Nimbus des Widerständigen erhielten. Die FLN trat schon im Befreiungskrieg für die Schaffung eines »islamischen Staates« ein, und alle Regierungen Algeriens seit der Unabhängigkeit hielten am Islam als Staatsreligion fest. Sowohl die aktuelle Propaganda der Islamisten wie das jüngste Arabisierungs-Gesetz der Regierung knüpfen somit an diese, letztlich von den französischen Kolonialherren mit geschaffenen Überzeugungen an.

Neben der arabisch-islamischen Kultur gab und gibt es in Algerien die auf der masirischen Sprache und auf eigenständigen Traditionen beruhende Kultur der Berber, die bis heute einen bedeutenden Teil der Bevölkerung Algeriens - etwa ein Drittel -stellen. Nach dem Motto »Spalte und herrsche« verstanden es die französischen Kolonialherren, die vorhandenen Widersprüche zwischen den Berbern und den arabischen Bewohnern des Landes für sich zu nutzen. So wurden einigen

Berbern Funktionen in der französischen Administration zugestanden, während gleichzeitig ihre Sprache und Kultur ebenso ausgegrenzt und marginalisiert wurden wie die arabisch-islamischen Traditionen des Landes.

Nach 1962 setzten die Regierenden des unabhängigen Algeriens diese Ausgrenzung der Berber fort. Dabei hatte die Bevölkerung der Kabylei, der zentralen Berberregion etwa 100 Kilometer östlich von Algier, eine nicht unwesentliche Rolle im Widerstand gegen die französische Kolonialmacht gespielt. Schon 1871/72 hatte es dort Aufstände gegen die europäischen Herren des Landes gegeben. Viele Berber weigerten sich, den Einberufungen zur französischen Armee zu folgen (die schon im Ersten Weltkrieg Zehntausende Nordafrikaner auf die Schlachtfelder geschickt hatte). Im Zweiten Weltkrieg versprachen die Alliierten, daß Algerien, wie auch andere afrikanische Kolonien, die Soldaten stellten, nach der Niederschlagung Nazideutschlands die Unabhängigkeit erhalten sollte. Schließlich wäre De Gaulles Armee des »Freien Frankreichs« ohne die Hunderttausenden Soldaten aus Afrika kaum handlungsfähig gewesen, da Frankreich selbst von den Nazis besetzt und kontrolliert war. Als jedoch am 8. Mai 1945 Algerier (vor allem in der Kabylei) auf die Straßen gingen, um die angekündigte Unabhängigkeit einzufordern, richteten die französischen Truppen ein Massaker an, bei dem Zehntausende Zivilisten (die genauen Zahlen sind umstritten) ermordet wurden. Dieses Datum steht für den Beginn einer Formierung des antikolonialen algerischen Widerstands in der bewaffneten Befreiungsbewegung FLN (Front de Libération Nationale), die am 1. November 1954 mit Bombenanschlägen auf französische Einrichtungen der Forderung nach der Unabhängigkeit Algeriens Nachdruck zu verleihen suchte. Die Folge war ein achtjähriger Krieg, in dem die französischen Truppen mit modernsten Waffen (darunter Napalm- und Splitterbomben) etwa eineinhalb Millionen Algerier und damit ein Sechstel der Bevölkerung umbrachten. Zwei Millionen Algerier wurden in Konzentrationslagern zusammengepfercht; die Franzosen setzten systematisch die Folter gegen Zehntausende Gefangene ein.

Bei Kriegsende waren fast die Hälfte der Äcker und Felder verwüstet, 60 Prozent der Versorgungsbetriebe, ein Drittel der Straßen und Eisenbahnlinien sowie zwei Drittel der Hafenanlagen zerstört. Noch heute zerfetzen Minen, die von den Franzosen damals entlang den Grenzen zu Marokko und Tunesien gelegt worden waren, algerische Hirten in der Sahara.

Die Region der Berber, die Kabylei, war für die algerische Befreiungsbewegung eines ihrer wichtigsten Rückzugsgebiete. Bei der dortigen Bevölkerung fand die FLN breite Unterstützung, nicht zuletzt, weil einige ihrer Führungskader aus dieser Region stammten. Verbittert reagierten die Kabylen daher, als auch die aus der FLN hervorgegangenen Machthaber des unabhängigen Algerien nach 1962 Sprache und Kultur der Berber ausgrenzten. So kam es schon 1980 in der Kabylei zu einer Revolte gegen die Zentralregierung, nachdem ein Vortrag des Schriftstellers Mouloud Mammeri über die »Poesie der Kabylei« von der Regierung verboten worden war.

Heute stehen die Berber (und ihre politischen Organisationen) zwischen den Fronten der diktatorisch regierenden Machthaber in Algier und den Mordkommandos der Islamisten. Noch vor drei Jahren versprach der amtierende Präsident, Liamine Zeroual, Sprache und Kultur der Berber gleichberechtigt neben der arabisch-islamischen zuzulassen. Doch Zeroual, Repräsentant der in Algerien herrschenden Militärclique, hat inzwischen eine politische Kehrtwendung vollzogen, um sich bei den Sympathisanten der Islamisten anzubiedern. Mit dem umstrittenen »Gesetz zur allgemeinen Anwendung der arabischen Sprache«, das Anfang Juli dieses Jahres in Kraft trat und die Verwendung des Hocharabischen als Amtssprache, in Radio und Fernsehen sowie auf Verkehrsschildern und Werbetafeln vorschreibt, wird nicht nur die französische Sprache der ehemaligen Kolonialherren aus dem offiziellen Leben des Landes verbannt, sondern auch das Masirisch der Berber.

Dies hat zu den aktuellen Revolten in der Kabylei geführt, die sich Ende Juni nach der Ermordung des Berber-Musikers Lounes Matoub, einem der prominentesten Gegner der Arabisierungspolitik, weiter zuspitzten. Bei den jüngsten Protesten in Tizi-Ouzou, der Hauptstadt der Kabylei, gab es bei Auseinandersetzungen mit den staatlichen Sicherheitskräften Tote und Verletzte. Den Islamisten sind die Berber und ihre politischen Organisationen wie das »Rassemblement pour la Culture et la Démocratie« (RCD) schon deshalb ein Dorn im Auge, weil sie für die Trennung von Staat und Religion eintreten. Auch die jüngsten Demonstrationen Hunderttausender Berber in der Kabylei richteten sich nicht nur gegen die staatliche Repression, sondern ebenso gegen den islamistischen Terror, den auch der ermordete Musiker Lounes Matoub stets scharf kritisiert hatte.

Der Film

»La Colline Oubliée« porträtiert das ländliche Leben in Tasga, einem kleinen Berberdorf, in den vierziger Jahren. Von der französischen Kolonialverwaltung ignoriert, kämpfen die Menschen in den verschneiten kabylischen Bergen um ihr Überleben. Ihr Alltag ist von Armut und Elend geprägt: Eine Typhusepedemie rafft im Film auch junge Frauen des Dorfes dahin. (Tatsächlich starben in den vierziger Jahren mehr als 100.000 Menschen in Algerien an dieser Krankheit.) Und auch von den Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs bleibt das abgelegene Bergdorf nicht verschont. Zunächst sind lediglich fremdartige Geräusche aus dem Westen zu hören, aus der Gegend um die Hauptstadt Algier: Kriegsgetön von Bomben und Schüssen. Dann bringt der Postbote den jungen Männern von Tasga die Einberufungsbescheide zur französischen Armee.

Einige weigern sich, in diesen »Krieg der Europäer« zu ziehen, der sie nichts angeht, und verstecken sich in den Bergen. Andere sehen sich gezwungen, dem Stellungsbefehl zu folgen.

Vor diesem Hintergrund erzählt Abderrahmane Bouguermouh in einfachen Bildern von den Hoffnungen und Enttäuschungen der beiden Studenten Mokrane und Menach. Sie stammen aus Tasga und fragen sich, warum sie weiterhin in der Stadt Jura studieren sollen, wenn den Menschen dieser Region doch keine Rechte zugestanden werden, die sie verteidigen könnten. Beide sind verzweifelt, weil sie in den Krieg ziehen sollen und weil ihre Liebesbeziehungen unglücklich bleiben: Der eine begehrt die verheiratete Davda, eine verbotene Beziehung, die aufgrund der strengen Bräuche in dem Dorf tödlich enden könnte. Der andere ehelicht die junge Aazi, die kinderlos bleibt und deshalb von ihrer Schwiegermutter zur Verzweiflung getrieben wird.

Der Film zeichnet kein romantischverklärtes Bild der Berbertradition, sondern er beschreibt offen die Konflikte der Jungen mit den starren Regeln der Alten und die Auseinandersetzungen der armen Tagelöhner mit den reichen Großgrundbesitzern. »Der Frühling hält bei uns nicht lange vor«, schreibt Mokrane in sein Tagebuch, das die Geschichte des Films enthält. Und ein Bauer sagt: »Das Leben ist hart in diesen vergessenen Bergen.«

Der Regisseur

Der heute 62jährige Filmemacher Abderrahmane Bouguermouh wurde am 25. Februar 1936 in Ouzellaguen, einem kleinen Berberdorf in der Kabylei, geboren. Als Neunjähriger wurde er am 8. Mai 1945 in Sétif Augenzeuge des Massakers, das die französische Armee an der algerischen Zivilbevölkerung anrichtete. In den fünfziger Jahren, während des Befreiungskrieges, studierte Bouguermouh an der Filmhochschule IDHEC in Paris. Weil Bouguermouh die Befreiungsbewegung FLN unterstützte, wurde er in Frankreich mehrfach verhaftet. Nach der Unabhängigkeit kehrte er voller Hoffnung nach Algerien zurück, konnte jedoch keines seiner Filmprojekte verwirklichen. Vielmehr sah er sich - wie viele Intellektuelle aus der Kabylei - staatlicher Repression ausgesetzt. 1973 arbeitet er mit an dem Film »Chronique des années de braise« von Mohamed Lakhdar Hamina. Ende der siebziger Jahre konnte er erstmals Filme für das algerische Fernsehen drehen und 1987 seinen ersten Spielfilm »Cri de Pierre«, der ihm neuerliche Schwierigkeiten mit den Staatsorganen einbrachte.

In diesem Sommer hielt sich Bouguermouh vier Monate lang als Gast der Heinrich-Böll-Stiftung in der Nähe von Köln auf, um unbehelligt an einem Roman schreiben zu können: über die Geschichte der Berber seit der Unabhängigkeit Algeriens.

Interview mit Abderrahmane Bouguermouh

Warum haben Sie diesen Film in Masirisch, der Sprache der Berber, gedreht?

Es gibt keine genauen Zahlen, aber es heißt, daß etwa 30 bis 35 Prozent der algerischen Bevölkerung die Berbersprache sprechen. In Wirklichkeit dürften mehr als 60 Prozent unsere Sprache verstehen, aber viele Algerier trauen sich nicht mehr, dies zuzugeben. Sicher ist, daß 90 Prozent der Algerier Berber als Vorfahren haben. Schließlich war ganz Nordafrika ursprünglich von Berbern bewohnt, bevor die Region von verschiedenen Machthabern, erst den Arabern, dann den Franzosen, kolonialisiert wurde. Fakt ist, daß viele Menschen in der Kabylei weder Französisch noch Arabisch sprechen und deshalb die meisten Filme in den Kinos wie auch die Programme des algerischen Fernsehens nicht verstehen.

Welche Rolle spielten die Berber im Befreiungskampf gegen die französischen Kolonialherren?

Die Kabylei ist seit jeher eine hoch politisierte Region. Schon Anfang dieses Jahrhunderts, von 1908 bis 1910, wanderten viele Kabylen aus, um in Frankreich Arbeit zu suchen. Dort lernten sie die Gewerkschaftsbewegung kennen und brachten diese Organisationserfahrungen mit nach Algerien zurück. So entstanden in der Kabylei die ersten Protestbewegungen gegen die französische Kolonialherrschaft. Auch die Gründungsmitglieder der algerischen Befreiungsbewegung FLN in den fünfziger Jahren waren Kabylen. In der Kabylei gab es die erste unabhängige Radiostation. Ohne die Kabylei und den Einsatz der Berberbevölkerung hätte es nie ein unabhängiges Algerien gegeben.

Sie haben die FLN als Student in Paris unterstützt. Mit welchen Erwartungen sind Sie 1962 nach Algerien zurückgekehrt?

Unmittelbar nach der Unabhängigkeit dachten meine Freunde und ich, daß unsere Sprache - neben dem Französischen und Arabischen - auch in den Schulen, zumindest in der Kabylei, gelehrt werden würde. Und wir hofften, Filme in der Region und in Masirisch drehen zu können. Aber auch die neuen Machthaber wollten absolut keine Förderung der Berberkultur. Wir haben die Unterdrückung unserer Sprache durch die Regierung nie erwartet und nie verstanden. Wir gingen dafür ins Gefängnis. Man hat unsere Pässe eingezogen. Wir durften nicht mehr ins Ausland reisen und waren zugleich vom kulturellen Leben unseres Landes ausgeschlossen. An dieser Repression gegen die Berber hat sich danach unter den drei aufeinanderfolgenden Präsidenten Algeriens nichts geändert.

»La Colline Oubliée« ist die Verfilmung eines Romans von Mouloud Mammeri. Wie ist die Idee dazu entstanden?

Mouloud Mammeri habe ich 1957, zur Zeit des Algerienkrieges, in Paris kennengelernt. Er war damals schon ein bekannter Autor und hatte mit *La Colline Oubliée,* dem ersten Roman über die Berber in französischer Sprache, großen Erfolg. Als Unterstützer der FLN hatte er aus Algerien fliehen müssen und konnte sich selbst in Frankreich nicht sicher fühlen. Deshalb lebte er in Marokko, in Paris war er nur zu Besuch. Ich war damals noch ein junger Student, Anfang Zwanzig, und hatte gegenüber diesem bekannten Autor erhebliche Komplexe. Aber als wir uns auf dem Boulevard St. Michel zufällig begegneten, hat er mich sogleich akzeptiert, und wir sind enge Freunde geworden. Nach der Unabhängigkeit im Jahre 1962 habe ich ihn in Algerien wiedergetroffen und ihm erzählt, daß ich als Filmemacher arbeiten wollte. Mir war schon damals klar: Wenn ich jemals einen Film in der Kabylei und in der Berbersprache machen würde, dann »La Colline Oubliée«.

Der Film spielt zur Zeit des Zweiten Weltkriegs. Zwar ist das Dorf Tasga nicht direkt vom Krieg betroffen, aber dessen bedrohliche Konsequenzen sind stets präsent. War dies die reale Situation der Kabylei in jener Zeit?

Mouloud Mammeri hat in seinem Roman persönliche Erfahrungen verarbeitet. Er ist selbst, wie die Studenten im Film, zur französischen Armee eingezogen worden. Er hat den Italienfeldzug auf der Seite der alliierten Truppen mitgemacht und war auch als Soldat in Deutschland, wo er verletzt wurde. Was mich betrifft, so war es ein Ereignis unmittelbar nach dem Krieg, am 8. Mai 1945, das mich nachhaltig geprägt hat. An diesem Tag hat die französische Armee die kabylische Stadt Sétif, in der ich damals lebte, weil mein Vater dort als Lehrer arbeitete, verwüstet. Ich war gerade neun Jahre alt, und es war das erste Mal in meinem Leben, daß ich mich unmittelbar mit dem Tod konfrontiert sah. Unsere Wohnung lag an einem zentralen Platz in Sétif, und ich habe vom Fenster aus gesehen, wie die Franzosen Tausende Algerier massakrierten. In den Jahren zuvor war zwar immer wieder vom Krieg die Rede gewesen. Aber an diesem Tag, als alle Welt tanzte und sang und das Kriegsende feierte, habe ich den Krieg erstmals gesehen.

Welchen politischen Hintergrund hatte das Massaker?

Churchill und Roosevelt hatten versprochen, daß nach dem Ende des Krieges alle Kolonien, die einen Beitrag zur Befreiung Europas vom Faschismus geleistet hatten, ihre Unabhängigkeit erhalten würden. Und General De Gaulle hatte dieses Versprechen in Brazzaville ausdrücklich und auf Algerien bezogen bekräftigt. Am 8. Mai 1945 gab es in Sétif, wie in anderen algerischen Städten, einen Umzug zur Feier des Kriegsendes. Dabei wurden die Fahnen der Alliierten durch die Straßen getragen, und ein paar Jugendliche liefen mitten in diesem Zug mit einer algerischen Fahne, die sie selbst genäht hatten. Vor dem zentralen Café der Stadt versuchten zwei französische Polizisten, diese Fahne zu beschlagnahmen. Als sich die Jungen wehrten, wurden sie einfach niedergeschossen. In einer spontanen Reaktion auf diesen Zwischenfall griffen die »Indigenen«, wie die Algerier damals von den Franzosen genannt wurden, die anwesenden Europäer und ihre Institutionen in der Stadt an. Die Demonstranten hatten keine Waffen, allenfalls ein paar Stöcke und Messer. Trotzdem schossen die französischen Truppen in die Menge und richteten ein Blutbad an; ähnliches geschah, wie wir später erfuhren, auch in anderen Städten des Landes. Allein von meinem Fenster in Sétif aus habe ich mehr als 2.000 Tote gesehen, und ich konnte nur einen kleinen Teil des Platzes überschauen.

Die französischen Autoritäten geben an, daß an diesem Tag des offiziellen Kriegsendes, an den in Frankreich bis heute ein nationaler Feiertag erinnert, 9.000 Algerier umkamen. Die Engländer sprechen von 25.000, US-amerikanische Quellen von 45.000 Toten. Ich bin sicher, daß es noch mehr gewesen sind. Schließlich hat die französische Kriegsmarine, die gerade aus Italien zurückgekehrt war, damals die gesamte algerische Küstenregion systematisch bombardiert.

In einem Museum in Algier habe ich Fotos gesehen, auf denen zu sehen ist, wie die französische Armee Leichenberge auf LKWs lud, um sie außerhalb der algerischen Städte zu verbrennen. Was geschah in Sétif mit den Toten?

Die Franzosen haben in Sétif nicht nur die Leichen, sondern auch Menschen, die noch lebten und lediglich verletzt waren, in eine benachbarte Schlucht geworfen. Die Hauptverbindungsstraße durch die Kabylei führt an dieser Schlucht vorbei, und noch Monate später war die Luft dort vom unerträglichen Gestank der verwesenden Kadaver erfüllt. Die französischen Fallschirmjäger haben in dieser Schlucht ein makaberes Souvenir hinterlassen, eine Inschrift, in der sie bekennen, daß sie dort im Mai 1945 eine Operation durchgeführt haben. Die Inschrift ist heute noch zu sehen, und wer die Schlucht besucht, dem wird man sie zeigen.

Die Ereignisse vom 8. Mai 1945 haben die Illusion, über Verhandlungen mit den Franzosen die Unabhängigkeit des Landes erreichen zu können, endgültig zerstört.

Von diesem Moment an haben sich die politischen Bewegungen in Algerien radikalisiert. In den dreißiger Jahren hatten Organisationen wie die Partei des algerischen Volkes (PPA) zunächst nur Mitentscheidungsrechte, ein algerisches Parlament, gefordert. Auch das »Manifest des algerischen Volkes«, eine Organisation von Intellektuellen um Ferhat Abbas war für einen langsamen Übergang zur Unabhängigkeit eingetreten. Nach 1945 war die Konfrontation eindeutig. Junge Leute gingen damals in den Untergrund, um den Revolutionskrieg vorzubereiten. Sie hatten das Vertrauen zu den bestehenden Parteien verloren. Manche, die sich dem Einberufungsbefehl der französischen Armee entzogen hatten, hielten sich bis zum Befreiungskrieg in den Bergen der Kabylei versteckt. Darauf verweist auch der Film.

Sie haben das Drehbuch zu »La Colline Oubliée« schon Mitte der sechziger Jahre zusammen mit Mouloud Mammeri geschrieben. Warum hat es bis zur Realisierung des Films fast 30 Jahre gedauert?

1968 haben wir das Drehbuch beim Kulturministerium eingereicht. In Algerien läuft alles, was das Kino betrifft, über staatliche Stellen. Eine private Filmindustrie gibt es nicht. Unser Drehbuch wurde abgelehnt, weil es nicht in Arabisch, sondern in der Berbersprache abgefaßt war. In den zwanzig Jahren danach haben mehr als ein Dutzend Kulturminister ebenso entschieden. Ende der achtziger Jahre gab es dann die großen Protestbewegungen gegen die Einheitspartei in Algerien und für eine Liberalisierung des Landes, die zwischenzeitlich tatsächlich zu einer leichten Demokratisierung führten. In dieser Zeit konnten die Behörden unser Drehbuch nicht mehr zurückweisen, und so wurde es 1989 endlich genehmigt.

Trotzdem konnten Sie erst 1993 mit den Dreharbeiten beginnen. Warum?

Die staatliche Filmbehörde hat uns keinerlei Gelder für den Film zur Verfügung gestellt. Schon damals war Algerien in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, und es hieß, alles was luxuriös oder unnütz sei, müsse eingespart werden. Und das war natürlich - wie überall - zuallererst die Kulturförderung und die Filmproduktion. So standen wir wieder am Nullpunkt, da es in Algerien keinerlei Erfahrungen mit der privaten Finanzierung von Filmen gab. Wir haben dann einen Aufruf in der Kabylei verbreitet, und die Leute aus der Region haben schließlich das Geld für den Film aufgebracht. Wir verfügten nicht über die Mittel, die ich mir gewünscht hatte, aber immerhin ist eine Summe zusammengekommen, die es uns erlaubt hat, den Film zu machen.

Die Dreharbeiten begannen zu einer Zeit, als der Terror der Islamisten eskalierte und auch die Repression der Regierung sich zuspitzte. Wie war es unter diesen Bedingungen möglich, in der Kabylei zu drehen?

Wir hatten keine großen Probleme, weil die Menschen in der Kabylei den islamischen Terror ablehnen und die Mordkommandos dort kaum Rückzugsmöglichkeiten haben. Sie dringen manchmal für einen Tag von außerhalb in die Region ein, um ein Attentat durchzuführen, müssen sich dann jedoch sofort wieder zurückziehen. Sie haben in der Kabylei keine logistische Basis. Während der Dreharbeiten wurden wir zudem von lokalen Verteidigungskomitees rund um die Uhr bewacht. Immer wenn wir unterwegs waren, begleiteten uns einige Fahrzeuge mit einheimischen Sicherheitskräften. Die Realisierung unseres Films war für die Menschen in der Kabylei ein Akt des politischen Widerstands, denn sie wußten, daß es in den drei Jahrzehnten seit der Unabhängigkeit noch nie einen Film gegeben hatte, in dem es um ihre Geschichte ging. So war es auch kein Problem, Darsteller für diesen Film zu finden. Alle Akteure stammen aus den Dörfern der Region.

Sie mußten die Dreharbeiten ein weiteres Jahr unterbrechen, weil es an Technikern fehlte und die Witterungsbedingungen i . n den kabylischen Bergen zu ungünstig waren. Danach gab es weitere Schwierigkeiten.

Ich konnte den Schnitt nur telefonisch überwachen. Das Filmmaterial lag in Algier, wo ein Cutter tagsüber am Schneidetisch arbeitete. Aber nachdem ich zwei Attentatsversuchen nur mit Glück entkommen war, konnte ich nicht mehr nach Algier fahren. Es war einfach zu gefährlich für mich, und ich habe mich in der Kabylei verstecken müssen. Nachts habe ich dann den Cutter angerufen, und wir haben das weitere Vorgehen am Telefon diskutiert. Das Resultat war entsprechend unbefriedigend, und schließlich habe ich den gesamten Schnitt in Paris noch einmal machen müssen. Das war dann ein weiteres Jahr später, weil ich so lange brauchte, um die nötigen Devisen für die Studioarbeiten in Frankreich zusammenzubekommen.

1996 war der Film endlich fertig. Ist er in Algerien gezeigt worden?

Die staatliche Filmbehörde hat versucht, den Film totzuschweigen. Sie haben keinerlei Werbung dafür gemacht, und deshalb konnte er in Algier lediglich in einigen kleinen Sälen vor wenig Publikum gezeigt werden. Nur in den 6 oder 7 Kinos der Kabylei lief er vor meiner Abreise im Frühsommer dieses Jahres mit großem Erfolg. Manche Leute haben ihn inzwischen schon zehnmal gesehen, und das sicher nicht, weil es sich um ein besonders herausragendes Kunstwerk handelt, sondern weil in dem Film ihre Sprache gesprochen wird und es darin um ihre Geschichte geht.

Der Roman von Mouloud Mammeri wie auch Ihr Film zeichnen ein deprimierendes Bild von den Lebensbedingungen in der Kabylei in den vierziger Jahren. Was hat sich seitdem verändert?

Die Situation ist immer noch genauso elend, wie sie in unserem Film geschildert wird. Die Kabylei ist eine verfluchte und vergessene Region. Wir leben dort in einer Art Ghetto, und die Unterdrückung hat noch zugenommen. Für uns war es einfacher, mit dem französischen Kolonialismus klarzukommen, der sich offen als solcher bekannte, als mit der aktuellen Repression der algerischen Regierung, die die Arabisierung der Nation auf ihre Fahnen geschrieben hat. Dabei hatte der amtierende Präsident noch vor drei Jahren ausdrücklich versprochen, der Kultur der Berber einen gleichberechtigten Platz neben der arabischen und islamischen einzuräumen. Jetzt hat er, um sich bei den Islamisten anzubiedern, eine völlige Kehrtwendung vollzogen, was von den Berbern als offene Provokation verstanden wird.

Im Juli tauchten erstmals Meldungen von einer bewaffneten Befreiungsbewegung der Berber (MAB) in den Medien auf Was ist davon zu halten?

Noch steckt diese bewaffnete Bewegung in den Kinderschuhen. Aber die Regierung tut derzeit alles, um die Berber gegen sich aufzubringen und eine zweite Front zu eröffnen. Nur werden die Berber nicht -wie die Islamisten - mit versteckten Anschlägen und Attentaten reagieren. Vielmehr droht die Erhebung einer ganzen Region und damit ein offener Bürgerkrieg.

Welche Ziele verfolgen die politischen Organisationen der Berber?

Es gibt verschiedene Organisationen - wir haben immer für politischen, kulturellen und sprachlichen Pluralismus plädiert. Algerien hat keine Überlebenschance, wenn sich die verschiedenen Kulturen nicht gegenseitig tolerieren und akzeptieren. Jenseits von Regierung und Islamisten gibt es ein anderes Algerien, das demokratisch denkt: das Algerien der Berber. Aber selbst aus den Ländern, die sich demokratisch nennen, erhalten Algeriens Demokraten keinerlei Unterstützung. Europa hat andere, ökonomische Interessen in der arabischen Welt, die verhindern, daß es sich mit den Berbern abgibt. Wir kämpfen deshalb in völliger Einsamkeit für die Demokratie.

Konkret 09/98, S. 55

Layla Dawson

Museum ohne Ausgang

Am 16. Juli wurde in Osnabrück das Felix-Nussbaum-Haus eröffnet, das die Sammlung von 140 erhaltenen Werken des in Auschwitz ermordeten Malers aufnimmt. Entworfen hat das Gebäude der amerikanische Architekt Daniel Libeskind - und zwar nicht nur als schlichte Galerie

Planung und Bau eines jeden jüdischen Gebäudes in Nachkriegsdeutschland ist ein Ereignis, das seinen Konfliktstoff aus Erwartungen zieht. Ist es zunächst ein Gebäude und dann erst ein Mahnmal oder umgekehrt? Mit ihren Gebäuden jedenfalls, ganz gleich ob Synagoge, Museum oder Schule, wird die deutsche jüdische Gemeinde zur Kenntnis genommen. Aus der Falle, gebaute »Persilscheine« für ein schlechtes Gewissen zu sein, kommen die Bauten, ungeachtet ihrer architektonischen Bedeutung, dabei nicht heraus.

Den öffentlichen Auftraggebern der neuen Nation sind jüdische Architekten und Künstler nicht nur willkommen, um das schwarze Loch in Deutschlands Geschichte füllen zu helfen, sie sind sogar ausdrücklich eingeladen, an Architektur-Wettbewerben teilzunehmen: von Dani Karavan (Installation am Nürnberger Germanischen National Museum), über Zvi Hecker (Jüdische Schule in Berlin und Duisburger Gemeindehaus), Peter Eisenman und Richard Serra (Berliner Mahnmal für die ermordeten Juden Europas) bis zu Daniel Libeskind (Berliner Jüdisches Museum). Sie alle, die in Deutschland Projekte durchführen, werden, woher sie auch kommen und welche Staatsangehörigkeit sie auch besitzen, zuallererst als Juden definiert. Kaum hatte er sein Berliner Büro gegründet und den internationalen Wettbewerb für das Jüdische Museum gewonnen, mußte sich Daniel Libeskind von einem Berliner Senator anhören: »Sie sind ein jüdischer Architekt, Sie bauen das Jüdische Museum.« Worauf er antwortete: »Ich bin auch in der Lage, anderes zu bauen. Ich bin nicht nur ein Architekt für jüdische Museen.« Der Senator war verblüfft (KONKRET 8/94). Von Juden wird erwartet, daß sie sich an den historischen Reparaturarbeiten einer Kultur beteiligen, die sie und ihre Familien zu Opfern gemacht hat.

Zweierlei Ansprüche werden an ein »jüdisches« Gebäude in Deutschland gestellt: Es sollte zum einen möglichst von einem Juden entworfen werden. Architekten, die sich auf solche Projekte einlassen, werden dadurch auf die Rolle eines »jüdischen Architekten« festgelegt Zweitens sollte die Art des Gebäudes spezifisch »jüdischem Gebrauch« dienen, klar unterscheidbar von anderen religiösen oder ethnischen Gruppen. Das Osnabrücker Felix-Nussbaum-Haus widersetzt sich einer solchen leichten Einordnung. Eigentlich könnte es ein Kunstmuseum wie jedes andere sein, gewidmet dem Werk eines international beachteten deutschen Expressionisten, der zufällig auch Jude war, wäre es nicht nach einem Entwurf ausgeführt worden, der eine Symbiose von Kunst, Geschichte und Architektur anstrebt. Und wäre da nicht die unheilvolle Verwicklung Nussbaums in den Holocaust und seine Fähigkeit, die eigene Lage in Bildern darzustellen und zu reflektieren. Auch unabhängig von dieser Tatsache hätte Nussbaum die künstlerische Qualität seiner Arbeiten einen Platz in jeder Galerie mit Meisterwerken des 20. Jahrhunderts sichern müssen.

Libeskinds Bauwerk ist der Höhepunkt einer Geschichte von epischen Ausmaßen. Felix Nussbaum, geboren 1904 in Osnabrück, studierte in Hamburg und Berlin, bevor er 1932 ein Stipendium in Rom gewann. Er sollte nie wieder nach Hause zurückkehren. Elf Jahre dauerte die Flucht durch Italien, die Schweiz, Frankreich und Belgien, begleitet von der Malerin Felka Platek, die später seine Frau wurde, bis beide in Auschwitz ermordet wurden. Zehn Jahre mühten sich seine überlebenden Verwandten nach dem Krieg, um in den Besitz seiner Werke zu gelangen, fast 30 Jahre brauchte die Stadt Osnabrück, um einen Ort für ihre ständige Ausstellung zu schaffen.

Das Felix-Nussbaum-Haus ist Museum und Biographie. Libeskinds architektonisches Vokabular formt einen Text. Lücken und entleerte Mitte bezeichnen den Verlust, gerichtete Linien und Wege weisen symbolisch auf wichtige Orte außerhalb des Geländes. In die Gartenarchitektur eingesenkte Eisenbahnschienen führen zu Nussbaums »Weg der Hoffnung«, einem metallenen Steg, der schwebend die erhalten gebliebenen Bögen einer Brücke aus dem 17. Jahrhundert überspannt, die während der Ausschachtungsarbeiten entdeckt wurden. Mit diesem zufälligen archäologische Fund bot sich Libeskind die Gelegenheit, in der neuen Architektur sein Leitmotiv für Schichtung und Wechselwirkung von Geschichte sinnfällig einzuarbeiten. Die Brücke hat drei Aufgaben. Als Sackgasse deutet sie auf den Platz, wo früher die Synagoge stand, bevor sie in der Nacht des 9. November 1938 zerstört wurde. Zu Nussbaums Werk steht sie in Verbindung durch das Bild »Die beiden Juden« von 1926, ein Portrait des Künstlers in der Osnabrücker Synagoge.

Der Nussbaum-Steg führt aber auch zu zwei realen Orten: zum »Vertikalen Museum«, einem fensterlosen Betonturm, der zur Installation von Medienkunst dient, und, gegenüber, zum Eingang des Nussbaum-Hauses. Durch eine schwere Stahltür, einem Gefängnistor ähnlich, gelangt der Besucher in den »Nussbaum-Gang«. Er bildet die Hauptachse des Gebäudes, ein auf zwei Stockwerken sich wiederholender rampenartiger Korridor aus nacktem Beton, von dem auf beiden Seiten Ausstellungsräume abgehen. Er endet mit einer blanken Mauer, die einer leeren Leinwand gleicht und für Werke steht, die zu malen Nussbaum keine Zeit geblieben ist. Im Grundriß ist dieser Rampengang auf die Schlikkersche Villa ausgerichtet, Osnabrücks früherem Nazi-Hauptquartier, das heute ironischerweise eine völkerkundliche Sammlung beherbergt. Der enge

und dunkle Korridor, durchschnitten von Spuren natürlichen Lichts, das durch die dreieckige Konstruktion der Betonstützen fällt, soll den Besucher an die Dachkammern oder Keller erinnern, in denen Nussbaum heimlich malen mußte. Steigt man zu den Räumen der Galerie auf beiden Seiten des Gangs hinauf, die sich innerhalb einer zinkverkleideten zweigeschossigen Brückenkonstruktion befinden, begleiten mißtönende Percussionklänge und elektronische Geräusche den Besucher - eine Klanginstallation des Berliner Künstlers Hans Peter Kuhn, die unvermeidlich Unbehagen hervorruft. Kein Ausstellungsraum gleicht dem anderen. Die Böden steigen entweder schräg an oder fallen ab, was in den Besuchern das Gefühl von Unsicherheit noch verstärkt.

Asymmetrische Fenster sind in Bodenhöhe eingesetzt oder um Ecken gefaltet, sie durchbrechen die Wände in Nähe der Decke oder durchschneiden das Dach. Streifen natürlichen Lichts und Schatten, aber auch die Scheinwerfer, die zur Beleuchtung der Bilder dienen, werfen wechselnde Muster auf die Wände der katakombenartigen Räume. Dehnungsfugen in den Industrieböden aus Beton oder die Scheinwerferschienen an den Decken durchkreuzen die Oberflächen in allen möglichen Winkeln. Es gibt scharfe Ecken und spitze Durchblicke, die eine künstliche Perspektive schaffen, in der die Räume auf die Unendlichkeit zuzurasen scheinen. Zeitweilig wird der massive Boden von Metallgitter-Streifen unterbrochen, durch die man Leute im unteren Stockwerk sehen und hören kann. Von unten gesehen erscheinen die Schuhsohlen der über das Metallgitter Laufenden als schwarze Flecken gegen das Licht. Die Atmosphäre ist dicht, verwirrend und voll unguter Gefühle.

In seinem bekanntesten Gemälde »Selbstbildnis mit Judenpaß« hält Nussbaum dem Betrachter seinen Ausweis mit dem eingestempelten »J« und der halb ausgestrichenen Angabe seiner Geburtsstadt Osnabrück entgegen. Er, der sich verstecken mußte, war offiziell unsichtbar, gehörte nirgendwohin. Wie oft haben Felix Nussbaum und Felka Platek in einer Atmosphäre der Angst, in das nur Gerüchte vom Kriegsverlauf oder vom Schicksal der deportierten »Unerwünschten« drangen, vor leeren Leinwänden einander gegenübergesessen und sich gezwungen, die Arbeit fortzusetzen? Gegen Ende des Exils lebten sie in einer Brüsseler Mansarde und malten in einem Keller. Nur Wochen vor ihrer Deportation nach Auschwitz hatte Nussbaum das Bild »Triumph des Todes« vollendet. Heute und in diesen Räumen gesehen, werden diese Bilder als Akt geistigen Widerstands im Angesicht der Verfolgung begreifbar.

Die Architektur Libeskinds enthält erzählerische Momente. In Worte gefaßt, scheinen sie an Kitsch zu grenzen - aber ist es Kitsch, wenn Dani Karavan 1989 Bahngeleise in die Ausstellungshalle der Düsseldorfer Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen legt oder wenn in Yad Vashem ein Güter-Waggon auf Geleisen steht, die nirgendwohin führen? Aus der Wiederholung allein entsteht kein Kitsch, er entsteht erst, wenn sie mit scheinheiliger Rührseligkeit ausgeführt wird. Die Bahnlinien, die auf die Rampe von Auschwitz-Birkenau führten, waren real.

Libeskinds architektonischer Entwurf endet nicht an den Mauern des Felix-Nussbaum-Hauses. Als Teil des Osnabrücker Museums grenzt es an die schon erwähnte Schlikkersche Villa und das ursprüngliche Kulturhistorische Museum, ein 1889 im Neo-Renaissance-Stil erbautes Gebäude aus honigfarbenem Stein. Libeskinds topographisches Konzept verknüpft die auseinanderstrebenden Historien mit den drei Flügeln des Nussbaum-Hauses: Deren Eichenpanele, nackter Beton oder Zinkverblendung stehen für Unschuld der Jugend, Exil und Zukunft. Aufgeschütteter Kies und Pflastersteine markieren in den Rasenflächen Fußpfade, die sich um von Steinsäulen eingefaßte gußeiserne Eingangstore schlängeln und um einen kleinen von Bäumen umsäumten Teich und einen dreieckigen Hof führen, der wie eine romantische, antike Ruine mit zerbrochenen Säulen gefüllt ist, bis man zu Beeten gelangt, die mit Sonnenblumen dicht bepflanzt wurden. Die historischen Überreste, die bis dahin von dichtem Laubwerk überwuchert oder im Boden vergraben waren, kamen während der Bauarbeiten ans Licht. Indem er diese Funde einbezog, hat Libeskind eine Landschaft voller Motive geschaffen, die auch in Nussbaums Bildern zu finden sind.

Nach sechsundsechzig Jahren im Exil fanden die Bilder nur schwer ihren Weg zurück nach Osnabrück. Nussbaums überlebende Verwandte betrieben über Jahre Nachforschungen nach seinen Werken. Auguste Moses-Nussbaum, eine seiner Cousinen, die heute in Israel lebt, erzählte davon bei der Museumseröffnung: »Unsere Anstrengung führte uns und unsere Anwälte durch die Kellerlandschaft der Stadt Brüssel und zu einigen ihrer zweifelhaften Bewohner, gescheiterten Existenzen, die alle etwas gewußt haben, aber trotzdem nichts wissen wollten. Schließlich gelangten wir zu unserem Ziel: Unsere Mittelsmänner entdeckten in einem feuchten Kellergewölbe einen Haufen bemalter Leinwände.« Ober hundert Bilder waren in dem Keller, der einem Zahnarzt gehörte, versteckt. Aber das war erst der Anfang eines langen Kampfes zur Durchsetzung der rechtmäßigen Besitzansprüche vor den belgischen Gerichten. 1969 endlich konnten Frau Moses-Nussbaum und ihre Familie damit beginnen, mit Hilfe alter Kataloge aus Bibliotheken in Israel und Osnabrück die Daten und Titel der Werke zu verifizieren und nach einer ständigen Herberge für die Sammlung zu suchen. In Israel war keine Institution interessiert, letzlich wollte nur das Museum der Heimatstadt Nussbaums seine Bilder haben.

Es ist, als ob sich auf makabre Weise die Geschichte unter umgekehrten Vorzeichen wiederholte, als 1970 Nussbaums Werke illegal über die Grenze nach Deutschland gebracht werden mußten. Damals reiste Frau Moses-Nussbaum samt Mann und Sohn aus Israel ein und mietete einen Wagen, um die Bilder in Brüssel abzuholen und sie ohne amtliche Export- oder Import-Erlaubnis nach Osnabrück zu transportieren. Ihr belgischer Anwalt, selbst ein Auschwitz-Überlebender, war

dagegen, Nussbaums Werke nach Deutschland zu geben. In seinem Brüsseler Büro angekommen, mußten die drei Schmuggler feststellen, daß er in Urlaub gegangen war, ohne sie zu informieren. Als sie endlich Zugang zu den Bilder fanden, verhinderte ein Stromausfall die Benutzung des Fahrstuhls, so daß die mehr als hundert Gemälde über sieben Etagen einer schmalen Wendeltreppe hinabgetragen werden mußten. Zu allem Überfluß begann es stark zu regnen. Erschöpft kommt die Familie nachts in Osnabrück an, um dort aus Brüssel zu erfahren, daß 23 Bilder in der Diele des Brüsseler Hauses zurückgeblieben sind. Sie werden schließlich in einem großen Koffer abgeholt und in einem Kölner Bahnhofsschließfach bis zur Lieferung nach Osnabrück deponiert.

Erst 28 Jahre später besitzt Osnabrück ein angemessenes architektonisches Werk, um sie zu präsentieren. Libeskinds Architektur antwortet auf das, was bis heute von der Moderne übrig geblieben ist. Als Reaktion auf die Bauhaus-Bewegung, die auf überflüssige Details und Ornamente verzichtete und statt dessen auf Funktionalismus und soziale Wirkung setzte, begann mit der Debatte über das »Ende der Geschichte« die Zurichtung der Architekten zu Ausstattern postmoderner Konsumtempel. Darauf antwortete eine kleine Gruppe von Fin-de-siècle-Architekten, die lose unter dem Schlagwort Dekonstruktivisten verbunden sind, obwohl ihre vielleicht einzige Gemeinsamkeit die fließende Unterwanderung stabiler dreidimensionaler Räume ist.

Daniel Libeskind geht einen Schritt weiter: In seinen Gebäuden teilt sich Geschichte mittels skulptural gestalteter Formen mit, die sich an die Sinne wenden, ohne nur emotional zu wirken, wie etwa Frank Gehry mit seinem verspielt Pop-artigen Vitra-Stuhl-Museum in Weil am Rhein. Libeskind strebt auch nicht einen nur mathematischen Effekt an, wie Zaha Hadid mit ihrer Feuerwache, oder inszeniert ein Spektakel wie Eisenman mit seinem Cardinal Football Stadium in Arizona oder Coop Himmelb(l)au mit ihrem Dresdner Kinobau. Libeskind besteht auf einer intellektuellen Argumentation. Seine Architektur gestaltet Historie als räumlichen Text, aber nicht jeder kann lesen.

Nur wenige Tage nach der Eröffnung des Felix-Nussbaum-Hauses machte der von Gerhard Schröder vorgeschlagene Staatsminister für Kultur, Michael Naumann, mit seinem »Nein« zum Berliner Holocaust-Denkmal Schlagzeilen. Das Denkmal nannte er in seinen Dimensionen schamlos und kam, als er auf die entlastende Funktion von Mahnmalen hinwies, sogar einer Einsicht nahe. Als Ersatz empfahl er die Erhaltung der KZ-Gedenkstätten. »Uns heute KZ-Gedenkstätten als Denkmal-Ersatz anzubieten, ist auch ein beliebter Ausweg aus dem Dilemma. Damit machen wir die Nazis, unsere ungeliebten Landsleute und Vorfahren, nicht nur zu den Autoren unserer Geschichte, sondern auch der Gegenwart ... Es geht trotz der Verteidigung der Diskussion um das Holocaust-Denkmal nicht darum, daß wir auf diesem Gebiet kompetenter werden als unsere Eltern in der Menschenjagd«, hatte Jochen Gerz bei der Verteidigung seines Entwurfs für das Mahnmal festgestellt (»FAZ«, 15.1.98). Warum den Nazis das letzte Wort lassen? Die Deutschen brauchen weniger davor Angst zu haben, ein unvollkommenes Denkmal herzustellen, sie sollten sich eher davor fürchten, gar keins zustande zu bringen.

Bei der Eröffnung des Felix-Nussbaum-Hauses fragte ein NDR-Journalist Daniel Libeskind, ob er nicht vielleicht Nussbaum für seine Architektur bloß benutzt h**a**be. Darin drückte sich die geschichtliche Ignoranz aus, gegen die sich Libeskinds Architektur richtet: Von Lampenschirmen zu Denkmälern - wer benutzte oder benutzt hier wen?

Konkret 09/98, S. 58

Stefan Römer

Unternehmen Kultur

Was passiert, wenn politisierte Ikonographie die Limits des Public Private Partnership testet? Das Siemens Kulturprogramm zensiert eine Malereiausstellung im Westfälischen Kunstverein in Münster

Unmittelbar vor der Eröffnung der vorn Siemens Kulturprogramm organisierten Ausstellung »Brushholder Value - Soll Haben Schein Sein« wurde Dierk Schmidt ausgeschlossen, weil er die Firmenpolitik zum Inhalt seiner Bilder machte. Konnte man vor zwei Jahren nur davor warnen, naiv an einer staatlichen Autonomiegarantie für die Kunst festzuhalten (wie Klaus Staeck) und Künstlerinnen und Künstler zum Role model des >völlig freien< Unternehmertums avancieren zu lassen, kann nun gefragt werden: Warum wird der Siemens-Zensurfall zum Synonym für die gegenwärtige Kulturpolitik? Kann Kunst überhaupt ohne Sponsoring auskommen, und wie haben sich die Kunstinstitutionen verändert, daß sie sich scheinbar kaum noch gegen die inhaltliche Einflußnahme der Sponsoren wehren können? Während früher für eine Logo-Abbildung eine Finanzspritze erfolgte - die Sponsoren standen zur Kunst wie die Anzeigenkunden zum Journalismus -, werden gegenwärtig ganze Kunstinstitutionen gemietet, um darin die eigenen Waren in einem >kulturellen Kontext< auszustellen, oder gleich ganz übernommen.

Dierk Schmidt wurde vor dem Ausstellungsaufbau vom Siemenskurator Dirk Luckow und dem Kunstvereinsleiter Heinz Liesbrock mitgeteilt, daß sein Katalogbeitrag in der geplanten Form nicht akzeptiert würde. Schmidt war dem Kurator bekannt als Mitherausgeber des Readers *Messe 2. o.k. - □ konomiese machen*der die Dokumentation eines Kongresses (Köln 1995) darstellt, an dem auch das sog. politaktivistische Feld teilnahm. Damals ging es darum, ob die vom Siemens Kulturprogramm angebotenen 40.000 Mark Sponsoring verwendet werden und, wenn ja, wie sie eingesetzt werden sollen. Nachdem alle Versuche fehlgeschlagen waren, durch Vertragsvorschläge selbst darüber zu bestimmen, wie die Erscheinungsweise des Sponsoring-Labels auszusehen habe, brachen beide Seiten die Verhandlung ab.

Nicht nur, daß die Kuratoren Schmidts Beteiligung an der »Messe 2 o.k.« mit dem Zusatz »unter Ablehnung der Sponsorengelder« aus seiner Biographie streichen wollten, nach zweitägiger Diskussion stand auch fest, daß Schmidt nicht an der Ausstellung teilnehmen durfte. Begründung: Sein Beitrag genüge nicht ästhetischen Ansprüchen und bediene sich einer irrelevanten 70er-Jahre-Sozialkritik. Wie entschleiernd diese Behauptungen an sich schon sind, indem sie meinen, eine ästhetische Norm vorschreiben zu können, braucht nicht betont zu werden. Darüber hinaus, schreibt Schmidt in einer Pressemitteilung, wurde ihm »RAF-Ästhetik« vorgeworfen und: »Von Pierer abzubilden sei >pubertär<, die Darstellung bewege sich auf >Bildzeitungsniveau<.«

Was brachte die Kuratoren, die vorher so interessiert waren, kritische oder gar politische Malerei zu präsentieren, plötzlich so gegen einen von ihnen ausgewählten Künstler auf? Schmidt stellt einen an einen Baum gefesselten Mann dar, daneben stehen 31 Fragen: »Wieviele von Ihren Managern sind zur Zeit im Knast?« Oder: »Was eigentlich ist die Frage, auf die die >Unternehmenskultur< die Antwort gibt? Und wie verhält sich ein *Unternehmenskulturprogramm* zum Unternehmen?« Hierbei räumt die Ansprache »Herr von Siemens« unmißverständlich alle Zweifel darüber aus, daß es sich um den gefesselten Siemens-Konzernchef Heinrich von Pierer handeln soll, dem Fragen zu seiner Unternehmens- und Kulturpolitik gestellt werden. Diese Fragen sind nicht nur von allgemein politischem Interesse, sondern sollten auch alle interessieren, die für Siemens arbeiten: Schließlich hat Siemens sich seiner Verantwortung gegenüber den Zwangsarbeitern im Naziregime entzogen, ist in internationale Atomskandale sowie Korruptionsaffären verwickelt, und es sollte bekannt sein, daß die naturwissenschaftlich orientierte Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung bis 1985 vom Rechtsextremisten Armin Mohler geleitet wurde und seitdem von Heinrich Meier geleitet wird, der Mitglied in der Franz-Schönhuber-Stiftung ist und vordem Schriftleiter der der NPD nahestehenden Schülerzeitung »Im Brennpunkt« war.

Daß die auf das Bild applizierten Fragen vom Künstler stammen, der sich mit Recherchen über die Siemens-Skandale nicht nur bei »Taz« und »Süddeutscher Zeitung« ausgerüstet hatte, geht aus dem zweiten Bild hervor, auf dem sich Schmidt selbst kontextbezogen vor der Kunstvereinswand spiegelt: Er spielt vordergründig mit dem wieder in Mode gekommenen selbstverliebten Image des sich selbst darstellenden Malers - er spielt diese Rolle jedoch nur strategisch. Schmidts künstlerische Strategie besteht darin, die ihm hier zugewiesene politische Funktion - sich als kritischer Maler für das Siemens Kulturprogramm zu betätigen -auf ihre Repräsentationsverhältnisse zu überprüfen. Er erfüllt zwar die Rolle des Malers, thematisiert in seinen Gemälden aber eben die Seite der Firmenideologie, die sich den Anschein eines engagierten Images zu verleihen sucht. Für diese Strategie benötigt Schmidt nur sehr sparsame malerische Mittel: Sowohl die Darstellung des gefesselten von Pierer als auch die Selbstdarstellung beschränkt sich auf geringen Farbeinsatz auf dem enthierarchisierend wirkenden Malgrund Plastikfolie.

Die Kuratoren bestreiten in einer Pressemitteilung (Juli 1998) Schmidts Zensurvorwurf, weil er sie angeblich »zu nötigen« versuchte, und sie unterstellen ihm, daß er sich mit seinen Bildern »deutlich dem Verdacht einer Sympathie für kriminelle

oder gar terroristische Gewalt« aussetzt: »Die Freiheit der Kunst wurde hier als Deckmantel für eine diffamierende Anklage gegen einzelne Personen verwendet.«

Die Kuratoren drehen dabei vorsätzlich die Ereignisse und den Begriff von Zensur um, so daß sie sich selbst widersprechen: Wie wäre denn die Freiheit der Kunst zu definieren, wenn nicht durch die Möglichkeit, die Machtverhältnisse in der Kunst zu hinterfragen? Die Rhetorik der Kuratoren ist auch deshalb widersprüchlich und von Doppelmoral gezeichnet, weil sie die offensichtlich ebenso kritisch konnotierte Abbildung von Firmenschriftzügen wie »Mc Kinsey« oder »DOS/MAC« oder Namen wie »Bill Gates« in den Bildern von Joseph Sappler unproblematisch finden. Auch Regina Klöckners Darstellung von Architekturformen in Relation zu ihren historischen Funktionen oder Gunnar Reskis plakative Environments passen den Kuratoren in ihre Vorstellung einer nicht selbstreflexiven Kritik. Ebenso die von Zhou Tiehai gedruckten und verfremdeten Kunstmagazincover und seine großformatige Selbstdarstellung als Politiker am Rednerpult mit folgendem Satz auf englisch bleiben im Rahmen: »Die Beziehungen in der Kunstwelt sind die gleichen wie die Beziehungen der Staaten nach dem Kalten Krieg.« Ob jedoch Jutta Koethers großformatige schwarze Tafeln und ein kleines gestisches Gemälde, wie behauptet, »Jugendkultur« thematisieren oder nicht doch eher jenseits jeglicher Kritik esoterische Zeichnungen der Hildegard von Bingen mit Rudolf Steiners Schultafeln kompilieren, sei dahingestellt.

Perspektiviert man die weder inhaltlich noch formal schlüssige Ausstellung, so können auch die vertretenen Positionen nicht das Spektrum abdecken, das eine »kritische Malerei der späten 90er Jahre« repräsentieren könnte. Um so fraglicher muß deshalb die entsolidarisierende Haltung der Beteiligten gegenüber Schmidt erscheinen, denn weder das Honorar (1.000 Mark) noch der Status dieser Ausstellung können die Teilnahme >künstlerisch< wichtig erscheinen lassen. Darüber hinaus wurde von den Künstlerinnen und Künstlern die seltene Chance vertan, mit einer klaren Parteinahme für ihren Kollegen diese Sponsoringdiskussion für sich zu entscheiden. Selten befinden sie sich in einer solchen Machtposition, mittels einer noch dazu völlig naheliegenden kollegialen Geste eine politisch korrekte Entscheidung in eine Handlung zu überführen. Oder läßt ihre frühere Beteiligung am Wohlfahrtsausschuß und an anderen Zusammenhängen nicht eine gewisse politische Reflexion erwarten? Daß dieser Mangel an künstlerischer Solidarität in keiner Rezension Erwähnung fand, unterbietet alle Diskussionen, die im Kunstfeld seit Hans Haackes Zensur durch das Guggenheim Museum (New York 1971) über Machtverhältnisse und Sponsoring geführt wurden.

Haacke war vom Museumsdirektor damals aufgefordert worden, Untersuchungen über Eigentumsverhältnisse von Häusern, die in Manhattan aus Spekulationsinteresse leerstanden, aus der Ausstellung zu entfernen. Da es nicht zu einer Einigung kam, wurde die gesamte Ausstellung abgesagt. Als Ende der 80er Jahre im Zuge der konservativen Attacke gegen die Kulturinstitutionen in den USA nicht nur Ausstellungen von Richard Mapplethorpe und Andres Serrano verboten wurden, erhielt die institutionelle Einflußnahme auf die Kunstpraktiken ein neues Gewicht. Mehrere Ausstellungszensuren erotischer Zeichnungen der Amerikanerin Ellen Cantor in Europa Mitte der 90er Jahre wurden dagegen kaum zur Kenntnis genommen.

Bei allen diesen Zensurfällen beruft sich die Rhetorik immer auf begrenzte finanzielle Mittel und eine Abhängigkeit von der öffentlichen Meinung, die für diese als pornographisch oder sittenwidrig bezeichnete Kunst nicht zu gewinnen sei. Bereits hieran läßt sich ablesen, daß die Freiheit der Kunst in den letzten Jahren empfindlich beschränkt wurde. Die Siemens-Zensur steht synonym für die Situation in den Kunstinstitutionen, weil hier wegen abnehmender öffentlicher Mittel in vorauseilender Pflichterfüllung Sponsoren aus der Wirtschaft umarmt werden. Noch beziffern sich die gesponserten Mittel zwar auf höchstens drei bis fünf Prozent, doch sorgen die systematischen Versuche der Großkonzerne, die Kunstinstitution in die eigene CI-Strategie einzuspannen, für neue Bedingungen. Es macht sich vor allem bei den Künstlern eine Kritiklosigkeit breit, die, getragen von dem Verlangen nach Fun-Förmigkeit und Partizipation, die kritischen Positionen dem Innovations-Marketing überläßt, daß in seiner Rhetorik die einzig zugelassene kritische Position formuliert. So gerieren sich die unkritischen Kunstpraktiken zunehmend willfährig als weiche Standortfaktoren.

Wäre das Siemens Kulturprogramm ernsthaft daran interessiert, das schlechte Firmenimage aufzupolieren, müßte es bemüht sein, nicht mit negativen Schlagzeilen aufzufallen, mit denen sie zudem die schöne Siemens-Ideologie Lügen strafen: »Die freie Gestaltung durch den Künstler ist dabei oberstes Gebot.«

Was heute zählt, ist auch in der sog. Poplinken die Beteiligung an hegemonialen Projekten. Nur sie lassen sich scheinbar auf den Konten des kulturellen Kapitals verbuchen und treiben den eigenen Einfluß und Marktpreis in die Höhe. In diesem Sinne wurde Schmidt von den Kuratoren wörtlich gesagt, daß es einem Hans Haacke erlaubt worden wäre, diese Bilder auszustellen. Dies spricht Bände über die Hierarchieverhältnisse: Würde Schmidt von einer großen Galerie oder einigen großen Sammlern unterstützt, könnten es sich die Kuratoren nicht leisten, ihn auszuschließen.

Bei allen negativen Aspekten dieses Falls hat die Zensur in Münster jedoch auch einen Vorteil, daß sie nämlich diese neuen Produktionsbedingungen im kulturellen Bereich scharf hervortreten läßt. Beispielsweise erhält der Begriff der Solidarität jenseits seines alten Arbeiterideals eine neue Dimension: Solidarität wird gerade in den deregulierten und flexibilisierten Arbeitsverhältnissen als Kondition des Überlebens deutlich. Denn verhielten sich alle Künstler, die gegenwärtig den Prototyp der flexibilisierten Arbeiter darstellen, ähnlich unsolidarisch, wie es die Kollegen von Schmidt taten, setzten sie

sich selber einer mörderischen Konkurrenz aus, die nur den Innovationsrhetorikern in den Marketingabteilungen nutzt. Schmidts provokativer Akt ist in diesem Rahmen als fundamentalkritisch politische Handlung zu sehen, weil er zumindest innerhalb der Veranstaltung eine grundsätzliche Diskussion ausgelöst hat. Jenseits der von ihm eingesetzten Ikonographie erhält sich seine Praxis das Mitspracherecht an der Veranstaltung: Dies entspricht den aus der konzeptuellen Kunst hervorgegangenen Verfahrensweisen, die kunst-, institutions-, ideologie- und medienkritisch agieren. Dies unterscheidet sein Projekt von gegenwärtig verbreiteten Praktiken, die nur eine konzeptuelle Ästhetik einsetzen. Für sie zählt einzig die Partizipation und immer auch, die folgenden Ausstellungen reibungslos abzuwickeln.

Die Scheinalternative, an von zweifelhaften Sponsoren finanzierten Veranstaltungen erst gar nicht teilzunehmen, hat zwei Haken: erstens kann die Nichtteilnahme nur dann eine gewisse Öffentlichkeit erzeugen, wenn die Streikenden schon über einen gewissen Bekanntheitsgrad verfügen; zweitens wird jede Absage mit einer zukünftigen Nichteinladung bedacht, weil solch kritische Haltungen nicht erwünscht sind. Diejenige Position aber, die sich grundsätzlich an Veranstaltungen mit politisch zweifelhaften Sponsoren nicht beteiligt, betreibt in der herrschenden Rhetorik eine Form der Selbstmarginalisierung (Autonomie), weil kaum noch Veranstaltungen existieren, die nicht von Siemens, Philip Morris, Mercedes-Benz und der Deutschen Bank oder anderen Großbanken unterstützt werden. Zieht man sich also in diejenigen Institutionen zurück, in denen eine oppositionelle Praxis dominiert (etwa die Shedhalle Zürich), geht man einerseits das Risiko ein, jeglichen Einfluß auf den Bereich der kulturellen Produktion preiszugeben, weil diese Orte allgemein kaum noch wahrgenommen werden; andererseits schließen sich dort solche Formen der Politisierung der Ikonographie, wie sie Dierk Schmidt vorgeführt hat, aus.

Dies alles ist im Rahmen der Deregulierung der staatlichen Institutionen zu sehen. Durch die abnehmende staatliche Förderung und das zunehmende Engagement der Wirtschaftsunternehmen erhält das Modell der »Public Private Partnershipo zunehmend Verbreitung. Eins scheint jedoch mittlerweile auch Kuratoren in anderen Institutionen klar zu werden: Versuchen Sponsoren innerhalb des »Public Private Partnership«, inhaltlich Einfluß auf die Ausstellungen zu nehmen, müssen sie eher als Verhinderer denn als Förderer der Kunst bezeichnet werden**.**

Konkret 09/98, S. 60

Dokumentation
Dichtung und Wahrheit

Ein Briefwechsel aus Anlaß der »Pilgerreise nach Bargfeld« von Peter Hacks

Bernd Rauschenbach an Peter Hacks

Sehr geehrter Herr Hacks -die KONKRET-Redaktion, der ich mich politisch und menschlich verbunden fühle und durch gelegentliche Mitarbeit auch verbunden bin, war so freundlich, mir Ihr im September erscheinendes Sonett »Pilgerreise nach Bargfeld« vorab zur Kenntnis zu bringen. Ich muß gestehen, die Lektüre hat mich etwas ratlos gemacht.

Da wir beide uns noch nie begegnet sind, gestatte ich mir, mich Ihnen erst einmal vorzustellen: Ich bin seit 1982 Secretär der Arno Schmidt Stiftung und Mitherausgeber der Werke Arno Schmidts, arbeite also im Bargfelder Stiftungshaus und gehöre somit zu den Schmocks, Wichtigtuern und Trinkern, die Ihrer Aussage nach das Stiftungshaus bevölkern. Nun nimmt man sich selbst bekanntlich - (Sie sind bedeutend älter als ich und werden es wissen) - meist in einem freundlichen Zerrspiegel wahr, weswegen ich für meine Person nur darauf hinweisen möchte, daß in den 16 Jahren meiner Stiftungsarbeit bislang keiner der Leser, Kritiker oder Besucher mich als Schmock oder Wichtigtuer bezeichnet hat; und Trinker? Nun ja, dazu ließe sich einiges sagen, aber ich lasse mich denn doch lieber von Harry Rowohlt in der »Zeit« einen »myopischen Zecher« nennen als von Peter Hacks in KONKRET einen »Trinker« - wofür ich selbstverständlich bei Ihnen kein Verständnis erwarte.

Ganz anders aber wird die Sache in Anbetracht meiner Mitarbeiter. Das Stiftungshaus »bevölkern« außer mir noch Schmidts ehemalige Haushälterin Frau Erika Knop, die Hamburger Germanistin Susanne Fischer und meine Frau, die Bibliothekarin Petra Satow-Rauschenbach: Alle drei sind freundliche, höfliche, nüchterne Damen, denen unsere Besucher in unserem Gästebuch immer wieder bescheinigen, wie angenehm und kompetent ihre Führungen durchs Schmidtsche Haus sind. - Wer oder was gibt Ihnen, Herr Hacks, eigentlich das Recht**,** Ihnen unbekannte Menschen derart flegelhaft zu beleidigen?

Ich weiß, Sie haben eine sehr persönlich gefärbte Auseinandersetzung mit unserem Stiftungsgründer Jan Philipp Reemtsma über Wieland - markiert Ihr Sonett nun die Eröffnung einer zweiten Front? Dann möchte ich Ihnen doch empfehlen, sich Ihren neuen Kriegsschauplatz etwas genauer anzusehen, das könnte nämlich die Trefferquote erhöhen, die sich im Moment doch noch etwas bescheiden ausnimmt - ich darf vielleicht mal die bisherige Erfolgsmeldung durchgeben:

Bargfeld ein »reiches Dorf«? Das wird die paar Bauern, die sich hier noch über Wasser halten können, erfreuen, ebenso die Samtgemeindeverwaltung, die gar nicht weiß wohin mit den riesigen Steuereinnahmen aus Bargfeld, oder die arbeitslosen VW-Arbeiter. - Im Gegensatz dazu also das »Hüttchen« Schmidts unvorstellbar schäbig und dem Verfall nah, ein Schandfleck, der hinfort mit den Favelas Rio de Janeiros oder den Slums der South Bronx in einem Atemzug genannt werden muß. Gut, das kleine Haus (1948 als »Behelfsheim« von schlesischen Flüchtlingen gebaut) ist ärmlich-bescheiden, und es schäbig, nein: »unvorstellbar schäbig« zu nennen, mag mehr über den Wohnstil eines Nationalpreisträgers der DDR als über das Haus aussagen - aber wo, bitte, soll der Verfall sein? Das Haus wird von besagter Frau Knop liebevoll gepflegt und - wie jedermann sehen kann - in tadellosem Zustand erhalten. - Ob es »am Ortsausgange« liegt - Verzeihung: »hockt«, darüber immerhin könnte man streiten, Ortskundige jedenfalls würden die Ortsausgänge eher an den drei asphaltierten Straßen als an dem Feldweg lokalisieren, der an Schmidts Haus vorbei im Gelände versandet; und eine Formulierung wie »am Ortsrande« würde sich ja nicht auf Ihr herrisches »verlange« reimen.

Wo und was der »Zwergengarten« sein soll, weiß ich nicht. Weder handelt es sich beim Schmidtschen Grundstück um ein zwergenhaft kleines - (es sei denn, gut 4.000 qm reichten Ihnen nicht) -, noch ist es irgendwie zwergenhaft-steingartenartig gestaltet, noch stehen Gartenzwerge auf ihm herum. - Das Grundstück ist weder von »gottbewahrmich Tannen« noch von sonstigen Tannen umstanden. Sie könnten, wenn Sie einmal nach Bargfeld kämen, Tujen, Wacholder, Lärchen, Birken, Fichten, diverse Obstbäume und eine Weymouthskiefer sehen, und (ja, richtig:) ein oder zwei Tannen. - »Überdies ist von Zement ein Bunkerchen vorhanden«? Sicher, so haben Sie es wohl immer wieder in der Presse gelesen, aber dadurch wird es leider nicht wahrer. Kein Mensch, der Augen im Kopf hat, assoziiert beim Anblick des von Schmidt entworfenen, einem niedersächsischen Treppenspeicher nachempfundenen Archivgebäude einen Bunker. (Auch ist es mitnichten »von Zement«, sondern gemauert und verputzt.)

Nun wenden Sie sich dem Stiftungshaus zu, und endlich einmal landen Sie einen Treffer: Das Haus ist in der Tat aus Klinkern (wenn auch nur ein verklinkertes Billighaus von der Stange und nicht »gefügt aus Klinkern« - aber das können Sie ja nun wirklich nicht wissen). Doch was tut es? Es »ragt«?? Ein kühnes, dichterisches Bild. Es ragt so sehr, wie nur ein

ebenerdiger Bungalow ragen kann, es ragt so sehr, daß sogar der »hockende« »Schandfleck« des Schmidtschen Hauses höher ist! Aber es soll ja auch »ein niedersächsisch festes Bauernhaus« sein. Im Umkreis von 100 Metern um das Stiftungshaus könnten Sie eine ganze Handvoll schöne und auch weniger schöne Beispiele niedersächsischer Bauernhäuser sehen - mit diesen hat unser Bungalow etwa so viel Ähnlichkeit wie Ihr - - - ach, denken Sie sich selber einen passenden Vergleich aus.

Mir ist bekannt, daß ein Sonett keine Reisereportage ist. Aber ich sehe nicht, wie ein Sonett irgendeine dichterische Wahrheit oder auch nur Wahrhaftigkeit aufweisen kann, das (von haltlosen Beleidigungen abgesehen) von vorne bis hinten eine falsche Schilderung der Realität bietet. Ach nein, ich will nicht ungerecht sein: Ihre letzte Zeile spricht die pure Wahrheit. Schade nur, daß Sie sich offensichtlich nie bemüht haben, die Arbeit der Stiftung wahrzunehmen: Dann hätten Sie nämlich bemerken können, wie die bei uns von Anfang an vorhandene Einsicht in diese (ja nun wahrlich nicht neue oder originelle) Wahrheit unsere Arbeit und unser Verhältnis zu dem uns anvertrauten Autor prägt.

Mit wichtigtuerischem Gruß

Bernd Rauschenbach

Bargfeld, 17.7.1998

Die Redaktion an Peter Hacks

Sehr verehrter Peter Hacks, anliegend finden Sie einen Brief, welchen an Sie weiterzuleiten Bernd Rauschenbach uns bat. Nach fortgesetzten Erwägungen beabsichtigt die Redaktion, den Brief neben dem betreffenden Gedicht in der Septemberausgabe zum Abdruck zu bringen. Wir sehen nicht, daß Sie hier zustimmen müßten, denken und hoffen aber, daß Sie's, müßten Sie's, täten. Falls Ihre Bedenken dagegen große sind, gäbe es zwei Möglichkeiten: Sie senden uns ein anderes Gedicht für diese Ausgabe, oder die Rubrik »Jetztzeit« entfällt einmal ausnahmsweise. Sagen Sie, was Sie denken, was wir tun sollen, und es geschieht.

Mit herzlichem Gruß, Ihr

Rayk Wieland

Hamburg, 20.7.1998

Peter Hacks an die Redaktion

Lieber Herr Wieland, wer wäre nicht froh, sich eines Kommentars von Rauschenbach gewürdigt zu sehen? Ich bin sicher, nur Reemtsma selber macht das besser.

Die Lösung also, die Sie mir vorschlagen, ist mir lieb, aber, um nichts als ehrlich zu sein, sie ist mir nur die zweitliebste. Noch lieber wäre mir, wenn Herr Rauschenbach auf seine Zutat verzichtete. Das Gedicht ist einmal in der Welt, es ist an ihm nichts geändert, ob es nun in KONKRET erscheint oder nicht erscheint oder herausgegeben von Bernd Rauschenbach erscheint. Er kann es jetzt ein bißchen berühmter machen, als es zur Zeit noch ist, das ist alles, was er kann.

Ich bitte Herrn Rauschenbach sehr höflich, sich zu vergegenwärtigen, daß ich keine Personen beleidigt und eher für einen erlebten Augenblick bei der Zirkulationssphäre der Poesie verweilt und eine allgemeine Betrachtung über, sagen wir, die *Zeit der Dichtung* und die *Ewigkeit der Philologie* angestellt habe. Er kann mich hierfür nicht so sehr hassen, daß er bereit ist, sich seinem Haß zum Gefallen wie ein Narr aufzuführen. Herr Rauschenbach sollte, schlage ich vor, mir gut bleiben, denn ich kenne ihn nicht, habe auch nicht behauptet, ihn zu kennen. Bezeugen Sie Herrn Rauschenbach, daß Sie mich als milden und sanftfühlenden Menschen kennen. Und grüßen Sie ihn von mir. Vielleicht trinkt er ja einmal einen mit mir zusammen.

Ich verbleibe Ihr

Peter Hacks

Groß Machnow, 24.7.1998

Konkret 09/98, S. 60

Peter Hacks

Jetztzeit

PILGERREISE NACH BARGFELD

Das reiche Dorf, beschaulich und behäbig,
Hat seine Slums. Das ich zu sehn verlange,
Das Schmidtsche Hüttchen, unvorstellbar schäbig
Hockt es, nah dem Verfall, am Ortsausgange.

Im Zwergengarten, schauderhaft umstanden
Mit gottbewahrmich Tannen. Überdies
Ist von Zement ein Bunkerchen vorhanden.
Zum Glück, die Wohnung stört nicht des Genies.

Denn vor dem Schandfleck ragt, gefügt aus Klinkern,
Ein niedersächsisch festes Bauernhaus,
Mit Schmocks bevölkert, Wichtigtuern, Trinkern.
Die *Stiftung* ist der Inhaber des Baus.
Dem Original der Mangel und die Ehren.
Das Wohlleben gehört dem Sekundären.

Konkret 09/98, S. 62

Kay Sokolowsky

Film & Theater

Armageddon

Regie: Michael Bay. Mit Bruce Willis & a little help by Digital Domain. USA 1998; 150 Minuten; seit 16.7. im Kino

Klartext, na endlich!: »Wir nennen so was einen *Totalschaden.« - »Was* soll das heißen?« - »Nichts wird überleben. Nicht einmal Bakterien.« Der letzte Vorhang also, die größte Keule des HErrn, der Hammer aller Hämmer, das Harmagedon. Schluß mit lustig!, »nie wieder Steuern, versprochen!« und »Flitzefrei für immer! « Nach den Handstaubsaugem Gottes in »Twister«, dem Riesenrülpser Luzifers in »Dante's Peak«, nach dem Schweißausbruch der Erde in »Volcano« und dem Babelturm, den, Heck nach oben, »Titanic« ein zweites Mal untergehen ließ, beschert der allerdings katastrophale Sommer 98 der vierten Hochzeit des Katastrophenfilmgenres ein Einale, das alle Themen und Affekte, durch welche diese Mode sich von den früheren unterscheidet, resümiert, gnadenlos ausreizt und zugleich ironisiert.

Kein Zufall, daß »Armageddon« als einziges der neuen Desasterstücke einen Superstar verpflichtet hat - sogar »Titanic« begnügte sich mit Gestalten aus dem zweiten Rang. Und es ist gleichfalls volle Abwicht, wenn dieser Superstar Bruce Willis heißt. In Terry Gilliams apokalyptischem »Twelve Monkeys«, dem heimlichen (und weit unterschätzten) Auftakt zum Disaster-movie-serial der Spätneunziger, hatte Willis es vermasselt, die Welt zu retten. Nun darf er diese Scharte auswetzen und zum »tapfersten Mann der Welt«, wie es sehr richtig in »Armageddon« heißt, aufsteigen. Das Engagement des teuersten Schauspielers der Gegenwart für einen Film, in dem der eigentliche Hauptdarsteller ein tausend Kilometer großer Brocken aus den schwarzen Tiefen des Weltalls sein sollte, signalisiert mit schöner Deutlichkeit, daß der ganze Götterdämmerungsunsinn nun sein Bewenden habe; auf Wiedersehen in ca. 2015.

Die beste Jerry-Bruckheimer-Produktion von allen setzt ein Fanal, das vor Schauwerten geradezu platzt, und simultan - nein, kein Ausrufezeichen, sondern das, was die Internet-Nerds ein »Emoticon« nennen: -) ... »Armageddon« übt prachtvolle Rache an den Enttäuschungen und quietschvergnügte Satisfaktion für die Tiefschläge, die der eingeschworene Untergangsfilmfreund in diesem Jahr wegzustecken hatte.

Deep Impact

Regie: Mimi Leder Mit a little help by Industrial Light & Magie. USA 1998; 120 Minuten; zum Glück nicht mehr in den Kinos

»Wir wissen jetzt immerhin eines«, bemerkte ein amerikanischer Kritiker über diesen unterirdischen Gammel: »Wir werden uns am Ende der Welt zu Tode langweilen.« Dennoch hat Mrs. Leders lederner Film binnen acht Wochen in den USA 136 Millionen Dollar eingespielt und mittlerweile auch hierzulande gut drei Millionen Zuschauer ins Wachkoma versetzt. Die religiöse Konnotation des Films - der heranrasende Komet wird als eine Prüfung der Menschheit auf Gemeinsinn, Altruismus und die good old family values verklärt resp. mißbraucht - würde vielleicht noch erträglich sein, ja eventuell vergäbe man es dem halbgebildeten Drehbuchstab sogar, daß die Raumfähre, die den Ragnarök-Klotz aus seiner Bahn sprengen soll, »Messiah« heißt, wenn wenigstens die Zerstörungsszenen mit gebührender Lust und Verve inszeniert wären. Aber das bißchen Ein-Kilometer-Flutwelle kurz vor Schluß, die paar umknickenden Wolkenkratzer in Manhattan und die drei-, vierhundert Millionen ersäuften virtuellen Menschen ... hinterlassen doch, im Ernst, allenfalls einen flachen Eindruck.

Mag sein, daß der endlose Sermon, das tränensackschwere Tremolo, die Klosettphilosophie von »Deep Impact« mitsamt der erstaunlich verschnittenen Actionsequenzen und der kasperknüppeldicken Political correctness (Morgan Freeman, ein Schwarzer, darf den Präsidenten spielen und entsetzlich weise Ansprachen halten) die höchste Emanation der Weltuntergangsängste und -ideen des zeitgenössischen Mittelstandes abbilden. Wie sonst nämlich ließe sich die Enttäuschung des Kritikers erklären, wenn zuletzt diese Seifenopernblase von Zivilisation halbwegs heil davonkommt? Einzige Genugtuung: Maximilian Schell, der zur Qual des Publikums mehrere Auftritte hat, wird beim Big Bang unter ca. einer Mio. Tonnen Meerwasser und Seeschlamm begraben.

Akte X - der Film: Fight The Future

Regie: Roh Bowman. Mit den beiden Agenten und a little help by u. a. Amalgamated Dynamics. USA 1998; 120 Minuten; seit 6.8. im Kino

Ich kann mich nur wiederholen: »Daß Chris Carter inzwischen neben der TV-Serie auch noch ein Kino-Serial mit Mulder und Scully gestartet hat, zeugt von viel Geschäftssinn und wenig Geschmack. Denn dort, auf der Leinwand, ist es erheblich

schwieriger, die klaustrophobe, paranoische Wirkung von >Akte X< auszulösen: Landschafts-Totalen wirken im kleinen Fernsehkasten immer bedrückend, wie der Blick durch ein Kellerfenster (daher die überdurchschnittlich vielen Außenaufnahmen der Serie); im Kino jedoch ist die Panorama-Einstellung die Erzmetapher der Freiheit - die Serien-Ästhetik wird fundamental verkehrt. Zu deutlich andererseits zeigt der >Akte X(-Spielfilm, daß Carter sich von einschlägigen Streifen mehr als nur inspirieren ließ, zu klar erscheint die direkte Abkunft Scullys und Mulders von der FBI-Agentin Clarice Starling aus dem >Schweigen der Lämmer<, geradezu peinlich wirken auf einmal die Anleihen der Optik bei >Shining< und >Alien«< (KONKRET 8/97).

Die Welt von »Fight The Future« ist klein, und entsprechend hat die Vernichtung, die ihr droht, einen ziemlich winzigen Auslöser: Ausgerechnet des Menschen älteste Freundin, die emsige Honigbiene, wird zum Schlüssel allen Schreckens dämonisiert. Würde der grandiose Martin Landau nicht mitspielen, man käme sich vor wie in einem Daffy-Duck-Cartoon. Mit leider nur einem gelungenen Gag: Agent Mulder läßt sich, nach einer ziemlich explosiven Sequenz, volllaufen und geht, statt auf den Lokus, in den Hinterhof der Bar, um dort ein altes Wandplakat von »Independence Day« einzuweichen.

Godzilla

Regie: Roland Emmerich. Mit a little help by, Viewpoint Datalabs Int'l, Inc. USA 1998; 139 Minuten: ab 10.9. im Kino

Ein Mistberg, ein Güllefaß, ein Sakrileg, dieser Streifen -.Wer im Petersdom blankzieht und einen Haufen setzt vorm Tabernakel Berninis, der wird zu Recht in polizeiliches Gewahrsam genommen. »Unser« Roland jedoch und sein dementer Kumpel Dean Devlin schlagen ihr Wasser ab am prachtvollsten, mythischsten und sympathischsten Filmmonster aller Zeiten - und laufen frei herum. Wo soll man anfangen zu klagen?

Bei der kompletten Unfähigkeit Emmerichs, den Schauspielern zu sagen, was sie wie zu sagen haben? Bei den Dialogen, die zuletzt 1902 witzig gewirkt haben könnten? Bei den Pointen, die, wenn sie gut sind die schlechteren Ideen von »Jurassic Park« abklatschen? Bei der Geschichte, die, wäre sie eine Geschichte, in einem Roman von Barbara Cartland peinlich erschiene? Bei Matthew Broderick?

Also Broderick. Ein Schauspieler wie er, der wenig kann und den Glamour einer Zehnwattbirne hat, ist freilich ein Kerl nach Emmerichs Herzen. Man versteht sich sogleich, ohne Worte, und die kreative Leere, unter der beide Parteien leiden, wird zur Basis eines tadellosen Teamworks. Und ein Film, der mit siebzig Minuten noch zu lang wäre, bläht sich auf zu einem Schwatzwerk von zweieinviertel Stunden. »Godzilla« hat nur eine Visage von Format zu bieten; aber Jean Reno, der als französische Antwort auf 007 durch die Szenen stapft, trägt seine Verachtung für die Dilettanten Emmerich und Devlin so deutlich vor sich her, daß die Kamera in den Szenen, die ihn, Reno, eigentlich feiern sollen, lieber nie länger als fünf Sekunden auf ihm kleben bleibt.

Als die ruhmreichen Toho-Studios beschlossen, ihren größten Star an Hollywood auszuliefern, bauten sie, 1995, noch schnell »Godzilla vs. Destroyah« in den Verleih. Darin erleidet Big-G den Tod durch Kernschmelze (sein Herz ist eine Art Krümmel-Reaktor). Jörg »Nekromantic« Buttgereit schreibt in seinem exzellenten und unbedingt empfehlenswerten Buch *Monster aus Japan greifen an* (München 1998, 184 Seiten, 38 Mark): »Drei Tage nach der Premiere waren bei Toho 10.000 Protestbriefe eingetrudelt, die sich über den Tod Godzillas empörten. ... Die postatomaren Wunden der Japaner waren noch nicht verheilt, die nächste Katastrophe sicher schon im Anmarsch.« Emmerich und Devln haben die trivialmythische Dimension Godzillas rigoros ignoriert. Ihre Schreck-Echse ist zehnmal so lang wie der T. Rex in »Jurassic Park«, mehr nicht; der »Gott der Zerstörung«, der mein japanisches Lieblingsmonster mal war, dem ganze Armeen nicht standzuhalten vermochten, läuft in Emmerichs Westentaschenversion vor ein paar Kampfhubschraubern davon und schafft es nicht mal, einen Fernsehreporter, der ihm im Weg steht, zu zertrampeln. »Auf die Größe kommt es an«, dröhnte die Werbekampagne - »auf die Story aber auch«, erwiderten die enttäuschten amerikanischen Fans.

Godzilla hat in New York nichts zu suchen. Außer, um es plattzumachen. Aber abgesehen von neun oder zehn Wolkenkratzern läßt das Urvieh die Skyline von Manhattan intakt. Der gute alte Godzilla trampelte sich seinen Weg ohne Vorbedacht, er war die inkarnierte Naturkatastrophe, das reptiliengewordene Erdbeben. Devlin/Emmerich würdigen ihn herab zu einer Eidechse, die zu viele Steroide gefressen hat. Ihr »Godzilla« legt sich schon schräg, als ihm eine Handvoll Napalmraketen in den Pelz geschossen werden. *Mein* Big-G hätte den Angriff nicht mal registriert. In »epd Film« 8/98 schreibt Georg Seeßlen über den Klassiker: »(Er) stapft Richtung Tokio, Kanonen und Granaten, Flugzeuge und Feuer können ihn nicht aufhalten, er muß sich vielleicht mit einem anderen Monster messen, macht dann viel kaputt und wird wieder schlafen gelegt. Es ist der Tag des größten ungezogenen Kindes der Welt.« (Seeßlens fulminanter Nachruf auf das, was der größte untalentierte Kindskopf, den Sindelfingen je hervorbrachte, ignoriert resp. mutwillig denunziert, die japanische »Kaiju Eiga«-Serie, sei all jenen dringend ans Herz gelegt, die ihre erhabensten Kinoerlebnisse in den »Jugendvorstellungen« mit Godzillafilmen hatten.)

Roland Emmerich, dessen größter Traum es, nach eigenem Geständnis, immer war, in der Steven-Spielberg-Liga mitzumischen, hat sich bei »Godzilla« keinen Zwang angetan, die spannendsten Szenen aus »Jurassic Park« zu plagiieren.

Er ignoriert den Ur»Godzilla« von 1954 rundum und hält sich lieber an den Film, der wiederum bei Ishiro Hondas erstem Monsterfilm Pate stand: »The Beast From 20.000 Fathoms« (1953) - worin ein gigantischer Saurier, aus ewigem Schlaf erweckt durch Atomversuche, zunächst einen Leuchtturm, danach ein paar Stadtviertel New Yorks verspeist.

Das könnte man für raffiniert halten, steckte nicht Emmerich dahinter. Godzilla goes Yankee, und das geht nicht gut. Das Monster, das einst zwischen Frühstück und Mittagessen ganze Städte in Schutt und Asche legte, ohne sich dabei viel zu denken, diese Ikone elementarer Gewalt, wird nun zum Vertreter einer »völlig neuartigen Spezies«, die es eigentlich gar nicht böse meint und für ein paar Lastwagenladungen Thunfisch schon mal Männchen macht. Ein Pitbull mit Schuhgröße 48.000, mehr nicht, ein Problem, das sich lösen läßt, im Grunde ein - hier klauen Emmerich und sein Co-Autor Dean Devlin bei »King Kong«, aber nicht dem Meisterwerk von 1933, sondern dem lächerlichen Remake von 1976 - bedauernswerter Fall von schlechter Erziehung.

Im »Observer« schwärmte Devlin: »Wir hatten eine Preview für die japanische Presse, und die Kritiker kamen aus dem Kino mit Tränen in den Augen.« Der neue »Godzilla« ist tatsächlich zum Heulen, und wäre Dean Devlin nicht Dean Devlin, ein Bubblegum-Hirn von epochaler Weichheit, er hätte die Anekdote für sich behalten. Wie auch diesen Satz: Art drei oder vier Jahren wird man Filme durchweg computeranimieren, und für Regisseure wie Roland wird es keine Grenzen mehr geben außer denen ihrer Vorstellungskraft.« Die freilich, wie »Godzilla« Szene für Szene beweist, über die Limits eines »sparsamen Schwaben« und geborenen Abkupferers nicht hinausgeht. Der große Anthony Lane brachte es im »New Yorker« auf den Punkt: »Der Schurke (Godzilla; K. S.) hat einfach keinen Charakter. Das einzige, was wir mit Sicherheit über ihn sagen können, ist, daß er miserable Tischmanieren hat, gerne die U-Bahn benutzt und Sex mit sich selber treibt. Kurz, jeder zweite Mann in dieser Stadt wäre für die Rolle geeignet gewesen.«

»Armageddon« eröffnet mit einem furiosen Meteoritenhagel auf Manhattan - der in fünf Minuten mehr zu Bruch gehen läßt als der neue »Godzilla« während seines mehrtägigen Aufenthalts im Big Apple. Einer der kosmischen Klötze trifft und zermalmt den Stand eines fliegenden Händlers, der Godzillapuppen feilhält. Vergleichende Reklame kann etwas Wunderbares sein.

Konkret 09/98, S. 64

Holm Friebe

Melodie & Rhythmus

Die Goldenen Zitronen: Dead School Hamburg; Cooking Vinyl

»Vergnügtsein heißt Einverstandensein«, schreiben in ihrem Diskurspop-Klassiker Dia*lektik der Aufklärung* zwei leider viel zu früh verstorbene Szenegrößen der Frankfurter Schule, die wohl zumindest bei der Namensfindung Pate gestanden haben dürften für die seit ein paar Jahren im deutschen Alternativpop definitionsmächtige »Hamburger Schule«. - »Es ist alles gut, Mutter -weil wir einverstanden sind«, singen die Goldenen Zitronen im Refrain des gleichnamigen ersten Stücks ihrer neuen Platte »Dead School Hamburg«, die im Untertitel »give me a vollzeitarbeit« heißt. Keine zufällige Koinzidenz, sicherlich, nur was wollen uns diese Koinzidenz und der suggestive Albumtitel bedeuten? Daß das Projekt einer in einem politischen Umfeld geerdeten »Eliteschule« (Tocotronic), wo die Klassenzimmer »angenehm dunkel« sind und es »Bier als Pausenbrot« gibt, vorzeitig abgeblasen und für tot erklärt wird, noch bevor es seine Mission erfüllt hat? Welche Mission eigentlich? Daß sich jetzt alle ehemaligen Insassen notgedrungen mit den verschärften Arbeitsbedingungen des Postfordismus »einverstanden« erklären, was sie nach der Definition von Adorno/Horkheimer eh schon immer waren?

»Bevor es die anderen tun, sagen wir lieber: Dead School«, erklärt Zitronen-Gitarrist Ted Gaier im Interview mit »Spex« und dreht damit den Pop-Journalisten, die seinerzeit den Hamburg-Hype herbeigeschrieben haben, das Wort vom heraufziehenden Hamburg-Blues im Mund herum, noch eh jene es selbst haben aussprechen können. Genau wie das vorgebliche Einverstandensein bedient sich auch die PR-taugliche Rede vom eigenen Hinscheiden einer etwas windschiefen Ironie mit leicht sarkastischem Einschlag. Auch wenn die Goldenen Zitronen nie wirklich vorhatten, »für immer Punk« zu bleiben, haben sie musikalisch nie richtig zum Hamburger Gitarrenpop gezählt. Das Unorthodoxe der neuen Platte besteht deshalb auch weniger in der bloßen Tatsache, daß sie voll ist mit Elektrogefrickel, als vielmehr in der Verletzung einer geheimen Topographie der Republik, derzufolge Köln für Elektronik zuständig ist, Berlin für Techno und Hamburg für Gitarren. Fröhlich dilettieren Gaier, Kamerun, Platzgumer an den neu erworbenen Samplern und attackieren die Standortideologen des »German Techno« auf ihrem -im doppelten Wortsinne - Heimatterrain. Dabei fällt ihnen auf, daß, was ursprünglich als Persiflage gemeint war, durchaus Spaß machen kann. Das alles und der Umstand, daß die Texte teilweise englisch, spanisch und französisch eingesungen sind, täuscht nicht darüber hinweg, daß es sich um ein waschechtes Produkt aus dem Hause Goldene Zitronen handelt; dafür sorgen assoziationsgeladene Texte mit eigentümlicher Politpoesie vom Schlage »Die Überführung der Gebeine des Santo Che im ICE Berthold Brecht nach Bad Mogadischu ... «, sowie der durchweg hohe »Nervfaktor« (Waschzettel). Und weil das doch irgendwie ein gewisses »Vergnügtsein« auch beim Hören mit sich bringt, würde ich sagen: einverstanden.

Wahre Schule: Versbrecher; What's so funny about

»Warning! Explicit lyrics« könnte auf dem Cover des neuen Albums »Versbrecher« der Berliner HipHop-Formation Wahre Schule stehen, und man suchte dennoch vergeblich nach Anzüglichkeiten oder tumber Gewaltverherrlichung und fände statt dessen mehr explizit politisches respektive poplinkes Vokabular, als in eine Nummer etwa der »Beute« paßt. In einer Art écriture automatique purzeln die hochangereicherten Begrifflichkeiten übereinander, wie wenn man unter dem Einfluß psychedelischer Drogen die Gespräche in einem autonomen Jugendzentrum belauscht: »Euthanasie« -»ein Meister aus Deutschland« -»Pornographie« als »die Orthographie der sexuellen Gewalt und Kinder arbeiten halt ... «. Alles egal und immer: Hauptsache, dick aufgetragen. Der Endreim wird's schon richten und zusammenhängenden Sinn suggerieren, wo bloße ressentimentgeladene Bedeutung die Begriffsmaschine heißlaufen läßt.

Dabei ist das, was Wahre Schule zu verkaufen hat, so schlecht an und für sich gar nicht. Zum Teil von Immigranten der zweiten Generation gebildet, wendet sich die Formation in Interviews massiv gegen eine Multikulturalisierung und Tribalisierung der Jugendkultur, wo rassistische Zuschreibungen dann plötzlich wieder eine Rolle spielen. So wird eine völlig unverständliche Textzeile wie »Das Gegenteil von gut gemeint ist nicht der Karnevalsverein« auf einmal plausibler, wenn man ein Interview-Statement aus der aktuellen Nummer der Zeitschrift »Testcard« hinzuzieht: »Hier (in Deutschland) läuft schwarze Kultur, schwarze Musik wieder über so 'ne Karnevalisierung, das ist irgendwie schon wieder was Repressives.« Die unter Wahre Schule firmierende richtige Gesinnung ist aber keineswegs Garant dafür, daß im Resultat auch interessanter HipHop entstünde. Das Gegenteil von Karnevalsverein ist eben nicht automatisch gut. Oder, wie Martin Büsser in seinem jüngst erschienenen, lesenswerten Brevier *Anti-Pop* schreibt: »Wo Pop dagegen sich politisch bemüht, ... nähert er sich eher einer ganz anderen Disziplin an, verläßt das dem Pop eigene Terrain und wird zum Kabarett.«

Aeronauten: Honolulu; L‘age d'or

Momentan ist es schwer, jemanden zu treffen, der die Aeronauten nicht mag. Alle finden die sympathische Schweizer Band sympathisch, was sie ja auch ist. Zu einem erheblichen Teil mag das mit den Texten zu tun haben, die -irgendwo zwischen spacig und spackig changierend - immer sehr Wahres bereithalten: »Ich bin bereit, in vernünftigen Grenzen Gutes zu tun«, würden wohl die meisten von uns ohne Zögern für sich reklamieren. »Ich habe schlechte Ideen, wenn es mir langweilig wird« - dieses Gefühl kennt auch jeder, kommt aber beim Hören von »Honolulu« nicht vor. »Der Tag, an dem ich Weltmeister wurde« hat angenehm wenig mit *Der Sonntag, an dem ich Weltmeister wurde* von E C. Delius gemein und ist vielmehr Indiz dafür, daß die Schweiz die WM vielleicht doch ein wenig auf die leichte Schulter genommen hat und deshalb schon in der Qualifikation rausgeflogen ist (»Ich tat nur was ich mußte / ich ging hin und schoß das Tor / wir behielten den Ball bis zum Schluß / wir gewannen und unser Gegner verlor«). Und endlich einmal bekommt auch die Hohlwelttheorie neues Leben eingehaucht, indem nämlich behauptet wird, daß es sich bei der Schweizer Kleinstadt Schaffhausen um eine selbige handele. Das ganze findet statt im beschwingt vor sich hin preschenden Gitarrenpop-Rhythmus, wo noch nicht mal die Bläsersätze unangenehm auffallen. Mein einziger Einwand gegen die Aeronauten war immer, daß mich der auch in Soloangelegenheiten rührige Sänger »Guz« stark an den frühen Udo Lindenberg erinnerte. Nachvollziehen konnte das allerdings nie jemand, und wahrscheinlich trifft es auch gar nicht zu. Wie dem auch sei: Der Satz von E C. Delius, Literatur mache »den Kopf weiter offen«, gilt nicht weniger für die Musik der Aeronauten.

Konkret 09/98, S. 65

Gerhard Scheit

Lieber Herr und Meister

Dokument eines Lehrer-Sch ler-Verh ltnisses. der Briefwechsel wischen Theodor W. Adorno und Alban Berg

Nach Adornos Briefwechsel mit Walter Benjamin hat das Theodor W. Adorno-Archiv nun auch den mit Alban Berg herausgegeben. Er zeigt einen anderen, weniger bekannten Adorno -gleichsam den Wiener Adorno, oder besser: den Wiener Wiesengrund (denn damals nannte er sich noch nach seinem Vater) -, den jungen Komponisten und Musikredakteur, der 1925 bei dem berühmten Komponisten aus der Schönberg-Schule Unterricht genommen hat.

Da sitzt also »Teddy« im Sommer im Café Museum und schreibt an Berg -den »lieben Herrn und Meister«, wie er ihn stets anredet -, der sich wie damals jeder echte Wiener Bürger auf Sommerfrische befindet; z. B. über seinen kürzlichen Besuch bei Georg Lukács im Wiener Außenbezirk Hütteldorf, »dem marxistischen Denker, den ich, wie Sie wissen, sehr verehre, menschlich hat er sehr stark auf mich gewirkt, aber sachlich war eine Verständigung unmöglich, und das mußte mir bei Lukács besonders schmerzlich sein, der geistig mich tiefer fast als jeder andere beeinflußt hat«. Dennoch berichtet Adorno ein Jahr später, bereits nach Frankfurt zurückgekehrt, daß er sich mittlerweile »politisch dem Kommunismus entscheidend genähert habe« - und sieht hierfür eine »große Auseinandersetzung« mit Benjamin ausschlaggebend. Seine Sicht auf Bergs *Wozzeck* und auf Mahler habe sich dadurch entscheidend gewandelt. Und tatsächlich bekunden Adornos Aufsätze vom Ende der zwanziger Jahre (über Mahler, Weill oder eben Berg) einen ersten Ansatz zu einer kritischen Theorie der Musik.

Im übrigen wird Wien für Adorno, seit er es verlassen hat, zu einer Projektionsfläche mancher seiner in Deutschland enttäuschten Hoffnungen. Die herzliche Aufnahme, die er bei Berg erfuhr, hat ihn für immer geprägt - und sein Wien-Bild verzerrt. Aus Frankfurt schreibt er: »Vorgestern kam ich hier an, in dieser schrecklichen Stadt und habe mich bislang damit beschäftigt, mich zu ärgern: über die plumpen, schiechen (Adorno scheitert hier an der Wiedergabe des wienerischen Dialekts - es muß »schiachen« heißen!) Menschen auf der Straße, über Hindenburg ... Ich habe Heimweh nach Wien, der Stadt, auf die man schimpft, solange man dort ist, und die man erst in der Verbannung wieder schätzen lernt. Ich bin überzeugt, daß ich dort bald wieder auftauchen werde.« Er tut gut daran, es nicht - oder nur für kurze Zeit - zu tun, er hätte sonst seine schöne Projektionsfläche ruiniert. Noch in den späten sechziger Jahren, geplagt von den rebellierenden Studenten, plant Adorno, als emeritierter Professor in Wien nur mehr dem Komponieren zu leben. Dabei hätte er wissen müssen, wie er dort aufgenommen worden wäre - »net amol ignorieren«: Als er 1960 den Festwochen-Vortrag über Mahler im Konzerthaus hält, bleibt der Saal so gut wie leer, und die Wiener Presse bespricht seine Gedanken, wie es bis heute ihre Art ist, despektierlich.

Erstaunlich ist, wie sehr offenbar auch Berg am jungen Wiesengrund hing: Der liebe Herr und Meister erkundigt sich bis zu seinem frühen Tod im Jahre 1935 immer wieder besorgt nach dem Befinden, wenn der »liebe Theddy« krank ist, ja er befürchtet immer wieder eine Entfremdung, wenn die Briefe des Schülers länger auf sich warten lassen.

Das traute »Du« wird dennoch vermieden, schließlich bleibt Adorno bis zuletzt der Status des Schülers. Die Intimität des Lehrer-Schüler-Verhältnisses ist eben von jener Art, die wirklich interessante Diskussionen über musikalische Probleme, Kompositionstechnik etc. eher behindert - Diskussionen, wie sie etwa im späteren Briefwechsel zwischen Adorno und Krenek zu finden sind, wo offenbar kein derartiges Autoritätsgefälle der Konfrontation im Wege stand. Hier aber bewundert der Schüler grenzenlos, und der Lehrer findet den Schüler bereits zu gut, um ihn noch zu kritisieren. Bis zuletzt berichtet Adorno immer nur artig, was er gerade zu komponieren begonnen habe und welche Probleme es ihm bereite, das jeweilige Stück zu Ende zu bringen - und der Lehrer freut sich über jede Komposition des Schülers und vergibt sozusagen nur Einser.

Der einzige, von seiten Bergs geäußerte Kritikpunkt betrifft die Kompliziertheit der Adornoschen Texte: »Aber eine Bitte!! Nicht schwer schreiben!« »Gemeinverständlich« solle er sich ausdrücken, wenn er über den *Wozzeck* schreibe, damit auch alle es verstehen könnten. Von Berg ließ sich Adorno solche Einwände gefallen; sobald sie aber von Schönberg kamen, protestierte er heftig. Der innerste Bezirk des Schönberg-Kreises ist Adorno immer verschlossen geblieben - der allerhöchste Meister der Wiener Schule, Schönberg himself, konnte Adorno, der doch in seinen Schriften mutig für ihn und seine Musik eintrat, nicht leiden. Er war offenkundig irgendwie beleidigt, weil er die Texte Adornos nicht verstand -und nicht ohne Gespür bemerkte er darin doch einige gegen seine Kompositionsweise gerichtete dialektische Spitzen. (Ähnlich, wenn auch weniger idiosynkratisch, reagierte Karl Kraus auf den ihm gewidmeten Aufsatz von Walter Benjamin.) Adorno rächte sich, indem er immer wieder in seinen Briefen kleine Seitenhiebe auf Schönberg einstreute, die bei Berg offenbar als Streicheleinheiten ankamen. Gerade durch sein problematisches Verhältnis zu Schönberg also eignete sich Adorno besonders zum Vertrauten Bergs, der ihn übrigens nicht nur als Propagandisten seines Werks, sondern auch als diskreten Postillon d'amour bei einem Seitensprung schätzen lernte.

Das ist alles sehr schön und amüsant zu lesen - besonders im Urlaub, am besten auf Sommerfrische in alpenländischer Umgebung oder in einem Wiener Caféhaus, (Als Ergänzung sei dazu besonders das 1995 im Lüneburger zu Klampen

Verlag erschienene Buch Alban *Berg und seine Idole* von Soma Morgenstern empfohlen, der sichtlich um die Gunst des Meisters mit Adorno konkurrierte und über den Tod des Umworbenen hinaus dem Konkurrenten mit maliziösem Tratsch zu schaden versuchte.) Philosophische, gar politische Konflikte, die den Briefwechsel zwischen Adorno und Benjamin so interessant, die Lektüre aber anstrengend machen, finden sich in der Korrespondenz zwischen Berg und Adorno nicht. Doch ihre Vermeidung ist zum wenigsten Diplomatie. Es herrscht in ihren Briefen eine ähnliche Atmosphäre wie in der Korrespondenz zwischen Benjamin und Hugo von Hofmannsthal (auch ein Wiener), allerdings war die Distanz dort bedeutend größer, es handelte sich um kein Lehrer-Schüler-Verhältnis, und Benjamin ist auch kaum als Postillen d'amour vorstellbar. In beiden Fällen ging es dem Älteren wohl darum, durch den Jüngeren die eigene innere Distanz zum Zentrum eines Kreises - bei Hofmannsthal George, bei Berg Schönberg - auszumessen, einem Zentrum, mit dem man in nicht artikulierbarer Konkurrenz stand. Diskretion und Distinktion sind hier entscheidend, um niemanden zu verletzen. Die jüngeren aufstrebenden Intellektuellen wiederum wissen nur zu gut, daß sie der älteren Berühmtheiten bedürfen, um mit deren symbolischem Kapital wie mit einem Kredit ausgestattet überhaupt aufstreben zu können.

Gerade in dieser Hinsicht wirkt der Briefwechsel zwischen Adorno und Berg museal, zeichnet sich doch heute eine allgemeine Akkumulationskrise des Ruhmes ab, die solche Transaktionen zwischen Lehrern und Schülern allmählich sinnlos erscheinen läßt. Die Zahl der in der Öffentlichkeit Wirkenden ist einfach zu groß geworden, als daß wenige einzelne Geistesheroen jenen exorbitanten Ruhm einstreifen könnten, der Benjamin oder Adorno noch vor Augen stand. Eine Entropie der Prominenz, über die man allerdings angesichts mancher brieflichen Verrenkungen Adornos - Kratzfüße oder, wie man in Wien sagt, Buckerl -nur glücklich sein kann.

Theodor W Adorno/Alban Berg: Briefwechsel 1925-1935. Hg. v. Henri Lonitz. Suhrkanip Verlag, Frankfurt/M 1998 (Theodor W Adorno: Briefe und Briefwechsel, Hg. v. Theodor W Adorno-Archiv, Bd. 2) 384 Seiten, 56 Mark

Konkret 09/98, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Jeden Samstag gehen Weltreiche an syphilitischer Aufweichung zugrunde, stürzt die Menschheit sich wie die Lemminge ins Verderben. Wenn Claus Jacobi ein weiteres Kapitel seiner Apokalypse für den interessierten Realschüler aufschlägt, erwartet den »Bild«-Leser ein wahrer Betriebsausflug nach Saudumm und Gonorrha:

Das große Narrenschiff, auf dem wir alle durch Raum und Zeit reisen, steuert einen traumschönen Archipel an. Dort ist alles erlaubt und nichts verboten. Es ist das Paradies der Narren. Wir Deutsche haben es auf der Kreuzfahrt zu diesem Ziel schon weit gebracht.

Wie weit? So weit:

Eine protestantische Bischöfin ließ sich mit einem wegen Kokainbesitzes frisch verurteilten Liedermacher ablichten. Theaterstücke trugen Titel wie »Shopping & Ficken« oder »Ich lecke das Deodorant einer Nutte«. Fast nichts ist verboten.

Kanther, Schily, hergehört! Und ein Gesetz eingebracht, das die Ablichtung von Bischöfinnen neben wegen Kokainbesitzes frisch verurteilten Liedermachern sowie den Gebrauch der Worte Ficken und Nutte unter Strafe stellt. Ausgenommen davon bleibt natürlich der Text der Bordellanzeigen, mit deren Erlös die »Bild«-Zeitung das Honorar ihres Apokalyptikers finanziert.

Arbeitslosen-Unterstützung wurde nach Mallorca überwiesen. Der Staat richtete Fixerstuben für Junkies ein. Soldaten konnten Mörder genannt werden. Joschka Fischer ist bald Staatsmann. Schwule und Lesben hielten Paraden ab (bei der Bundeswehr hapert es da ein bißchen).

Schmarotzer, Verseuchte, Pazifisten, Perverse ... Alle an die Wand? Kopf kürzer? Unterm Führer, jedenfalls, hätt's sowas nicht gegeben. Auch nicht die vielen Undeutschen, die Kriminellen, die Gottlosen, und mit Kommunisten hat der nicht lange gefackelt:

Deutschland hat seit 1990 mehr Menschen aufgenommen als USA, Kanada und Australien zusammen. Jugendliche Gewalttäter durften auf Kosten der Steuerzahler mit Betreuern Abenteuer-Urlaub in fremden Kontinenten machen. Ob Jesus- Verspottung oder Abtreibung, PDS oder Parlamentarier-Flüge mit der Flugbereitschafi der Bundeswehr - nahezu alles ist erlaubt ... In unserer permissiven Gesellschaft wird kaum noch etwas geächtet.

Natürlich ging auf der Vergnügungsfahrt ins Paradies vor Übermut so manches über Bord des Narrenschiffes. Im Kielwasser treiben eine Kiste alter Werte und ein paar Körbe Tugend, ein Besteck für Manieren, ein Flugblatt mit den zehn Geboten und ein Sextant --um Bestimmen des Kurses.

Zwischen den Kisten alter Werte, den Körben Tugend und den zehn Geboten schwimmt ein Notizblock, auf den ein Redakteur des »Spiegel« einst die Maxime journalistischer Tätigkeit notiert hatte, zu der ihn sein Chefredakteur immer wieder ermahnte: »Wenn einer am Boden liegt - drauftreten!« Der Mahner war aber kein anderer als der Claus Jacobi. Er war, wie man sieht, nicht immer so heilig wie heute, aber eins muß man doch sagen: Nie hätte er sich Arbeitslosen-Unterstützung nach Mallorca überweisen lassen! Allenfalls mal eine Abfindung nach Sylt.

Über den Satz des deutschen Filmschauspielers H. Lauterbach:

Wenn man Drogen genommen hat, hört man Musik mit ganz anderen Augen.

macht die »Frankfurter Allgemeine« sich lustig:

Den Sinnen ist nicht zu trauen, und schon gar nicht nach dem Konsum von Rauschgift.

Da gibt's nichts zu witzeln. Wenn ich mir einen Reißmüller reinziehe, ist es auch mein Holzauge, das den Badenweiler hört.

Die ganze Welt in Überschriften der »Frankfurter Rundschau« vom 19. Juni 1998, Seite 32, »Aus aller Welt«:

Alkohol und Heroin viel gefährlicher als Haschisch

US-Raucher bleiben von Steuerschraube verschont

Immer mehr Frauen nervlich überlastet

Sechs Millionen alkoholgefährdet Warum wir nicht lachen, wenn wir uns selbst kitzeln

Aufwind für den Weißstorch

Unhörbares Stimmengewirr im Giraffengehege

Ärzte dürfen Präparat wieder verordnen

Lebenslang für Ärztin wegen Giftspritzen-Mords

Giftschlangen greifen an

Wildschwein in Seenot

Die meisten Deutschen fühlen sich glücklich

Es ist ihnen, im Sturm der Ereignisse, so kannibalisch wohl als wie fünfhundert Wildschweinen in Seenot.

Ehret eure deutschen Meister, und lasset auch die Herbstmeister nicht zu kurz kommen:

Der ostdeutsche Schriftsteller Lutz Rathenow erhält den Flach-Preis.

Aber nicht wg. Kopf, sondern wg. Erinnerung an den FDP-Generalsekretär Karl-Hermann Flach sowie

mutigen Einsatzes als Autor für die Freiheit

aller ins Zuchthaus der Syntax gesperrten Freiheitsdichter: der Gefangenen von Satzbautzen.

Ihren Kommentar über die Finanzen der PDS beginnt die »Welt am Sonntag« mit einem Druckfehler. Aus den Spezis der Partei macht sie eine Rasse, nämlich »Spezies«, aber wenn schon, denn schon:

Der wahre Mammon ... Schiebereien ... Gysi reibt sich die Hände ... Wenigstens der Schein, ein ordentlicher und sauberer Demokrat zu sein, ist gewahrt ... Gysi, der um sich herum eine Schar von Betrügern hielt ... Gregor Gysi ist das Gesicht der PDS und in diesem Gesicht spiegelt sich Verlogenheit.

Der völkische Beobachter des Judenbuben heißt Sven Bernitt. Im Innern des Blattes beobachtet ein Kollege die Arier:

Deutsche sehen bei Grünen Führungskrise. Emnid fragte die Deutschen ... Zwei von drei Deutschen ... 55 Prozent der Deutschen ... 60 Prozent der Deutschen ... jedenfalls 60 Prozent der Deutschen ... 40 Prozent der Deutschen ...

Rainer Zitelmann (Deutschland) heißt der Beobachter der deutschen Deutschen, die leider immer so zerstritten sind. Die Zuschrift des Lesers Alfred Lellek aus 47445 Moers an das Schwesterblatt »Welt« liefert dafür ein bestürzendes Beispiel:

Voller Stolz und Selbstbewußtsein stellte der Generalsekretär der CDU, Peter Hintze, das neue Wahlplakat mit dem Elefanten im Wolfgangsee in Englisch »keep Kohl!« vor. Als ebenso stolzer und selbstbewußter Deutscher kann nicht nur ich damit sehr wenig anfangen.

Vielleicht ist Hintze Neger. Nicht auf den ersten Blick, aber ein Ahnenpaß würde nicht schaden. Als stolzer und selbstbewußter Deutscher könnte nicht nur der Alfred Lellek dann erst Kohl wählen. Den deutschen Frauen von Moers und anderswo, die ihr »Recht auf knackigen Sex« durch die strammen Leserbriefe ihrer deutschen Gatten vielleicht doch nicht ganz verwirklicht sehen, empfiehlt der Konzern in der größten Zeitung der westlichen Weit:

Rasta-Mann - der begehrte Lover aus der Karibik. Tropische Hitze schürt Leidenschaft.

Afrikanischer Liebhaber: Frauen finden den schwarzen Muskelmann beispielsweise in Kenia.

Latin-Lover: Der feurig, südländische Liebhaber ist in Italien, Spanien und Südamerika zu Hause.

Der gemeine deutsche Hausrassist (Nazi germanicus communis) kommt im Springer-Verlag wild vor.

Wenn ein deutscher Mann spricht:

Ich brauche Informationen aus allen Lagern,

und sich nichts dabei denkt als dies:

Deshalb lese ich die »Woche«! Ich will alle Schattierungen haben. Und zwar klar und deutlich, auch wenn es manchmal weh tut,

wenn also in der Birne alle klaren und deutlichen Schattierungen aus allen Lagern zu *einem* Schatten zusammenschlagen, dann ist die deutsche Vergangenheit endlich bewältigt bzw. gründlich zivilisiert bzw. abgehakt, und der Joseph Fischer, der seine Schuldigkeit getan hat, kann wieder nach Frankfurt gehn.